

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

MINISTERIE VAN BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2000 — 523 [C — 99/00791]

28 OKTOBER 1999. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van de wet van 23 november 1998 tot invoering van de wettelijke samenwoning

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1° en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het ontwerp van officiële Duitse vertaling van de wet van 23 november 1998 tot invoering van de wettelijke samenwoning, opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit gevoegde tekst is de officiële Duitse vertaling van de wet van 23 november 1998 tot invoering van de wettelijke samenwoning.

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 28 oktober 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

MINISTERE DE L'INTERIEUR

F. 2000 — 523 [C — 99/00791]

28 OCTOBRE 1999. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de la loi du 23 novembre 1998 instaurant la cohabitation légale

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1° et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le projet de traduction officielle en langue allemande de la loi du 23 novembre 1998 instaurant la cohabitation légale, établi par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'Arrondissement adjoint à Malmedy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Le texte annexé au présent arrêté constitue la traduction officielle en langue allemande de la loi du 23 novembre 1998 instaurant la cohabitation légale.

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 28 octobre 1999.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage — Annexe

MINISTERIUM DER JUSTIZ

23. NOVEMBER 1998 — Gesetz zur Einführung des gesetzlichen Zusammenwohnens

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

KAPITEL II — Abänderungen des Zivilgesetzbuches im Hinblick auf die Einführung des gesetzlichen Zusammenwohnens

Art. 2 - In Buch III des Zivilgesetzbuches werden unter einem Titel *Vbis* mit der Überschrift «Gesetzliches Zusammenwohnen» die Artikel 1475 bis 1479 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 1475 - § 1 - Unter «Gesetzliches Zusammenwohnen» ist der Zustand des Zusammenlebens von zwei Personen zu verstehen, die eine Erklärung gemäß Artikel 1476 abgegeben haben.

§ 2 - Um eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen abgeben zu können, müssen beide Parteien folgende Bedingungen erfüllen:

1. nicht durch eine Ehe oder ein anderes gesetzliches Zusammenwohnen gebunden sein;
2. gemäß den Artikeln 1123 und 1124 fähig sein, Verträge zu schließen.

Art. 1476 - § 1 - Eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen wird anhand eines Schriftstücks abgegeben, das dem Standesbeamten des gemeinsamen Wohnsitzes gegen Empfangsbestätigung übergeben wird.

Dieses Schriftstück enthält folgende Angaben:

1. das Datum der Erklärung,
2. den Namen, die Vornamen, den Ort und das Datum der Geburt und die Unterschrift beider Parteien,
3. den gemeinsamen Wohnsitz,
4. den Vermerk, daß beide Parteien gesetzlich zusammenwohnen wollen,
5. den Vermerk, daß beide Parteien vorher vom Inhalt der Artikel 1475 bis 1479 Kenntnis genommen haben,
6. gegebenenfalls den Vermerk der in Artikel 1478 erwähnten Vereinbarung, die die Parteien geschlossen haben.

Der Standesbeamte überprüft, ob beide Parteien die gesetzlichen Bedingungen in Sachen gesetzliches Zusammenwohnen erfüllen, und wenn ja, vermerkt er die Erklärung im Bevölkerungsregister.

§ 2 - Das gesetzliche Zusammenwohnen endet, wenn eine der Parteien heiratet oder stirbt oder wenn dem Zusammenwohnen gemäß vorliegendem Paragraphen ein Ende gesetzt wird.

Dem gesetzlichen Zusammenwohnen kann entweder in gegenseitigem Einvernehmen der Zusammenwohnenden oder einseitig von einem der Zusammenwohnenden anhand einer schriftlichen Erklärung, die dem Standesbeamten gegen Empfangsbestätigung gemäß dem folgendem Absatz übergeben wird, ein Ende gesetzt werden. Dieses Schriftstück enthält folgende Angaben:

1. das Datum der Erklärung,
2. den Namen, die Vornamen, den Ort und das Datum der Geburt beider Parteien und die Unterschrift beider Parteien oder der Partei, die die Erklärung abgibt,
3. den Wohnsitz beider Parteien,
4. den Vermerk, dem gesetzlichen Zusammenwohnen ein Ende setzen zu wollen.

Die Erklärung über die Beendigung in gegenseitigem Einvernehmen wird dem Standesbeamten der Gemeinde des Wohnsitzes beider Parteien oder, wenn beide Parteien ihren Wohnsitz nicht in derselben Gemeinde haben, dem Standesbeamten der Gemeinde des Wohnsitzes einer der Parteien übergeben. In diesem Fall notifiziert der Standesbeamte dem Standesbeamten der Gemeinde des Wohnsitzes der anderen Partei binnen acht Tagen die Beendigungserklärung per Einschreiben.

Die einseitige Beendigungserklärung wird dem Standesbeamten der Gemeinde des Wohnsitzes beider Parteien übergeben oder, wenn beide Parteien ihren Wohnsitz nicht in derselben Gemeinde haben, dem Standesbeamten der Gemeinde des Wohnsitzes der Partei, die die Erklärung abgibt. Der Standesbeamte stellt der anderen Partei die Beendigungserklärung binnen acht Tagen per Gerichtsvollzieherurkunde zu und gegebenenfalls notifiziert er sie binnen derselben Frist per Einschreiben dem Standesbeamten der Gemeinde des Wohnsitzes der anderen Partei.

Auf jeden Fall müssen die Kosten der Zustellung und der Notifizierung vorher von denjenigen bezahlt werden, die die Erklärung abgeben.

Der Standesbeamte vermerkt die Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens im Bevölkerungsregister.

Art. 1477 - § 1 - Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels, durch die die Rechte, Pflichten und Befugnisse der gesetzlich Zusammenwohnenden geregelt werden, sind durch die alleinige Tatsache des gesetzlichen Zusammenwohnens anwendbar.

§ 2 - Die Artikel 215, 220 § 1 und 224 § 1 Nr. 1 finden auf das gesetzliche Zusammenwohnen entsprechend Anwendung.

§ 3 - Die gesetzlich Zusammenwohnenden tragen nach Verhältnis ihrer Möglichkeiten zu den Aufwendungen für das Zusammenleben bei.

§ 4 - Jede von einem der gesetzlich Zusammenwohnenden eingegangene Schuld für den Bedarf des Zusammenlebens und der Kinder, die sie erziehen, verpflichtet den anderen Zusammenwohnenden gesamtschuldnerisch. Dieser haftet jedoch nicht für die im Verhältnis zu den Mitteln der Zusammenwohnenden übermäßigen Schulden.

Art. 1478 - Jeder gesetzlich Zusammenwohnende behält die Güter, von denen er beweisen kann, daß sie sein Eigentum sind, die Einkünfte aus diesen Gütern und das Einkommen aus der Arbeit.

Es wird vorausgesetzt, daß die Güter, von denen keiner der beiden gesetzlich Zusammenwohnenden beweisen kann, daß sie sein Eigentum sind, und die Einkünfte aus diesen Gütern sich in ungeteilter Rechtsgemeinschaft befinden.

Ist der hinterbliebene gesetzlich Zusammenwohnende ein Erbe des vorverstorbenen Zusammenwohnenden, wird die im vorhergehenden Absatz erwähnte ungeteilte Rechtsgemeinschaft hinsichtlich der Pflichtteilserven des Vorverstorbenen als eine unentgeltliche Zuwendung angesehen, außer bei Beweis des Gegenteils.

Im übrigen regeln die Zusammenwohnenden die Modalitäten ihres gesetzlichen Zusammenwohnens nach ihrem Gutdünken durch eine Vereinbarung, insofern diese keine Klausel enthält, die mit Artikel 1477, mit der öffentlichen Ordnung, mit den guten Sitten oder mit den Regeln in bezug auf die elterliche Gewalt und die Vormundschaft und mit den Regeln zur Festlegung der gesetzlichen Erbfolgeordnung im Widerspruch steht. Diese Vereinbarung wird in authentischer Form vor einem Notar beurkundet und im Bevölkerungsregister vermerkt.

Art. 1479 - Ist das Einvernehmen zwischen den gesetzlich Zusammenwohnenden ernsthaft gestört, verfügt der Friedensrichter auf Antrag einer der Parteien die dringenden und vorläufigen Maßnahmen in bezug auf die Benutzung des gemeinsamen Wohnortes, in bezug auf die Person und die Güter der Zusammenwohnenden und der Kinder sowie in bezug auf die gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen beider Zusammenwohnenden.

Der Friedensrichter bestimmt die Dauer der Gültigkeit der Maßnahmen, die er auferlegt. Auf jeden Fall hören diese Maßnahmen an dem Tag auf zu wirken, wo das gesetzliche Zusammenwohnen, wie in Artikel 1476 § 2 Absatz 6 erwähnt, beendet wird.

Nach Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens und insofern der Antrag binnen drei Monaten ab dieser Beendigung eingereicht worden ist, verfügt der Friedensrichter die dringenden und vorläufigen Maßnahmen, die aufgrund dieser Beendigung gerechtfertigt sind. Der Friedensrichter bestimmt die Dauer der Gültigkeit der Maßnahmen, die er auferlegt. Diese Gültigkeitsdauer darf nicht mehr als ein Jahr betragen.

Der Friedensrichter verfügt diese Maßnahmen gemäß den Bestimmungen der Artikel 1253^{ter} bis 1253^{octies} des Gerichtsgesetzbuches.»

Art. 3 - Artikel 911 Absatz 2 des Zivilgesetzbuches wird durch die Wörter «oder die Person mit der diese gesetzlich zusammenwohnt» ergänzt.

KAPITEL III — *Abänderungen des Gerichtsgesetzbuches*

Art. 4 - In Artikel 594 Nr. 19 des Gerichtsgesetzbuches, abgeändert durch das Gesetz vom 14. Juli 1976, wird zwischen der Ziffer « 223 » und dem Wort «und» die Ziffer « ,1479 » eingefügt.

Art. 5 - Artikel 628 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Gesetze vom 12. Mai 1971, 30. Juni 1971, 20. Juni 1975, 14. Juli 1976, 22. Dezember 1977, 24. Juli 1978, 28. Juni 1984, 7. November 1988, 6. Juli 1989, 12. Juli 1989, 19. Januar 1990, 12. Juni 1991, 13. Juni 1991 und 18. Juli 1991, wird wie folgt ergänzt:

«17. der Richter des letzten gemeinsamen Wohnortes des gesetzlich Zusammenwohnenden, wenn es sich um einen in Artikel 1479 des Zivilgesetzbuches erwähnten Antrag handelt.»

Art. 6 - Der König legt durch einen im Ministerrat beratenen Erlaß das Datum fest, an dem das vorliegende Gesetz in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 23. November 1998

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

T. VAN PARYS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

T. VAN PARYS

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 28 oktober 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 28 octobre 1999.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

N. 2000 — 524

[C — 2000/00028]

21 JANUARI 2000. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van de wet van 4 mei 1999 tot wijziging van een aantal bepalingen betreffende het huwelijk

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1° en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het ontwerp van officiële Duitse vertaling van de wet van 4 mei 1999 tot wijziging van een aantal bepalingen betreffende het huwelijk, opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmédy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit gevoegde tekst is de officiële Duitse vertaling van de wet van 4 mei 1999 tot wijziging van een aantal bepalingen betreffende het huwelijk.

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 21 januari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

F. 2000 — 524

[C — 2000/00028]

21 JANVIER 2000. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de la loi du 4 mai 1999 modifiant certaines dispositions relatives au mariage

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1° et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le projet de traduction officielle en langue allemande de la loi du 4 mai 1999 modifiant certaines dispositions relatives au mariage, établi par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmédy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Le texte annexé au présent arrêté constitue la traduction officielle en langue allemande de la loi du 4 mai 1999 modifiant certaines dispositions relatives au mariage.

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 21 janvier 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage — Bijlage

MINISTERIUM DER JUSTIZ

4. MAI 1999 — Gesetz zur Abänderung einiger Bestimmungen über die Ehe

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmung***Artikel 1** — Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 77 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.KAPITEL II — *Abänderung von Bestimmungen von Buch I Titel II und Titel V des Zivilgesetzbuches***Art. 2** — Die Überschrift von Buch I Titel II Kapitel III des Zivilgesetzbuches wird durch folgende Überschrift ersetzt:« Kapitel III — *Urkunden über die Ankündigung der Eheschließung und Eheschließungsurkunden* ».**Art. 3** — Artikel 63 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Gesetz vom 26. Dezember 1891, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

« Art. 63 — § 1 — Diejenigen, die eine Ehe eingehen wollen, müssen dies mittels Vorlage der in Artikel 64 erwähnten Dokumente beim Standesbeamten der Gemeinde ankündigen, wo einer der zukünftigen Ehegatten am Datum der Erstellung der Urkunde über die Ankündigung der Eheschließung im Bevölkerungsregister, im Fremdenregister oder im Warteregister eingetragen ist.

Ist keiner der zukünftigen Ehegatten in einem der in Absatz 1 erwähnten Register eingetragen oder stimmt der aktuelle Wohnort eines oder beider zukünftigen Ehegatten aus berechtigten Gründen mit dieser Eintragung nicht überein, kann die Ankündigung beim Standesbeamten des aktuellen Wohnorts eines der zukünftigen Ehegatten erfolgen.

Belgier, die im Ausland wohnen und nicht im Bevölkerungsregister einer belgischen Gemeinde eingetragen sind, können die Ankündigung beim Standesbeamten der Gemeinde, wo einer der zukünftigen Ehegatten zuletzt im Bevölkerungsregister, im Fremdenregister oder im Warteregister eingetragen war oder wo ein Verwandter bis zum zweiten Grad eines der zukünftigen Ehegatten am Datum der Erstellung der Urkunde eingetragen ist, oder beim Standesbeamten des Geburtsorts eines der zukünftigen Ehegatten machen. In Ermangelung dessen kann die Ankündigung beim Standesbeamten von Brüssel gemacht werden.

§ 2 — Die Ankündigung wird von einem der zukünftigen Ehegatten oder von beiden gemacht.

Der Standesbeamte beurkundet diese Ankündigung.

Die Urkunde wird in ein einfaches Register, das gemäß Artikel 41 nummeriert und paraphiert wird, eingetragen, und dieses Register wird am Ende eines jeden Jahres bei der Kanzlei des Gerichts erster Instanz hinterlegt.

§ 3 — Wenn einer der zukünftigen Ehegatten oder beide am Tag der Erstellung der Urkunde nicht im Bevölkerungsregister, im Fremdenregister oder im Warteregister der Gemeinde eingetragen sind oder dort nicht ihren aktuellen Wohnort haben, sendet der Standesbeamte, der die Urkunde ausgefertigt hat, dem Standesbeamten der Gemeinde, wo dieser zukünftige Ehegatte oder diese zukünftigen Ehegatten in einem dieser Register eingetragen sind oder ihren aktuellen Wohnort haben, sofort eine Abschrift davon zu.

Der Standesbeamte, der die im vorherigen Absatz erwähnte Notifizierung empfangen hat, überzeugt sich, ob keine Eehindernisse bestehen. Gegebenenfalls teilt er dies binnen zehn Tagen nach Empfang der Notifizierung dem Standesbeamten mit, der die Urkunde über die Ankündigung der Eheschließung ausgefertigt hat.

§ 4 — Versäumen es die interessierenden Parteien, die in Artikel 64 erwähnten Dokumente vorzulegen, weigert sich der Standesbeamte, die Urkunde auszufertigen.

Der Standesbeamte notifiziert seine mit Gründen versehene Entscheidung unverzüglich den interessierenden Parteien. Gleichzeitig wird dem Prokurator des Königs des Gerichtsbezirks, wo die Weigerung erfolgt ist, davon eine Abschrift zusammen mit einer Abschrift aller zweckdienlichen Dokumente übermittelt.

Wenn einer der zukünftigen Ehegatten oder beide am Tag der Weigerung der Beurkundung nicht im Bevölkerungsregister, im Fremdenregister oder im Warteregister der Gemeinde eingetragen sind, sendet der Standesbeamte, der sich weigert, die Urkunde auszufertigen, dem Standesbeamten, dem eine Abschrift der in § 3 erwähnten Urkunde über die Ankündigung der Eheschließung hätte übermittelt werden müssen, davon eine Notifizierung zu.

Die interessierenden Parteien können gegen die Weigerung des Standesbeamten binnen einem Monat nach der Notifizierung seiner Entscheidung beim Gericht erster Instanz Beschwerde einlegen.»

Art. 4 — Artikel 64 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Gesetz vom 26. Dezember 1891, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

« Art. 64 — § 1 — Bei der Ankündigung der Eheschließung müssen dem Standesbeamten für jeden der zukünftigen Ehegatten folgende Dokumente vorgelegt werden:

1. eine gleichlautende Abschrift der Geburtsurkunde,
2. ein Identitätsnachweis,
3. ein Staatsangehörigkeitsnachweis,
4. ein Nachweis des Ledigenstandes und gegebenenfalls ein Nachweis der Auflösung beziehungsweise der Erklärung der Nichtigkeit früherer Ehen,
5. ein Nachweis der Eintragung im Bevölkerungsregister, im Fremdenregister oder im Warteregister und/oder ein Nachweis des aktuellen Wohnorts,
6. gegebenenfalls ein legalisierter schriftlicher Nachweis, der von dem bei der Ankündigung der Eheschließung abwesenden zukünftigen Ehegatten ausgeht und aus dem hervorgeht, daß dieser der Ankündigung zustimmt,
7. jedes andere authentische Schriftstück, aus dem hervorgeht, daß der Betreffende die durch das Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, um eine Ehe eingehen zu können.

§ 2 — Sind die vorgelegten Dokumente in einer Fremdsprache erstellt, kann der Standesbeamte hiervon eine für gleichlautend erklärte Übersetzung beantragen.»

Art. 5 — Artikel 66 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 7. Januar 1908, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Art. 66 — Akte über einen Einspruch gegen die Eheschließung werden auf dem Original und auf der Abschrift von den einsprucherhebenden Personen oder ihren mit einer authentischen Sondervollmacht versehenen Bevollmächtigten unterzeichnet; sie werden mit Abschrift der Vollmacht den Parteien persönlich oder an ihrem Wohnsitz und dem Standesbeamten, der die Urkunde über die Ankündigung ausgefertigt hat, zugestellt.

Der Standesbeamte versieht das Original mit einem Sichtvermerk.»

Art. 6 — In Artikel 67 desselben Gesetzbuches wird das Wort « Aufgebotsregister » durch das Wort « Register der Ankündigungen » ersetzt.

Art. 7 — Artikel 69 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 7. Januar 1908, wird aufgehoben.

Art. 8 — Artikel 70 desselben Gesetzbuches wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Art. 70 — Der Ehegatte, dem es nicht möglich ist, sich die Geburtsurkunde zu verschaffen, kann diese durch eine Offenkundigkeitsurkunde ersetzen, die vom Friedensrichter seines Geburtsorts oder vom Friedensrichter seines Wohnsitzes erteilt wird. »

Art. 9 — In Artikel 75 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Januar 1908, wird das Wort « Aufgebotsfrist » durch die Wörter « in Artikel 165 erwähnten Frist » ersetzt.

Art. 10 — Artikel 76 desselben Gesetzbuches wird wie folgt abgeändert:

1. Nr. 6 wird aufgehoben,

2. in Nr. 9 werden die Wörter « , der Beruf » gestrichen.

Art. 11 — Artikel 94 desselben Gesetzbuches wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Art. 94 — Die Ankündigung einer Eheschließung von Militärpersonen und im Gefolge der Armeen angestellten Personen erfolgt beim Offizier, der gemäß Artikel 89 die Funktionen des Standesbeamten ausübt. »

Art. 12 — In dasselbe Gesetzbuch wird ein Artikel 146*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 146*bis* — Es kommt zu keiner Eheschließung, obwohl die förmlichen Einwilligungen zur Eheschließung gegeben worden sind, wenn aus der Gesamtheit der Umstände hervorgeht, daß die Absicht wenigstens eines Ehegatten offensichtlich nicht die Bildung einer dauerhaften Lebensgemeinschaft, sondern nur die Erlangung eines an die Rechtsstellung der Ehegatten gebundenen Aufenthaltsrechtlichen Vorteils ist.»

Art. 13 — Artikel 165 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Gesetz vom 26. Dezember 1891, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

« Art. 165 — § 1 — Die Ehe kann nicht vor dem 14. Tag nach dem Datum der in Artikel 63 erwähnten Erstellung der Urkunde über die Ankündigung der Eheschließung geschlossen werden.

§ 2 — Der Prokurator des Königs beim Gericht erster Instanz des Gerichtsbezirks, in dem die Antragsteller beabsichtigen, die Ehe einzugehen, kann bei Vorliegen schwerwiegender Gründe von der Ankündigung und von jeglicher Wartezeit Befreiung erteilen und eine Verlängerung der in § 3 erwähnten Frist von sechs Monaten gewähren.

Dieselbe Befugnis wird den diplomatischen Vertretern, die Leiter der Vertretung sind, sowie den Vertretern des konsularischen Korps, denen die Funktion des Standesbeamten übertragen worden ist, für die in ihren Kanzleien vorzunehmenden Trauungen zuerkannt.

§ 3 — Ist die Ehe binnen sechs Monaten nach Ablauf der in § 1 erwähnten Frist von 14 Tagen nicht geschlossen worden, darf sie erst geschlossen werden, nachdem eine neue Ankündigung der Eheschließung in der in Artikel 63 vorgesehenen Form gemacht worden ist.

Bei einem Einspruch gegen die Eheschließung oder wenn der Standesbeamte sich weigert, die Trauung vorzunehmen, kann der Richter, der über die Aufhebung des Einspruchs oder über die Beschwerde gegen die Weigerung entscheidet, um eine Verlängerung dieser Frist von sechs Monaten ersucht werden. »

Art. 14 — Artikel 166 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Gesetz vom 26. Dezember 1891, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

« Art. 166 — Die Ehe wird öffentlich vor dem Standesbeamten geschlossen, der die Urkunde über die Ankündigung der Eheschließung ausgefertigt hat. »

Art. 15 — Artikel 167 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Gesetz vom 26. Dezember 1891, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

« Art. 167 — Der Standesbeamte weigert sich, die Trauung vorzunehmen, wenn ersichtlich wird, daß die für die Eingehung der Ehe vorgeschriebenen Eigenschaften und Bedingungen nicht erfüllt sind, oder wenn er der Meinung ist, daß die Eheschließung gegen die Grundsätze der öffentlichen Ordnung verstößt.

Besteht die ernsthafte Vermutung, daß die im vorhergehenden Absatz erwähnten Bedingungen nicht erfüllt sind, kann der Standesbeamte, um eine zusätzliche Untersuchung vorzunehmen, die Eheschließung um höchstens zwei Monate ab dem von den interessierenden Parteien ausgewählten Datum für die Eheschließung aufschieben, gegebenenfalls, nachdem er die Stellungnahme des Prokurators des Königs des Gerichtsbezirks, in dem die Antragsteller beabsichtigen, die Ehe einzugehen, eingeholt hat.

Hat der Standesbeamte binnen der im vorhergehenden Absatz erwähnten Frist keine endgültige Entscheidung getroffen, muß er die Trauung vornehmen, selbst in den Fällen, in denen die in Artikel 165 § 3 erwähnte Frist von sechs Monaten verstrichen ist.

Im Fall einer in Absatz 1 erwähnten Weigerung notifiziert der Standesbeamte den interessierenden Parteien unverzüglich seine mit Gründen versehene Entscheidung. Gleichzeitig wird dem Prokurator des Königs des Gerichtsbezirks, wo die Weigerung erfolgt ist, davon eine Abschrift zusammen mit einer Abschrift aller zweckdienlichen Dokumente übermittelt.

Wenn einer der zukünftigen Ehegatten oder beide am Tag der Weigerung nicht im Bevölkerungsregister, im Fremdenregister oder im Warteregister der Gemeinde eingetragen sind oder dort nicht ihren aktuellen Wohnort haben, wird die Weigerungsentscheidung auch sofort dem Standesbeamten der Gemeinde notifiziert, wo dieser zukünftige Ehegatte oder diese zukünftigen Ehegatten in einem dieser Register eingetragen sind oder ihren aktuellen Wohnort haben.

Gegen die Weigerung des Standesbeamten, die Trauung vorzunehmen, können die interessierenden Parteien binnen einem Monat beim Gericht erster Instanz Beschwerde einlegen. »

Art. 16 — Artikel 170bis desselben Gesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 12. Juli 1931, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Art. 170bis — Eheschließungsankündigungen für Trauungen, die von den belgischen diplomatischen oder konsularischen Vertretern vorzunehmen sind, erfolgen gemäß den belgischen Gesetzen in den Kanzleien, in denen die Ehen geschlossen werden. »

Art. 17 — In Artikel 184 desselben Gesetzbuches wird zwischen den Verweisen auf die Artikel « 144 » und « 147 » ein Verweis auf Artikel « 146bis » eingefügt.

Art. 18 — In Artikel 191 desselben Gesetzbuches werden zwischen dem Wort « ist » und dem Wort « , kann » die Wörter « oder deren Ankündigung nicht gemäß Artikel 63 erfolgt ist » eingefügt.

Art. 19 — Artikel 192 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch das Gesetz vom 15. Dezember 1949, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Art. 192 — Geht der Eheschließung nicht die erforderliche Ankündigung voraus, sind die vom Gesetz erlaubten Befreiungen nicht erwirkt worden oder sind die für die Ankündigung und die Eheschließung vorgeschriebenen Fristen nicht beachtet worden, läßt der Prokurator des Königs gegen den öffentlichen Amtsträger eine Geldstrafe, die dreihundert Franken nicht übersteigen darf, und gegen die vertragschließenden Parteien oder gegen diejenigen, unter deren Gewalt sie gehandelt haben, eine ihrem Vermögen angemessene Geldstrafe aussprechen. »

KAPITEL III — *Andere Abänderungsbestimmungen*

Art. 20 — Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Juli 1931 über bestimmte Personenstandsunterlagen und über die Zuständigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertreter in Sachen Personenstand wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Art. 7 — Die diplomatischen Vertreter, die Leiter der Vertretung sind, sowie die Vertreter des konsularischen Korps, denen aufgrund des Artikels 2 des vorliegenden Gesetzes die Funktionen des Standesbeamten übertragen worden sind, sind befugt, Trauungen vorzunehmen, unter der Bedingung, daß einer der zukünftigen Ehegatten die belgische Staatsangehörigkeit besitzt. »

Art. 21 — Artikel 587 Absatz 1 des Gerichtsgesetzbuches, abgeändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 3. April 1997 und durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. August 1998, wird durch eine Nummer 9 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

« über die in Artikel 63 § 4 letzter Absatz und Artikel 167 letzter Absatz des Zivilgesetzbuches vorgesehenen Beschwerden. »

KAPITEL IV — *Aufhebungsbestimmung*

Art. 22 — Die Artikel 1 bis 8 des Gesetzes vom 26. Dezember 1891 zur Abänderung einiger Bestimmungen über die Ehe, abgeändert durch die Gesetze vom 7. Januar 1908 und 12. Juli 1931, werden aufgehoben.

KAPITEL V — *Übergangsbestimmungen*

Art. 23 — Die vorzunehmenden Trauungen, für die die Aufgebote vor dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes erlassen wurden, unterliegen weiterhin den früher anwendbaren Bestimmungen der Artikel 66, 67, 69, 70, 94, 170bis und 192 des Zivilgesetzbuches und der Artikel 1 bis 8 des Gesetzes vom 26. Dezember 1891 zur Abänderung einiger Bestimmungen über die Ehe, abgeändert durch die Gesetze vom 7. Januar 1908 und 12. Juli 1931.

Art. 24 — Die Artikel 63, 64, 165, 166 und 167 des Zivilgesetzbuches sind nicht anwendbar auf die vorzunehmenden Trauungen, für die die Aufgebote vor dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes erlassen wurden.

KAPITEL VI — *Schlußbestimmung*

Art. 25 — Vorliegendes Gesetz tritt am 1. Januar nach seiner Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 4. Mai 1999.

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Justiz

T. VAN PARYS

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

T. VAN PARYS

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 21 januari 2000.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 21 janvier 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

N. 2000 — 525

[C — 99/00824]

28 OKTOBER 1999. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van wettelijke bepalingen van 1992 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1° en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op de ontwerpen van officiële Duitse vertaling

- van artikel 161, § 1, van de wet van 26 juni 1992 houdende sociale en diverse bepalingen,

- van de wet van 29 juni 1992 tot wijziging van artikel 18 van de nieuwe gemeentewet,

- van de wet van 15 juli 1992 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet,

- van titel II, hoofdstuk V, van de wet van 30 december 1992 houdende sociale en diverse bepalingen,

opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit respectievelijk in bijlagen 1 tot 4 gevoegde teksten zijn de officiële Duitse vertaling :

- van artikel 161, § 1, van de wet van 26 juni 1992 houdende sociale en diverse bepalingen;

- van de wet van 29 juni 1992 tot wijziging van artikel 18 van de nieuwe gemeentewet;

- van de wet van 15 juli 1992 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet;

- van titel II, hoofdstuk V, van de wet van 30 december 1992 houdende sociale en diverse bepalingen.

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 28 oktober 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

F. 2000 — 525

[C — 99/00824]

28 OCTOBRE 1999. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de dispositions légales de 1992 modifiant la nouvelle loi communale

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1° et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu les projets de traduction officielle en langue allemande

- de l'article 161, § 1, de la loi du 26 juin 1992 portant des dispositions sociales et diverses,

- de la loi du 29 juin 1992 modifiant l'article 18 de la nouvelle loi communale,

- de la loi du 15 juillet 1992 modifiant la nouvelle loi communale,

- du titre II, chapitre V, de la loi du 30 décembre 1992 portant des dispositions sociales et diverses,

établis par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'Arrondissement adjoint à Malmedy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Les textes figurant respectivement aux annexes 1 à 4 du présent arrêté constituent la traduction officielle en langue allemande :

- de l'article 161, § 1, de la loi du 26 juin 1992 portant des dispositions sociales et diverses;

- de la loi du 29 juin 1992 modifiant l'article 18 de la nouvelle loi communale;

- de la loi du 15 juillet 1992 modifiant la nouvelle loi communale;

- du titre II, chapitre V, de la loi du 30 décembre 1992 portant des dispositions sociales et diverses.

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 28 octobre 1999.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage 1 — Annexe 1
DIENSTSTELLEN DES PREMIERMINISTERS

D. 2000 — 525

[C — 99/00824]

26. JUNI 1992 — Gesetz zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

(...)

TITEL VI — Sonstige Bestimmungen

(...)

KAPITEL IV — Innere Angelegenheiten

(...)

Abschnitt 3 — Finanzielle Unterstützung der Tätigkeit der Gemeindepolizei**Art. 161**

§ 1 - Ein Artikel 226bis mit folgendem Wortlaut wird in das neue Gemeindegesetz eingefügt:

«Art. 226bis - Ein Haushaltsmittelbetrag in Höhe von 7,5 Prozent der Staatseinnahmen, die aus Geldstrafen aufgrund strafrechtlicher Verurteilungen in verschiedenen Sachen sowie aus den in Artikel 216bis des Strafprozeßgesetzbuches und in Artikel 65 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei erwähnten Geldbeträgen stammen, wird in

den Haushaltsplan des Ministeriums des Innern eingetragen. Dieser Haushaltsmittelbetrag wird benutzt, um die Arbeit des Polizeikorps der Gemeinden, die einen vollwertigen Polizeidienst gewährleisten, zu unterstützen. Der König legt die Bedingungen für die Gewährung und Verteilung dieses Haushaltsmittelbetrags fest.»

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 26. Juni 1992

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Premierminister

J.-L. DEHAENE

Der Minister des Verkehrswesens und der Öffentlichen Unternehmen

G. COEME

Der Minister der Justiz und der Wirtschaftsangelegenheiten

M. WATHELET

Der Minister der Sozialen Angelegenheiten

Ph. MOUREAUX

Für den Minister der Pensionen, abwesend:

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten

W. CLAES

Der Minister des Innern

L. TOBBACK

Die Ministerin der Beschäftigung und der Arbeit

Frau M. SMET

Der Minister der Kleinen und Mittleren Betriebe und der Landwirtschaft

A. BOURGEOIS

Der Minister der Landesverteidigung

L. DELCROIX

Die Ministerin der Volksgesundheit

Frau L. ONKELINX

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 28 oktober 1999.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 28 octobre 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage 2 — Annexe 2

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

29. JUNI 1992 — Gesetz zur Abänderung von Artikel 18 des neuen Gemeindegesetzes

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

Einzigster Artikel - Artikel 18 des neuen Gemeindegesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 21. März 1991 zur Abänderung des neuen Gemeindegesetzes, was Abwesenheit und Verhinderung von Mandatsträgern betrifft, wird wie folgt abgeändert:

a) Folgender Absatz wird zwischen den dritten und den vierten Absatz eingefügt: «Ein Schöffe, der einen gemäß Artikel 14*bis* als verhindert betrachteten Bürgermeister ersetzt, wird auf Antrag des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums für den Zeitraum ersetzt, während dessen er den Bürgermeister ersetzt.»

b) Im letzten Absatz werden die Wörter «der in den Absätzen 1, 2 und 3 erwähnte verhinderte Schöffe» durch die Wörter «der in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 erwähnte verhinderte Schöffe» ersetzt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 29. Juni 1992

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

L. TOBBACK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 28 oktober 1999.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 28 octobre 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage 3 — Annexe 3

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

15. JULI 1992 — Gesetz zur Abänderung des neuen Gemeindegesetzes

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Ein Artikel 133*bis* mit folgendem Wortlaut wird in das neue Gemeindegesetz eingefügt:

«Artikel 133*bis* - Der Gemeinderat hat, ohne die Befugnisse des Bürgermeisters in irgendeiner Weise beeinträchtigen zu können, das Recht, vom Bürgermeister darüber informiert zu werden, wie er die ihm durch die Artikel 133 zweiter Absatz, 171*bis* erster und dritter Absatz, 172 erster Absatz und 175 erteilten Befugnisse ausübt.»

Art. 2 - Artikel 171 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 171 - Die Gemeindepolizei gehört zur öffentlichen Macht; sie ist städtisch oder ländlich.

Sie ist städtisch in den Gemeinden, in denen sie eine Stelle als Polizeikommissar umfaßt.

Sie ist ländlich in den anderen Gemeinden.

In den Gemeinden, wo die Gemeindepolizei ländlich ist, kann der Gemeinderat jederzeit beschließen, ihr städtischen Charakter zu verleihen, wenn die Bevölkerungszahl sich auf mindestens 5.000 Einwohner beläuft; die zu berücksichtigende Bevölkerungszahl ist die der letzten allgemeinen Volkszählung, deren Resultate offiziell veröffentlicht wurden, oder die Durchschnittszahl, die aus den offiziellen Bestandsaufnahmen von drei aufeinanderfolgenden Jahren seit der letzten allgemeinen Volkszählung hervorgeht.»

Art. 3 - In Titel IV Kapitel I desselben Gesetzes wird ein Artikel 171*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 171*bis* - Jedes Polizeikorps wird von einem Korpschef geleitet, der entweder den Dienstgrad eines Polizeihauptkommissars beziehungsweise Polizeikommissars oder den Dienstgrad eines Hauptfeldhüters beziehungsweise Einzelfeldhüters hat. Der Korpschef ist unter der Amtsgewalt des Bürgermeisters mit der Leitung, der Organisation und der Verteilung der Aufgaben des Polizeikorps beauftragt.

Im Hinblick auf eine gute Verwaltung des Polizeikorps informiert der Korpschef den Bürgermeister über alles, was das Gemeindepolizeikorps und die Ausübung seiner Aufträge betrifft.

Der Bürgermeister ist mit der Aufsicht über die Mitglieder des Gemeindepolizeikorps beauftragt.»

Art. 4 - Artikel 172 Absatz 2 desselben Gesetzes wird durch folgenden Absatz ersetzt:

«Daher erstattet der Korpschef ihm Bericht über die Entwicklung der Kriminalität in der Gemeinde und informiert er ihn so schnell wie möglich über wichtige Ereignisse, die die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Gesundheit stören können.»

Art. 5 - Ein Artikel 172*bis* mit folgendem Wortlaut wird in dasselbe Gesetz eingefügt:

«Artikel 172*bis* - Bei Abwesenheit oder Verhinderung des Korpschefs bestimmt der Bürgermeister den stellvertretenden Korpschef unter den Mitgliedern des Polizeikorps mit dem höchsten Dienstgrad.»

Art. 6 - In den Artikeln 191, 193 und 204 desselben Gesetzes werden die Wörter «dreißig Tagen» durch die Wörter «drei Monaten» ersetzt.

Art. 7 - Artikel 194 desselben Gesetzes wird durch folgenden Absatz ergänzt:

«Die Polizeiinspektoren und Polizeihauptinspektoren, die ein Dienstalter von mindestens fünf Jahren haben und die vom König festgelegten Ausbildungsbedingungen erfüllen, haben die Eigenschaft von Gerichtspolizeioffizieren, Hilfsbeamten des Prokurators des Königs, und üben als solche unter der Amtsgewalt der Polizeikommissare und der beigeordneten Polizeikommissare die Amtsbefugnisse aus, die diese ihnen übertragen haben.»

Art. 8 - Artikel 217 desselben Gesetzes wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

«Artikel 217 - Die Gemeindepolizei kann Verwaltungs- und Logistikpersonal umfassen. Die Stadtpolizei kann auch Hilfsbedienstete umfassen.

Die Mitglieder des Verwaltungs- und Logistikpersonals dürfen keine verwaltungs- oder gerichtspolizeilichen Aufträge erfüllen.

Die Polizeihilfsbediensteten dürfen keine anderen verwaltungs- oder gerichtspolizeilichen Aufträge erfüllen als diejenigen, die ihnen in Sachen Straßenverkehrspolizei zugewiesen werden oder die Aufsicht über die Einhaltung der Gemeindepolizeiverordnungen betreffen.

Die bei ihnen eingereichten Klagen und Anzeigen sowie die von ihnen erhaltenen Auskünfte und die von ihnen gemachten Feststellungen in bezug auf Verstöße gegen diese Verordnungen werden zu Protokoll genommen und der zuständigen Gerichtsbehörde übermittelt.»

Art. 9 - Ein Artikel 223*bis* mit folgendem Wortlaut wird in dasselbe Gesetz eingefügt:

«Artikel 223*bis* - Der König kann durch einen im Ministerrat beratenen Erlaß die für den Gemeinderat bestehende Möglichkeit regeln, für verwaltungspolizeiliche Aufträge eine Vergütung zu erheben.»

Art. 10 - Ein Artikel 227*bis* mit folgendem Wortlaut wird in dasselbe Gesetz eingefügt:

«Artikel 227*bis* - Eine Gemeinde, die die Kosten für die Anwerbung und Ausbildung eines angehenden Polizeibediensteten oder Feldhüters getragen hat, kann diese Kosten, wenn das betreffende Personalmitglied innerhalb von fünf Jahren nach seiner Ernennung zum Polizeibediensteten oder Feldhüter auf Probe von einer anderen Gemeinde in derselben Eigenschaft oder im Dienstgrad eines Polizeibediensteten oder Feldhüters angeworben wird, aufgrund eines vom Gemeinderat gefaßten Beschlusses zu Lasten letztgenannter Gemeinde bis zu einem vom König festgelegten Höchstbetrag und gemäß den von Ihm festgelegten Modalitäten zurückfordern.»

Art. 11 - Artikel 293 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 293 - Den Mitgliedern der Stadtpolizei, die die Eigenschaft von Gerichtspolizeioffizieren, Hilfsbeamten des Prokurators des Königs, haben, können für Taten, die sie bei der Ausübung ihrer gerichtspolizeilichen Aufträge begangen haben, Disziplinarstrafen nur auf Vorschlag oder mit dem Einverständnis des Generalprokurators beim Appellationshof auferlegt werden.»

Art. 12 - Artikel 133 Absatz 3 desselben Gesetzes wird aufgehoben.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 15. Juli 1992

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

L. TOBACK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 28 oktober 1999.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 28 octobre 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage 4 — Annexe 4

DIENSTSTELLEN DES PREMIERMINISTERS

30. DEZEMBER 1992 — Gesetz zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

(...)

TITEL II — Pensionen

(...)

KAPITEL V — Bestimmungen über die gemeinsame Pensionsregelung der lokalen Verwaltungen

Art. 74

Artikel 161 Absatz 3 des neuen Gemeindegesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlaß vom 8. März 1990, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Die in den Absätzen 1 und 2 erwähnte Mitgliedschaft ist unwiderruflich. Die mit der Verwaltung von Krankenhäusern beauftragten Interkommunalen, die am 31. Dezember 1986 der Verteilerkasse für die Pensionen des Gemeindepersonals angeschlossen waren und infolge einer vor dem 31. Dezember 1987 beim Landesamt für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen eingereichten Beanstandung am 31. Dezember 1992 diesem Amt nicht mehr angeschlossen sind, sind ab dem 1. Januar 1993 von Rechts wegen und unwiderruflich diesem Amt erneut angeschlossen.» (1)

Art. 75

In das neue Gemeindegesetz, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1988, 11. August 1988, 27. Mai 1989, 16. Juni 1989, 22. Dezember 1989, 28. Dezember 1989, 17. Oktober 1990, 18. März 1991, 21. März 1991, 8. April 1991, 24. Mai 1991, 18. Juli 1991, 19. Juli 1991, 26. Juni 1992 und 29. Juni 1992 sowie durch die Königlichen Erlasse vom 30. Mai 1989, 8. März 1990, 25. Januar 1991 und 16. Juli 1991, wird ein Artikel 161*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

Artikel 161*bis* - § 1 - Wenn infolge der Umstrukturierung oder Aufhebung einer lokalen Verwaltung, die in Sachen Pensionen dem Landesamt für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen angeschlossen ist, Personal dieser Verwaltung einer oder mehreren anderen lokalen Verwaltungen übertragen wird, die nicht an der gemeinsamen Pensionsregelung der lokalen Behörden beteiligt sind, sind diese anderen Verwaltungen ab dem Datum der Umstrukturierung oder Aufhebung verpflichtet, ihren Beitrag zu den Aufwendungen für die Ruhestandspensionen derjenigen Personalmitglieder der umstrukturierten oder aufgehobenen lokalen Verwaltung zu leisten, die in dieser Eigenschaft vor der Umstrukturierung oder Aufhebung pensioniert worden sind. Dies gilt ebenso für die Aufwendungen für die Hinterbliebenenpensionen der Anspruchsberechtigten vorerwähnter Personalmitglieder oder der Personalmitglieder dieser Einrichtungen, die vor der Umstrukturierung oder Aufhebung verstorben sind.

Der Beitrag dieser oder jeder dieser anderen Verwaltungen wird jedes Jahr von der Verwaltung der Pensionen festgelegt. Dieser Beitrag entspricht dem Betrag, der sich ergibt, wenn man die Aufwendungen für die in Absatz 1 erwähnten, im Laufe des vorhergehenden Jahres gezahlten Ruhestands- und Hinterbliebenenpensionen mit einem Koeffizienten multipliziert, der dem Verhältnis der Lohnsumme des der anderen Verwaltung übertragenen Personals zur globalen Lohnsumme der lokalen Verwaltung bei deren Umstrukturierung oder Aufhebung entspricht. Für die Anwendung dieses Absatzes werden nur die Gehälter der Personalmitglieder, die definitiv ernannt sind, berücksichtigt. Vorerwähnter Koeffizient wird vom Landesamt für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen unter Berücksichtigung der jeweiligen Lohnsummen am Datum der Personalübertragung festgelegt.

§ 2 - Wenn Dienste, die bei einer umstrukturierten oder aufgehobenen lokalen Verwaltung verrichtet worden sind, in einer Ruhestands- oder Hinterbliebenenpension beziehungsweise in einem Anteil einer Ruhestands- oder Hinterbliebenenpension berücksichtigt werden, die zu Lasten der Staatskasse geht oder von ihr entrichtet wird, geht diese Pension beziehungsweise der sich auf diese Dienste beziehende Pensionsanteil für den übertragene Bediensteten ab dem Datum des Beginns der Pension zu Lasten der Verwaltung, an die dieser Bedienstete übertragen worden ist. Handelt es sich um einen Pensionsanteil, wird dieser gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 14. April 1965 zur Festlegung bestimmter Beziehungen zwischen den verschiedenen Pensionsregelungen des öffentlichen Sektors berechnet.

§ 3 - Zur Ermöglichung der Anwendung der in § 1 enthaltenen Bestimmungen sind die in die Rechte und Verpflichtungen der umstrukturierten oder aufgehobenen lokalen Verwaltung eingetretenen lokalen Verwaltungen verpflichtet, dem Landesamt für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen eine Namenliste der übertragenen Bediensteten zu übermitteln. Diese Mitteilung muß spätestens binnen zwei Monaten nach dem Datum der Übertragung des Personals erfolgen.

§ 4 - Die Bestimmungen von § 1 sind nur anwendbar auf die lokalen Verwaltungen, die ab dem 1. Januar 1993 umstrukturiert oder aufgehoben worden sind.»

Art. 76

In dasselbe Gesetz wird ein Artikel 161*ter* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Artikel 161*ter* - § 1 - Das Landesamt für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen notifiziert jeder betroffenen lokalen Verwaltung den Betrag der Aufwendungen, die in Anwendung von Artikel 161*bis* §§ 1 und 2 zu ihren Lasten gehen.

Der in Anwendung von Absatz 1 geforderte Betrag ist dem Landesamt für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen binnen zwei Monaten nach der Notifizierung zu entrichten.

Die lokale Verwaltung ist verpflichtet, als Vorschuß auf die für das laufende Jahr zu entrichtende Summe jedes Quartal einen Vorschußbetrag entsprechend dem Betrag der für dieses Quartal geschätzten Pensionsaufwendungen zu zahlen. Dieser Vorschußbetrag wird von der Verwaltung der Pensionen festgelegt und der betreffenden lokalen Verwaltung vom Landesamt für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen notifiziert.

§ 2 - Die in Anwendung von § 1 zu entrichtenden Summen sind Pensionsbeiträgen, wie sie in Artikel 1 Buchstabe f) des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1985 zur Ausführung von Kapitel I Abschnitt 1 des Gesetzes vom 1. August 1985 zur Festlegung sozialer Bestimmungen erwähnt sind, gleichgesetzt.

§ 3 - Der König bestimmt die Modalitäten, nach denen die in Anwendung von § 1 zu entrichtenden Summen gezahlt werden müssen. Er bestimmt auch den Betrag und die Anwendungsbedingungen für die Erhöhungen und Verzugszinsen im Falle der Nichteinhaltung der Zahlungsfristen sowie die Eintreibungsmodalitäten und die Art und Weise, wie die Beiträge, Erhöhungen und Zinsen der Staatskasse zugeführt werden.

§ 4 - Die Schulforderung des Landesamtes für soziale Sicherheit der provinziellen und lokalen Verwaltungen, die sich auf die in Anwendung von § 1 zu entrichtenden Beträge bezieht, verjährt in drei Jahren ab ihrer Fälligkeit. Diese wird bestimmt durch die Notifizierung per Einschreiben seitens obenerwähnten Landesamtes des Betrags der Finanzaufwendungen an die betreffende lokale Verwaltung. Durch ein Einschreiben oder eine Ladung vor Gericht wird die Verjährung der Schulforderung unterbrochen.»

Art. 77

Die Bestimmungen des vorliegenden Kapitels treten am 1. Januar 1993 in Kraft.

(..)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Motril (Spanien), den 30. Dezember 1992

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Premierminister

J.-L. DEHAENE

Der Minister des Verkehrswesens

G. COËME

Der Minister der Justiz und der Wirtschaftsangelegenheiten

M. WATHELET

Der Minister der Sozialen Angelegenheiten

Ph. MOUREAUX

Der Minister der Pensionen

F. WILLOCKX

Die Ministerin der Beschäftigung und der Arbeit

Frau M. SMET

Der Minister der Kleinen und Mittleren Betriebe

A. BOURGEOIS

Der Minister der Landesverteidigung

L. DELCROIX

Die Ministerin der Sozialen Eingliederung und der Volksgesundheit

Frau L. ONKELINX

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Note

(1) Siehe hierzu Entscheid des Schiedshofs Nr. 54/93 vom 1. Juli 1993, B.S. vom 13. Juli 1993.

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 28 oktober 1999.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 28 octobre 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

N. 2000 — 526

[S — C — 99/00880]

15 DECEMBER 1999. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van wettelijke bepalingen van 1993 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1°, en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op de ontwerpen van officiële Duitse vertaling

— van hoofdstuk V van de wet van 12 januari 1993 houdende een urgentieprogramma voor een meer solidaire samenleving,

— van boek II, titel IX, hoofdstuk I, van de gewone wet van 16 juli 1993 tot vervollediging van de federale staatsstructuur,

— van de wet van 15 december 1993 tot wijziging van de artikelen 65 en 67 van en invoeging van een artikel 136*bis* in de nieuwe gemeentewet,

opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit respectievelijk in bijlagen 1 tot 3 gevoegde teksten zijn de officiële Duitse vertaling :

— van hoofdstuk V van de wet van 12 januari 1993 houdende een urgentieprogramma voor een meer solidaire samenleving;

— van boek II, titel IX, hoofdstuk I, van de gewone wet van 16 juli 1993 tot vervollediging van de federale staatsstructuur;

— van de wet van 15 december 1993 tot wijziging van de artikelen 65 en 67 van en invoeging van een artikel 136*bis* in de nieuwe gemeentewet.

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 15 december 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

F. 2000 — 526

[S — C — 99/00880]

15 DECEMBRE 1999. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de dispositions légales de 1993 modifiant la nouvelle loi communale

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1°, et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu les projets de traduction officielle en langue allemande

— du chapitre V de la loi du 12 janvier 1993 contenant un programme d'urgence pour une société plus solidaire,

— du livre II, titre IX, chapitre Ier, de la loi ordinaire du 16 juillet 1993 visant à achever la structure fédérale de l'Etat,

— de la loi du 15 décembre 1993 portant modification des articles 65 et 67 de la nouvelle loi communale et y insérant un article 136*bis*,

établis par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'Arrondissement adjoint à Malmedy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Les textes figurant respectivement aux annexes 1 à 3 du présent arrêté constituent la traduction officielle en langue allemande :

— du chapitre V de la loi du 12 janvier 1993 contenant un programme d'urgence pour une société plus solidaire;

— du livre II, titre IX, chapitre Ier, de la loi ordinaire du 16 juillet 1993 visant à achever la structure fédérale de l'Etat;

— de la loi du 15 décembre 1993 portant modification des articles 65 et 67 de la nouvelle loi communale et y insérant un article 136*bis*.

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 15 décembre 1999.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage 1 — Annexe 1

MINISTERIUM DER SOZIALFÜRSORGE

12. JANUAR 1993 — Gesetz zur Einführung eines Sofortprogramms für mehr Solidarität in der Gesellschaft

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

(...)

KAPITEL V — Abänderung des neuen Gemeindegesetzes

Art. 27 - In Kapitel III von Titel II des neuen Gemeindegesetzes wird ein Artikel 134*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 134*bis* - Auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Präsidenten des Sozialhilferates hin verfügt der Bürgermeister ab Inverzugsetzung des Eigentümers über das Recht, jedes seit mehr als sechs Monaten verlassene Gebäude zu requirieren, um es Obdachlosen zur Verfügung zu stellen. Das Requirierungsrecht kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab der Benachrichtigung des Eigentümers durch den Bürgermeister und gegen eine angemessene Entschädigung ausgeübt werden.

Der König bestimmt durch einen im Ministerrat beratenen Erlaß die Grenzen, Bedingungen und Modalitäten, in deren Rahmen das Requirierungsrecht ausgeübt werden kann. In diesem Erlaß werden auch das Verfahren, die Benutzungsdauer, die Modalitäten in Zusammenhang mit der Benachrichtigung des Eigentümers, seine Möglichkeiten, gegen die Requirierung Einspruch zu erheben, sowie der Berechnungsmodus für die Entschädigung festgelegt."

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 12. Januar 1993

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Justiz

M. WATHELET

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

L. TOBBACK

Der Minister der Sozialen Eingliederung, der Volksgesundheit und der Umwelt

Frau L. ONKELINX

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 15 december 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 15 décembre 1999.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage 2 — Annexe 2

DIENTSTSTELLEN DES PREMIERMINISTERS

16. JULI 1993 — Ordentliches Gesetz zur Vollendung der föderalen Staatsstruktur

BALDUIN, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

(...)

BUCH II — ABÄNDERUNGEN VON GESETZEN

(...)

TITEL IX

Abänderungen des neuen Gemeindegesetzes und des am 4. August 1932 koordinierten Gemeindewahlgesetzes

KAPITEL I — Abänderungen des neuen Gemeindegesetzes

Art. 290 - In Artikel 71 des neuen Gemeindegesetzes werden die Nummern 1 und 2 jeweils durch folgende Bestimmungen ersetzt:

"1. Provinzgouverneure, der Gouverneur und der Vizegouverneur des Verwaltungsbezirks Brüssel-Hauptstadt und der beigeordnete Gouverneur der Provinz Flämisch-Brabant;"

"2. Mitglieder des ständigen Ausschusses des Provinzialrates und Mitglieder des Kollegiums, das durch Artikel 83^{quinquies} des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen eingesetzt worden ist;"

Art. 291 - Artikel 143 Absatz 2 des neuen Gemeindegesetzes wird durch folgenden Absatz ersetzt:

"Die Kapitel II bis IV des vorliegenden Titels finden Anwendung auf die Mitglieder der Gemeindepolizeikorps und der Feuerwehrdienste, insofern die Bestimmungen von Titel IV "Die Gemeindepolizei" und die im Gesetz vom 31. Dezember 1963 über den Zivilschutz aufgenommenen Bestimmungen in bezug auf die Mitglieder der Feuerwehrdienste nicht davon abweichen."

Art. 292 - In Artikel 144 desselben Gesetzes werden die Absätze 1 und 2 durch folgende Absätze ersetzt:

"Die aufgrund von Artikel 189 des vorliegenden Gesetzes und aufgrund von Artikel 9 § 1 Absatz 2 und Artikel 13 §§ 1 und 3 des Gesetzes vom 31. Dezember 1963 über den Zivilschutz vom König festzulegenden allgemeinen Bestimmungen werden nach Konsultierung der Vertreter der repräsentativsten Organisationen der Gemeindebediensteten festgelegt.

Das gleiche gilt für die aufgrund von Artikel 29 des vorliegenden Gesetzes vom König zu fassenden Beschlüsse."

Art. 293 - In Artikel 145 desselben Gesetzes werden die Wörter "im Rahmen der vom König festgelegten allgemeinen Bestimmungen" gestrichen.

Art. 294 - Der zweite Satz von Artikel 148 desselben Gesetzes wird aufgehoben.

Art. 295 - In Artikel 189 desselben Gesetzes werden nach den Wörtern "die Gehaltstabellen" die Wörter ", die Zulagen oder Vergütungen" eingefügt.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 16. Juli 1993

BALDUIN

Von Königs wegen:

Der Premierminister

J.-L. DEHAENE

Der Minister der Finanzen

Ph. MAYSTADT

Der Minister des Innern

L. TOBBACK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 15 december 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 15 décembre 1999.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage 3 — Annexe 3

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

15. DEZEMBER 1993 — Gesetz zur Abänderung der Artikel 65 und 67 des neuen Gemeindegesetzes und zur Einfügung eines Artikels 136bis in dieses Gesetz

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 - Artikel 65 § 1 des neuen Gemeindegesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlaß vom 30. Mai 1989 und durch das Gesetz vom 18. März 1991, wird wie folgt abgeändert:

— Der erste Absatz wird wie folgt ersetzt:

"Die Gehaltstabelle des lokalen Einnehmers wird in den Gemeinden mit 5.001 Einwohnern und mehr vom Gemeinderat festgelegt; diese Gehaltstabelle entspricht 97,5 % der für den Gemeindesekretär derselben Gemeinde geltenden Tabelle."

— Im zweiten Absatz werden die Wörter "die in Absatz 1 festgelegten Beträge" durch die Wörter "die Gehälter der Einnehmer" ersetzt.

— Der dritte Absatz wird gestrichen.

Art. 2 - Artikel 67 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Art. 67 - Das Gehalt des Bezirkseinnehmers wird vom Provinzgouverneur gemäß der für den lokalen Einnehmer der Gemeinden von 15.001 bis 20.000 Einwohnern geltenden Gehaltstabelle festgelegt."

Art. 3 - Ein neuer Artikel 136bis mit folgendem Wortlaut wird in dasselbe Gesetz eingefügt:

"Artikel 136bis - Der Einnehmer kann vom Bürgermeister- und Schöffenkollegium in allen Angelegenheiten angehört werden, die eine finanzielle oder budgetäre Auswirkung haben."

Art. 4 - Die lokalen Einnehmer und die Bezirkseinnehmer, deren Gehalt zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes höher ist als die durch dieses Gesetz festgelegten Prozentsätze, beziehen weiterhin das höhere Gehalt.

Art. 5 - Vorliegendes Gesetz tritt am ersten Tag des dritten Monats nach seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 15. Dezember 1993

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

L. TOBBACK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 15 december 1999.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 15 décembre 1999.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

N. 2000 — 527

[C — 2000/00029]

21 JANUARI 2000. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van wettelijke bepalingen van 1994 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groot.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1° en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op de ontwerpen van officiële Duitse vertaling

— van hoofdstuk IV van de wet van 11 juli 1994 tot wijziging van de provinciewet, de wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken, gecoördineerd op 18 juli 1966, de dienstplichtwetten, gecoördineerd op 30 april 1962, alsook de nieuwe gemeentewet,

— van de wet van 11 juli 1994 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet met het oog op de versterking van de gemeentelijke democratie,

— van de wet van 30 juli 1994 tot wijziging van titel I, hoofdstuk I, afdeling 7, onderafdeling 2, van de nieuwe gemeentewet, wat de bezoldigingsregeling van de gemeentesecretaris betreft (*Belgisch Staatsblad* van 26 augustus 1994, erratum : *Belgisch Staatsblad* van 21 september 1994),

— van titel IX, hoofdstuk II, afdeling 1, van de wet van 21 december 1994 houdende sociale en diverse bepalingen,

— van hoofdstuk I en artikel 3 van de wet van 28 december 1994 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet en van de provinciewet (*Belgisch Staatsblad* van 19 januari 1995, erratum : *Belgisch Staatsblad* van 21 juli 1995),

opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit respectievelijk in bijlagen 1 tot 5 gevoegde teksten zijn de officiële Duitse vertaling :

— van hoofdstuk IV van de wet van 11 juli 1994 tot wijziging van de provinciewet, de wetten op het gebruik van de talen in bestuurszaken, gecoördineerd op 18 juli 1966, de dienstplichtwetten, gecoördineerd op 30 april 1962, alsook de nieuwe gemeentewet;

— van de wet van 11 juli 1994 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet met het oog op de versterking van de gemeentelijke democratie;

F. 2000 — 527

[C — 2000/00029]

21 JANVIER 2000. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de dispositions légales de 1994 modifiant la nouvelle loi communale

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1° et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu les projets de traduction officielle en langue allemande

— du chapitre IV de la loi du 11 juillet 1994 modifiant la loi provinciale, les lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, les lois sur la milice, coordonnées le 30 avril 1962, ainsi que la nouvelle loi communale,

— de la loi du 11 juillet 1994 modifiant la nouvelle loi communale en vue de renforcer la démocratie communale,

— de la loi du 30 juillet 1994 modifiant le titre Ier, chapitre Ier, section 7, sous-section 2, de la nouvelle loi communale, en ce qui concerne le statut pécuniaire du secrétaire communal (*Moniteur belge* du 26 août 1994, erratum : *Moniteur belge* du 21 septembre 1994),

— du titre IX, chapitre II, section 1re, de la loi du 21 décembre 1994 portant des dispositions sociales et diverses,

— du chapitre Ier et de l'article 3 de la loi du 28 décembre 1994 modifiant la nouvelle loi communale et la loi provinciale (*Moniteur belge* du 19 janvier 1995, erratum : *Moniteur belge* du 21 juillet 1995),

établis par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'Arrondissement adjoint à Malmedy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Les textes figurant respectivement aux annexes 1 à 5 du présent arrêté constituent la traduction officielle en langue allemande :

— du chapitre IV de la loi du 11 juillet 1994 modifiant la loi provinciale, les lois sur l'emploi des langues en matière administrative, coordonnées le 18 juillet 1966, les lois sur la milice, coordonnées le 30 avril 1962, ainsi que la nouvelle loi communale;

— de la loi du 11 juillet 1994 modifiant la nouvelle loi communale en vue de renforcer la démocratie communale;

— van de wet van 30 juli 1994 tot wijziging van titel I, hoofdstuk I, afdeling 7, onderafdeling 2, van de nieuwe gemeentewet, wat de bezoldigingsregeling van de gemeentesecretaris betreft (*Belgisch Staatsblad* van 26 augustus 1994, erratum : *Belgisch Staatsblad* van 21 september 1994);

— van titel IX, hoofdstuk II, afdeling 1, van de wet van 21 december 1994 houdende sociale en diverse bepalingen;

— van hoofdstuk I en artikel 3 van de wet van 28 december 1994 tot wijziging van de nieuwe gemeentewet en van de provinciewet (*Belgisch Staatsblad* van 19 januari 1995, erratum : *Belgisch Staatsblad* van 21 juli 1995).

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 21 januari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

— de loi du 30 juillet 1994 modifiant le titre Ier, chapitre Ier, section 7, sous-section 2, de la nouvelle loi communale, en ce qui concerne le statut pécuniaire du secrétaire communal (*Moniteur belge* du 26 août 1994, erratum : *Moniteur belge* du 21 septembre 1994);

— du titre IX, chapitre II, section 1re, de la loi du 21 décembre 1994 portant des dispositions sociales et diverses;

— du chapitre Ier et de l'article 3 de la loi du 28 décembre 1994 modifiant la nouvelle loi communale et la loi provinciale (*Moniteur belge* du 19 janvier 1995, erratum : *Moniteur belge* du 21 juillet 1995).

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 21 janvier 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage 1 — Annexe 1

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

11. JULI 1994. — Gesetz zur Abänderung des Provinzialgesetzes, der am 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze über den Sprachengebrauch in Verwaltungsangelegenheiten, der am 30. April 1962 koordinierten Milizgesetze sowie des neuen Gemeindegesetzes

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

(...)

KAPITEL IV — *Abänderung des neuen Gemeindegesetzes*

Art. 12 — In Artikel 71 Nr. 2 des neuen Gemeindegesetzes vom 24. Juni 1988, abgeändert durch das ordentliche Gesetz vom 16. Juli 1993 zur Vollendung der föderalen Staatsstruktur, werden die Wörter «Artikel 83quinquies des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen» durch die Wörter «Artikel 83quinquies § 2 des Sondergesetzes vom 12. Januar 1989 über die Brüsseler Institutionen» ersetzt.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 11. Juli 1994

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

L. TOBBACK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 21 januari 2000.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 21 janvier 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage 2 — Annexe 2

MINISTERIUM DES INNEREN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

11. JULI 1994 — Gesetz zur Abänderung des neuen Gemeindegesetzes im Hinblick auf die Stärkung der kommunalen Demokratie

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

Artikel 1 — Ein Artikel 12*bis* mit folgendem Wortlaut wird in das neue Gemeindegesetz eingefügt:

«Art. 12*bis* — Ein Ratsmitglied, das wegen einer Behinderung sein Mandat nicht alleine ausüben kann, kann sich für die Ausübung dieses Mandats von einer Vertrauensperson beistehen lassen, die aus den Gemeinderatswählern ausgesucht wird, welche die Wahlbarkeitsbedingungen für das Mandat als Gemeinderatsmitglied erfüllen, und die weder Mitglied des Gemeindepersonals noch Mitglied des Personals des öffentlichen Sozialhilfeszentrums der betreffenden Gemeinde ist.

Für die Anwendung von Absatz 1 legt der König die Kriterien zur Bestimmung der Eigenschaft als Ratsmitglied mit einer Behinderung fest.

Die Vertrauensperson verfügt, wenn sie diesen Beistand leistet, über dieselben Mittel und ist denselben Verpflichtungen unterworfen, wie das Ratsmitglied. Sie hat jedoch kein Anrecht auf Anwesenheitsgelder.»

Art. 2 — Artikel 71 Nr. 6 desselben Gesetzes wird durch folgenden Text ersetzt :

« 6. wer Mitglied des Personals der Gemeinde ist oder von der Gemeinde eine Zulage oder ein Gehalt erhält, mit Ausnahme der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr;»

Art. 3 — Artikel 80 Absatz 1 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Die Gemeinderatsmitglieder, die in Artikel 12*bis* erwähnten Vertrauenspersonen, die Bürgermeister und die Schöffen leisten vor Amtsantritt folgenden Eid:

« Ich schwöre Treue dem König, Gehorsam der Verfassung und den Gesetzen des belgischen Volkes.»

Art. 4 — Artikel 84 desselben Gesetzes, dessen jetziger Text § 1 bilden wird, wird wie folgt ergänzt:

« § 2 — Die Gemeinderatsmitglieder können unter den Bedingungen, die in der vom Rat erstellten Geschäftsordnung festgelegt sind, eine Kopie der Urkunden und Schriftstücke bezüglich der Verwaltung der Gemeinde erhalten. In der Geschäftsordnung sind ebenfalls die Bedingungen festgelegt, unter denen Gemeindeeinrichtungen und -dienste zugänglich sind.

Die gegebenenfalls verlangte Gebühr für die Kopie darf den Selbstkostenpreis auf keinen Fall überschreiten.

§ 3 — Die Gemeinderatsmitglieder haben das Recht, dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium schriftlich und mündlich Fragen zu stellen. Die Bedingungen für die Ausübung dieses Rechtes sind in der Geschäftsordnung festgelegt.»

Art. 5 — Artikel 85 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 85 — Der Gemeinderat tritt so oft zusammen, wie es die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Angelegenheiten erfordern, mindestens aber zehn Mal im Jahr.»

Art. 6 — Artikel 87 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 87 — § 1 — Außer in dringenden Fällen ergeht die Einladung an die Mitglieder wenigstens sieben volle Tage vor dem Versammlungsdatum schriftlich an ihren Wohnsitz; sie enthält die Tagesordnung. Diese Frist wird für die Anwendung von Artikel 90 Absatz 3 jedoch auf zwei volle Tage herabgesetzt.

Die Punkte der Tagesordnung müssen mit genügender Deutlichkeit angegeben werden.

§ 2 — Für jeden Punkt der Tagesordnung werden alle sich darauf beziehenden Schriftstücke den Gemeinderatsmitgliedern ab der Versendung der Tagesordnung vor Ort zur Einsicht bereitgehalten.

In der in Artikel 91 erwähnten Geschäftsordnung kann vorgesehen werden, daß der Gemeindesekretär oder die von ihm bestimmten Beamten den Ratsmitgliedern, die es beantragen, technische Auskünfte über die in der Akte befindlichen Schriftstücke erteilen; in diesem Fall werden in der Geschäftsordnung auch die Modalitäten bestimmt, nach denen diese technischen Auskünfte erteilt werden.»

Art. 7 — Ein Artikel 87*bis* mit folgendem Wortlaut wird in dasselbe Gesetz eingefügt:

«Art. 87*bis* — Ort, Tag, Stunde und Tagesordnung der Gemeinderatssitzungen werden der Öffentlichkeit innerhalb derselben Fristen, wie sie in den Artikeln 87, 96 und 97 Absatz 3 in bezug auf die Einberufung des Gemeinderates vorgesehen sind, durch Anschlag am Gemeindehaus zur Kenntnis gebracht.

Die Presse und interessierte Einwohner der Gemeinde werden auf ihren Antrag hin und innerhalb einer noch laufenden Frist gegen eventuelle Zahlung einer Gebühr, die den Selbstkostenpreis nicht überschreiten darf, von der Tagesordnung des Gemeinderates in Kenntnis gesetzt. Diese noch laufende Frist gilt nicht für Punkte, die der Tagesordnung nach Versendung der Einladungen gemäß Artikel 87 hinzugefügt werden.

Die Geschäftsordnung kann andere Weisen der Bekanntmachung vorsehen.»

Art. 8 — In Artikel 89 Absatz 2 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 19. Juli 1991, wird das Wort « fünf » durch das Wort « sieben » ersetzt.

Art. 9 — Artikel 91 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 91 — Der Gemeinderat verabschiedet eine Geschäftsordnung.

Außer den Bestimmungen, die vorliegendes Gesetz darin festzuhalten vorschreibt, kann diese Ordnung ergänzende Maßnahmen in bezug auf die Arbeitsweise des Rates enthalten.»

Art. 10 — Artikel 92 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 24. Mai 1991, wird wie folgt ergänzt:

« 5. in Disziplinarsachen als Beistand eines Personalmitglieds aufzutreten;

6. als Beauftragter oder Fachmann einer Gewerkschaftsorganisation in einem Verhandlungs- oder Konzertierungsausschuß der Gemeinde aufzutreten.»

Art. 11 — Artikel 93 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 93 — Die Sitzungen des Gemeinderates sind öffentlich.

Unter Vorbehalt von Artikel 96 kann der Gemeinderat im Interesse der öffentlichen Ordnung und aufgrund schwerwiegender Bedenken gegen diese Öffentlichkeit mit einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschließen, daß die Sitzung nicht öffentlich ist.»

Art. 12 — Artikel 94 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 94 — Die Sitzung des Gemeinderates ist nicht öffentlich, wenn Personenfragen behandelt werden.

Sobald eine solche Frage angeschnitten wird, ordnet der Vorsitzende sofort an, daß diese Sache in geheimer Sitzung behandelt wird.»

Art. 13 — Artikel 95 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 95 — Außer in Disziplinarsachen darf die geheime Sitzung erst nach der öffentlichen Sitzung stattfinden.

Wenn es sich während der öffentlichen Sitzung als notwendig erweist, die Untersuchung eines Punktes in geheimer Sitzung fortzuführen, kann die öffentliche Sitzung zu diesem alleinigen Zweck unterbrochen werden.»

Art. 14 — Artikel 96 Absatz 4 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 27. Mai 1989, wird aufgehoben.

Art. 15 — Artikel 97 Absatz 3 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Nicht auf der Tagesordnung stehende Vorschläge müssen dem Bürgermeister oder seinem Stellvertreter wenigstens fünf volle Tage vor der Versammlung überreicht werden; ihnen ist ein Erläuterungsschreiben oder ein Dokument beizufügen, das dem Rat darüber Aufschluß geben kann. Mitgliedern des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums ist es untersagt, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Der Bürgermeister oder sein Stellvertreter teilt den Ratsmitgliedern die zusätzlichen Punkte der Tagesordnung unverzüglich mit.»

Art. 16 — Artikel 100 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 24. Mai 1991, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 100 — Unbeschadet von Absatz 4 stimmen die Ratsmitglieder mündlich ab.

In der Geschäftsordnung kann ein Abstimmungsverfahren vorgesehen werden, das einer mündlichen Stimmabgabe gleichkommt. Als solche werden die mechanisch ausgelöste namentliche Abstimmung sowie die Abstimmung durch Sitzenbleiben und Aufstehen oder durch Handzeichen betrachtet.

Unbeschadet der Bestimmungen der Geschäftsordnung erfolgt die Abstimmung immer mündlich, wenn ein Drittel der anwesenden Mitglieder es beantragt.

Nur über Invorschlagbringungen von Kandidaten, Ernennungen in Ämter, Zurdispositionstellungen, vorbeugende einstweilige Amtsenthebungen im Interesse des Dienstes und Disziplinarstrafen wird in geheimer Abstimmung mit absoluter Stimmenmehrheit abgestimmt.

Der Vorsitzende gibt als letzter seine Stimme ab, wenn er Mitglied des Rates ist.

Der vorangehende Absatz kommt bei geheimen Abstimmungen nicht zur Anwendung.»

Art. 17 — Artikel 108 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 17. Oktober 1990, wird durch folgenden Absatz ergänzt:

«Die Unterschrift des Protokolls des Gemeinderates erfolgt innerhalb eines Monats nach seiner Verabschiedung durch den Gemeinderat.»

Art. 18 — Ein Artikel 108*bis* mit folgendem Wortlaut wird in dasselbe Gesetz eingefügt:

«Art. 108*bis* — Das Protokoll gibt in chronologischer Reihenfolge alle Diskussionsgegenstände sowie den weiteren Verlauf der Punkte an, in denen der Rat keinen Beschluß gefaßt hat. Im Protokoll werden ebenfalls alle Beschlüsse klar wiedergegeben.»

Art. 19 — Artikel 120 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 120 — § 1 — Der Gemeinderat kann in seiner Mitte Ausschüsse gründen, die mit der Vorbereitung der Besprechungen anläßlich der Gemeinderatssitzungen beauftragt sind.

Die Mitgliedsmandate für jeden Ausschuß werden proportional unter die Fraktionen verteilt, aus denen sich der Gemeinderat zusammensetzt; als eine Fraktion bildend werden die Ratsmitglieder betrachtet, die auf einer selben Liste gewählt wurden oder die auf zwecks Fraktionsbildung angeschlossenen Listen gewählt wurden; die in Artikel 91 erwähnte Geschäftsordnung bestimmt die Modalitäten für die Zusammensetzung und Arbeitsweise der Ausschüsse.

Die Ausschüsse können jederzeit Sachverständige und Interessehabende anhören.

§ 2 — Der Gemeinderat ernennt die Mitglieder aller Ausschüsse, die die Verwaltung der Gemeinde betreffen, sowie die Vertreter des Gemeinderates in den Interkommunalen und anderen juristischen Personen, bei denen die Gemeinde Mitglied ist. Er kann diese Mandate zurückziehen.»

Art. 20 — Ein Artikel 120*bis* mit folgendem Wortlaut wird in dasselbe Gesetz eingefügt:

«Art. 120*bis* — Wenn der Gemeinderat Beiräte einsetzt, regelt er deren Zusammensetzung aufgrund ihrer Aufgaben und bestimmt er die Fälle, in denen die Konsultierung dieser Beiräte Pflicht ist.

Er stellt ihnen die zur Ausführung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung.»

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 11. Juli 1994

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

L. TOBBACK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 21 januari 2000.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 21 janvier 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

30. JULI 1994 — Gesetz zur Abänderung von Titel I Kapitel I Abschnitt 7 Unterabschnitt 2 des neuen Gemeindegesetzes, was das Besoldungsstatut des Gemeindesekretärs betrifft

ALBERT II., König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmung*

Artikel 1 — Artikel 28 § 1 des neuen Gemeindegesetzes wird wie folgt ersetzt:

«§ 1 — Die Gehaltstabelle des Sekretärs wird vom Gemeinderat innerhalb der unten angegebenen Mindest- und Höchstgrenzen festgelegt:

	Minimum	Maximum
1. In den Gemeinden von 300 Einwohnern und weniger	489.139	741.456
2. In den Gemeinden von 301 bis 500 Einwohnern	518.700	819.816
3. In den Gemeinden von 501 bis 750 Einwohnern	566.214	898.103
4. In den Gemeinden von 751 bis 1.000 Einwohnern	629.504	1.002.527
5. In den Gemeinden von 1.001 bis 1.250 Einwohnern	689.600	1.106.963
6. In den Gemeinden von 1.251 bis 1.500 Einwohnern	711.137	1.139.571
7. In den Gemeinden von 1.501 bis 2.000 Einwohnern	738.837	1.172.203
8. In den Gemeinden von 2.001 bis 2.500 Einwohnern	775.421	1.214.625
9. In den Gemeinden von 2.501 bis 3.000 Einwohnern	813.925	1.263.585
10. In den Gemeinden von 3.001 bis 4.000 Einwohnern	857.651	1.319.047
11. In den Gemeinden von 4.001 bis 5.000 Einwohnern	901.377	1.367.993
12. In den Gemeinden von 5.001 bis 6.000 Einwohnern	945.104	1.416.940
13. In den Gemeinden von 6.001 bis 8.000 Einwohnern	1.024.070	1.508.314
14. In den Gemeinden von 8.001 bis 10.000 Einwohnern	1.093.901	1.612.729
15. In den Gemeinden von 10.001 bis 15.000 Einwohnern	1.178.089	1.740.005
16. In den Gemeinden von 15.001 bis 20.000 Einwohnern	1.277.287	1.864.003
17. In den Gemeinden von 20.001 bis 25.000 Einwohnern	1.350.381	1.988.009
18. In den Gemeinden von 25.001 bis 35.000 Einwohnern	1.434.571	2.118.525
19. In den Gemeinden von 35.001 bis 50.000 Einwohnern	1.522.021	2.242.513
20. In den Gemeinden von 50.001 bis 80.000 Einwohnern	1.627.093	2.379.575
21. In den Gemeinden von 80.001 bis 150.000 Einwohnern	1.723.028	2.510.100
22. In den Gemeinden von mehr als 150.000 Einwohnern	1.868.563	2.705.869

Die Mindest- und Höchstbeträge der Gehaltstabellen des Sekretärs sind an den Schwellenindex 138,01 gebunden.

Der König kann diese Beträge innerhalb von drei Monaten nach der Veröffentlichung jeglichen Erlasses zur Abänderung der Gehaltstabellen für die Dienstgrade des Personals der provinziellen und lokalen Verwaltungen im *Belgischen Staatsblatt* anpassen.

Was die Gemeinden der Kategorien 1 bis 4 betrifft, bezieht der Sekretär mindestens ein Anfangsgehalt von 686.000 Franken, bis dieser Betrag infolge der periodischen Gehaltserhöhungen, die im Rahmen der Minima und Maxima obenerwähnter Tabelle gewährt werden, überschritten wird.

Was die anderen Gemeinden betrifft, bezieht der Sekretär mindestens ein Anfangsgehalt von 838.000 Franken, bis dieser Betrag infolge der periodischen Gehaltserhöhungen, die im Rahmen der Minima und Maxima obenerwähnter Tabelle gewährt werden, überschritten wird.»

Art. 2 — Als Übergangsmaßnahme wird den Sekretären, für die infolge eines Kategoriewechsels oder aufgrund persönlicher Anrechte eine höhere Gehaltstabelle galt, die neue Gehaltstabelle zuerkannt, die der ihnen zugewiesenen Kategorie entspricht.

Art. 3 — Vorliegendes Gesetz tritt am ersten Tag des Monats nach dem Monat seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 30. Juli 1994

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

L. TOBBACK

Mit dem Staatssiegel versehen:

Für den Minister der Justiz, abwesend:

Der Minister der Kleinen und Mittleren Betriebe und der Landwirtschaft

A. BOURGEOIS

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 21 januari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 21 janvier 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage 4 — Annexe 4

DIENSTSTELLEN DES PREMIERMINISTERS

21. DEZEMBER 1994 — Gesetz zur Festlegung sozialer und sonstiger Bestimmungen

ALBERT II., König der Belgier,
Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

(...)

TITEL IX. — Sonstige Bestimmungen

(...)

KAPITEL II. — Innere Angelegenheiten

Abschnitt 1. — Abänderung des neuen Gemeindegesetzes

Art. 152 — Artikel 140 des neuen Gemeindegesetzes wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Absatz wird zwischen Absatz 3 und Absatz 4 eingefügt:

« Für den Beitrag zum Gehalt erfolgt dieser Abzug auf die vom König festgelegte Art und Weise mittels monatlicher Vorschüsse.»

2. [Abänderung des französischen und des niederländischen Textes desselben Gesetzes]

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 21. Dezember 1994

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Premierminister
J.-L. DEHAENE

Der Minister des Verkehrswesens und der Öffentlichen Unternehmen
E. DI RUPO

Der Minister der Justiz und der Wirtschaftsangelegenheiten
M. WATHELET

Der Minister des Haushalts
H. VAN ROMPUY

Der Minister der Finanzen
Ph. MAYSTADT

Der Minister der Pensionen
M. COLLA

Die Ministerin der Beschäftigung und der Arbeit
Frau M. SMET

Der Minister der Kleinen und Mittleren Betriebe und der Landwirtschaft
A. BOURGEOIS

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten
Frau M. DE GALAN

Der Minister der Volksgesundheit und der Umwelt
J. SANTKIN

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes
J. VANDE LANOTTE

Gesehen und mit dem Staatssiegel versehen:
Der Minister der Justiz

WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 21 januari 2000.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 21 janvier 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

A. DUQUESNE

Bijlage 5 — Annexe 5

MINISTERIUM DES INNERN UND DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

28. DEZEMBER 1994 — Gesetz zur Abänderung des neuen Gemeindegesetzes und des Provinzialgesetzes

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen, und Wir sanktionieren es:

KAPITEL I. — Abänderungen des neuen Gemeindegesetzes

Artikel 1 — Titel XIII des neuen Gemeindegesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 16. Juni 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 21. März 1991, wird durch einen Artikel 280bis mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«Art. 280bis — Der Gouverneur des Verwaltungsbezirks Brüssel-Hauptstadt übt die Befugnisse aus, die dem Provinzgouverneur durch die Artikel 9, 10, 13 Absatz 1, 22, 77, 80, 83, 102, 175, 191, 193, 228, 229, 289 und 290 zuerkannt werden.

Artikel 79 findet Anwendung auf die Personalmitglieder, die unter der Leitung des Gouverneurs oder des Vizegouverneurs des Verwaltungsbezirks Brüssel-Hauptstadt stehen.»

(…)

Art. 3 — Vorliegendes Gesetz tritt am 1. Januar 1995 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, daß es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Châteauneuf-de-Grasse, den 28. Dezember 1994

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister des Innern und des Öffentlichen Dienstes

J. VANDE LANOTTE

Mit dem Staatssiegel versehen:

Der Minister der Justiz

M. WATHELET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 21 januari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 21 janvier 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

N. 2000 — 528

[C — 2000/00027]

21 JANUARI 2000. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 21 september 1999 tot verlening van afwijkingen voor het seizoen 1999-2000 van de in artikel 36, 7°, van de wet van 14 augustus 1986 betreffende de bescherming en het welzijn der dieren opgenomen verbodsbepaling

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1° en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het ontwerp van officiële Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 21 september 1999 tot verlening van afwijkingen voor het seizoen 1999-2000 van de in artikel 36, 7°, van de wet van 14 augustus 1986 betreffende de bescherming en het welzijn der dieren opgenomen verbodsbepaling, opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmédy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit gevoegde tekst is de officiële Duitse vertaling van het ministerieel besluit van 21 september 1999 tot verlening van afwijkingen voor het seizoen 1999-2000 van de in artikel 36, 7°, van de wet van 14 augustus 1986 betreffende de bescherming en het welzijn der dieren opgenomen verbodsbepaling.

F. 2000 — 528

[C — 2000/00027]

21 JANVIER 2000. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté ministériel du 21 septembre 1999 accordant pour la saison 1999-2000 des dérogations à la prohibition portée à l'article 36, 7° de la loi du 14 août 1986 relative à la protection et au bien-être des animaux

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1° et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le projet de traduction officielle en langue allemande de l'arrêté ministériel du 21 septembre 1999 accordant pour la saison 1999-2000 des dérogations à la prohibition portée à l'article 36, 7° de la loi du 14 août 1986 relative à la protection et au bien-être des animaux, établi par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'Arrondissement adjoint à Malmédy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Le texte annexé au présent arrêté constitue la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté ministériel du 21 septembre 1999 accordant pour la saison 1999-2000 des dérogations à la prohibition portée à l'article 36, 7° de la loi du 14 août 1986 relative à la protection et au bien-être des animaux.

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 21 januari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 21 janvier 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage - Annexe

MINISTERIUM DES MITTELSTANDS UND DER LANDWIRTSCHAFT

21. SEPTEMBER 1999 — Ministerieller Erlaß zur Gewährung von Abweichungen von der in Artikel 36 Nr. 7 des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere aufgeführten Verbotsbestimmung für die Saison 1999-2000

Der Minister des Verbraucherschutzes, der Volksgesundheit und der Umwelt,

Aufgrund des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 12. März 1999 zur Festlegung der Bedingungen für die Erlangung einer Abweichung von dem Verbot, Hunde als Last- und Zugtiere zu benutzen;

Aufgrund der Anträge vom 15., 18., 28. und 31. Mai 1999 auf Abweichung von der in Artikel 36 Nr. 7 dieses Gesetzes aufgeführten Verbotsbestimmung

Erläßt:

Artikel 1 - Folgenden Verbänden wird für die Saison 1999-2000 eine Abweichung von der in Artikel 36 Nr. 7 des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere aufgeführten Verbotsbestimmung für die Organisation folgender Hundeschlittenrennen gewährt:

1. dem «Mushing Belgium»:

— in Hofstade, am 4. und 5. Dezember 1999,

— in Willebroek, am 22. und 23. Januar 2000,

— in Gierle, am 4. und 5. März 2000,

2. dem Verband «Federation of Belgian Mushers Clubs»:

— in Theux, am 18. und 19. März 2000,

3. dem Belgischen Mushing-Verband:

— in Virton, am 20. und 21. November 1999,

— in Balen, am 11. und 12. Dezember 1999,

— in Rodt-Sankt Vith, am 5. und 6. Februar 2000,

— in Redu, am 11. und 12. März 2000.

Art. 2 - Folgenden Verbänden wird eine Abweichung von der in Artikel 36 Nr. 7 des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere aufgeführten Verbotsbestimmung für die Organisation folgender Vorführungen von Schlittenhundegespannen gewährt:

1. dem «Mushing Belgium»:

— in Hélécine, am 11. September 1999,

— in Cerfontaine, am 19. und 20. Februar 2000,

— in Antwerpen («K.V. Brabo v.z.w.»), am 29. und 30. April 2000,

— in Willebroek, am 6. und 7. Mai 2000,

2. dem Verband «Federation of Belgian Mushers Clubs»:

— in Marche-en-Famenne, am 5. und 6. Juni 2000,

— in Beervelde, am 1. August 2000,

3. der Königlichen Gesellschaft Sankt Hubertus:

— in Brüssel, am 20. und 21. Mai 2000.

Art. 3 - Die Veranstalter der vorgenannten Wettbewerbe und Vorführungen müssen die Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 12. März 1999 zur Festlegung der Bedingungen für die Erlangung einer Abweichung von dem Verbot, Hunde als Last- und Zugtiere zu benutzen, einhalten.

Brüssel, den 21. September 1999

Frau M. AELVOET

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 21 januari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 21 janvier 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

N. 2000 — 529

[C — 2000/00078]

3 FEBRUARI 2000. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 23 september 1998 betreffende de bescherming van dieren bij wedstrijden

ALBERT II, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1° en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op het ontwerp van officiële Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 23 september 1998 betreffende de bescherming van dieren bij wedstrijden, opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit gevoegde tekst is de officiële Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 23 september 1998 betreffende de bescherming van dieren bij wedstrijden.

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 3 februari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

F. 2000 — 529

[C — 2000/00078]

3 FEVRIER 2000. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 23 septembre 1998 relatif à la protection des animaux lors de compétitions

ALBERT II, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1° et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu le projet de traduction officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 23 septembre 1998 relatif à la protection des animaux lors de compétitions, établi par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmedy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Le texte annexé au présent arrêté constitue la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 23 septembre 1998 relatif à la protection des animaux lors de compétitions.

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 3 février 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage - Annexe

MINISTERIUM DES MITTELSTANDS UND DER LANDWIRTSCHAFT

23. SEPTEMBER 1998 — Königlicher Erlaß über den Schutz der Tiere bei Wettkämpfen

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Mai 1995, insbesondere des Artikels 6 § 2;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Innern vom 18. November 1996;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL I

Artikel 1 - § 1 - Wettkämpfe, bei denen Kraft, Geschwindigkeit und Behendigkeit der Tiere auf die Probe gestellt werden, dürfen nur mit Pferden, Hunden, Tauben und anderen von dem Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Landwirtschaft gehört, bestimmten Tierarten organisiert werden.

§ 2 - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Landwirtschaft gehört, kann die Wettkämpfe bestimmen, die auf jeden Fall der Anwendung von § 1 unterliegen.

Art. 2 - Die Organisation von Wettkämpfen, wie sie im vorhergehenden Artikel erwähnt sind, und die Teilnahme der Tiere an diesen Wettkämpfen sind nur erlaubt, insofern sie den Bedingungen des vorliegenden Erlasses entsprechen.

Art. 3 - Wer in Artikel 1 erwähnte Wettkämpfe organisieren will, muß die vorherige Zustimmung des Bürgermeisters der Gemeinde, in der diese Wettkämpfe stattfinden sollen, einholen.

Dazu unterbreitet der Veranstalter der Gemeindeverwaltung folgendes:

1. Programm der Wettkämpfe,
2. Regelung für die Wettkämpfe und die Dopingkontrolle,
3. Beschreibung der Strecke,
4. Name des zugelassenen Tierarztes, der mit der veterinärmedizinischen Überwachung beauftragt ist,
5. Wettkampfkalender, sofern im Laufe eines Jahres mehrere Wettkämpfe organisiert werden.

Der Bürgermeister erteilt seine Zustimmung, gegebenenfalls nachdem er die Stellungnahme des lokalen Veterinärinspektors eingeholt hat, sofern er über ausreichende Garantien dafür verfügt, daß der Wettkampf unter Einhaltung der Bestimmungen des vorliegenden Erlasses stattfinden wird.

Für Wettkämpfe, die von ein und demselben Veranstalter, für ein und dieselbe Tierart und auf ein und derselben Strecke, aber an verschiedenen Daten im Jahr organisiert werden, kann er eine Zustimmung erteilen, die für längere Zeit gilt.

Die Bestimmungen des vorliegenden Artikels gelten nicht für Wettkämpfe mit Tauben.

Art. 4 - Die Veranstalter von Wettkämpfen für Tiere müssen die notwendigen Vorkehrungen treffen, damit:

1. keine kranken oder verletzten Tiere an den Wettkämpfen teilnehmen,
2. für Tiere, die sich während des Wettkampfs verletzen, eine medizinische Behandlung vorgesehen ist,
3. die Tiere keinen unnötigen Risiken ausgesetzt werden, die unter anderem durch schlechte Witterungsverhältnisse, den Streckenzustand oder die Aufstellung der Zuschauer verursacht werden können,
4. die Förderung der Leistungen der Tiere in einer Weise, die sich nachteilig auf das Wohlbefinden der Tiere auswirkt, verboten oder bestraft wird.

Art. 5 - Unbeschadet des Artikels 36 Nr. 5 und 7 des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere müssen die Wettkampfbedingungen und die Strecke den physiologischen Fähigkeiten der teilnehmenden Tiere angepaßt sein.

Art. 6 - Zur Gewährleistung des Wohlbefindens der Tiere während Wettkämpfen kann der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich die Landwirtschaft gehört, zusätzliche Bestimmungen festlegen insbesondere in bezug auf:

1. Strecke,
2. Alter und Gesundheitszustand der Tiere,
3. Wettkampfbedingungen,
4. veterinärmedizinische Überwachung.

Art. 7 - Unser Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 23. September 1998

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Landwirtschaft
und der Kleinen und Mittleren Betriebe

K. PINXTEN

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 3 februari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :
De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 3 février 2000.

ALBERT

Par le Roi :
Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

N. 2000 — 530

[C — 2000/00067]

3 FEBRUARI 2000. — Koninklijk besluit tot vaststelling van de officiële Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 17 februari 1997 houdende de erkenningsvoorwaarden voor hondenkwekerijen, kattenkwekerijen, dierenasielen, dierenpensions en handelszaken voor dieren, en de voorwaarden inzake de verhandeling van dieren alsmede van het koninklijk besluit van 19 augustus 1998 tot wijziging van dit besluit

ALBERT II, Koning der Belgen,
Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 76, § 1, 1° en § 3, vervangen door de wet van 18 juli 1990;

Gelet op de ontwerpen van officiële Duitse vertaling

— van het koninklijk besluit van 17 februari 1997 houdende de erkenningsvoorwaarden voor hondenkwekerijen, kattenkwekerijen, dierenasielen, dierenpensions en handelszaken voor dieren, en de voorwaarden inzake de verhandeling van dieren;

F. 2000 — 530

[C — 2000/00067]

3 FEVRIER 2000. — Arrêté royal établissant la traduction officielle en langue allemande de l'arrêté royal du 17 février 1997 portant les conditions d'agrément des élevages de chiens, élevages de chats, refuges pour animaux, pensions pour animaux et établissements commerciaux pour animaux, et les conditions concernant la commercialisation des animaux ainsi que de l'arrêté royal du 19 août 1998 modifiant cet arrêté

ALBERT II, Roi des Belges,
A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 76, § 1^{er}, 1° et § 3, remplacé par la loi du 18 juillet 1990;

Vu les projets de traduction officielle en langue allemande :

— de l'arrêté royal du 17 février 1997 portant les conditions d'agrément des élevages de chiens, élevages de chats, refuges pour animaux, pensions pour animaux et établissements commerciaux pour animaux, et les conditions concernant la commercialisation des animaux;

— van het koninklijk besluit van 19 augustus 1998 houdende wijziging van het koninklijk besluit van 17 februari 1997 houdende de erkenningsvoorwaarden voor hondenkwekerijen, kattenkwekerijen, dierenasielen, dierenpensions en handelszaken voor dieren, en de voorwaarden inzake de verhandeling van dieren,

opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy;

Op de voordracht van Onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. De bij dit besluit respectievelijk in bijlagen 1 en 2 gevoegde teksten zijn de officiële Duitse vertaling :

— van het koninklijk besluit van 17 februari 1997 houdende de erkenningsvoorwaarden voor hondenkwekerijen, kattenkwekerijen, dierenasielen, dierenpensions en handelszaken voor dieren, en de voorwaarden inzake de verhandeling van dieren;

— van het koninklijk besluit van 19 augustus 1998 houdende wijziging van het koninklijk besluit van 17 februari 1997 houdende de erkenningsvoorwaarden voor hondenkwekerijen, kattenkwekerijen, dierenasielen, dierenpensions en handelszaken voor dieren, en de voorwaarden inzake de verhandeling van dieren.

Art. 2. Onze Minister van Binnenlandse Zaken is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 3 februari 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

— de l'arrêté royal du 19 août 1998 modifiant l'arrêté royal du 17 février 1997 portant les conditions d'agrément des élevages de chiens, élevages de chats, refuges pour animaux, pensions pour animaux et établissements commerciaux pour animaux, et les conditions concernant la commercialisation des animaux,

établi par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmedy;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. Les textes figurant respectivement aux annexes 1 et 2 du présent arrêté constituent la traduction officielle en langue allemande :

— de l'arrêté royal du 17 février 1997 portant les conditions d'agrément des élevages de chiens, élevages de chats, refuges pour animaux, pensions pour animaux et établissements commerciaux pour animaux, et les conditions concernant la commercialisation des animaux;

— de l'arrêté royal du 19 août 1998 modifiant l'arrêté royal du 17 février 1997 portant les conditions d'agrément des élevages de chiens, élevages de chats, refuges pour animaux, pensions pour animaux et établissements commerciaux pour animaux, et les conditions concernant la commercialisation des animaux.

Art. 2. Notre Ministre de l'Intérieur est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 3 février 2000.

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage 1 — Annexe 1

MINISTERIUM DES MITTELSTANDS UND DER LANDWIRTSCHAFT

17. FEBRUAR 1997 — Königlicher Erlaß zur Festlegung der Zulassungsbedingungen für Hundezuchtstätten, Katzenzuchtstätten, Tierheime, Tierpensionen und Tierhandelsunternehmen und der Bedingungen für die Vermarktung von Tieren

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere, insbesondere des Artikels 5, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Mai 1995, des Artikels 10, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Mai 1995, und des Artikels 44;

Aufgrund des Gesetzes vom 18. Oktober 1991 zur Billigung des am 13. November 1987 in Straßburg ausgefertigten Europäischen Übereinkommens zum Schutz von Heimtieren;

Aufgrund des Gesetzes vom 30. Juli 1979 über die Brand- und Explosionsverhütung sowie über die Haftpflichtversicherung in diesen Fällen, insbesondere des Artikels 3, abgeändert durch das Gesetz vom 22. Mai 1990;

Aufgrund der Stellungnahme des Hohen Rates für Brand- und Explosionsschutz;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag Unseres Vizepremierministers und Ministers der Wirtschaft und des Fernmeldewesens, Unseres Vizepremierministers und Ministers des Innern, Unseres Ministers der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe und Unseres Staatssekretärs für Sicherheit, Soziale Eingliederung und Umwelt,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

KAPITEL I — Begriffsbestimmungen

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. «Verantwortlicher»: den Eigentümer oder den Halter, der die Einrichtung verwaltet und dort eine direkte Aufsicht über die Tiere ausübt,
2. «Einrichtung»: je nach Fall Hundezuchtstätte, Katzenzuchtstätte, Tierheim, Tierpension oder Tierhandelsunternehmen,
3. «Minister»: den für die Landwirtschaft zuständigen Minister oder Staatssekretär,
4. «Dienst»: die Veterinärdienste des Ministeriums des Mittelstands und der Landwirtschaft,
5. «Gesetz»: das Gesetz vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere,
6. «Identifizierungsdaten»: die Rasse, das Geschlecht, das Geburtsdatum, die Fellfarbe und gegebenenfalls die Identifizierungsnummer.

KAPITEL II — Verfahren für die Zulassung von Einrichtungen

Art. 2 - § 1 - Die Betreibung einer Einrichtung bedarf der in Artikel 5 § 1 des Gesetzes erwähnten vorherigen Zulassung. Der Zulassungsantrag muß anhand eines Formulars, dessen Muster in Anlage I festgelegt wird, bei der Gemeindeverwaltung des Ortes, an dem sich die Einrichtung befindet, eingereicht werden.

Auf dem Antrag muß der Antragsteller Steuermarken anbringen, deren Betrag von der Art und der Größe der Einrichtung abhängt:

1. Hundezuchtstätte:
 - bis zu 10 Zuchthündinnen: 3 000 F,
 - mehr als 10 Zuchthündinnen: 10 000 F,
2. Katzenzuchtstätte:
 - bis zu 10 weibliche Zuchtkatzen: 3 000 F,
 - mehr als 10 weibliche Zuchtkatzen: 10 000 F,
3. Tierpension: 3 000 F,
4. Tierhandelsunternehmen: 3 000 F.

Für den Antrag auf Zulassung eines Tierheims werden keine Steuermarken verlangt.

Befinden sich an einer Adresse mehrere zulassungspflichtige Einrichtungen, müssen auf dem Zulassungsantrag Steuermarken in Höhe der Summe der Beträge, die für jede einzelne Einrichtung verlangt werden, angebracht werden.

§ 2 - Dem Antrag müssen folgende Unterlagen beigefügt werden:

1. eine schematische Darstellung der Einrichtung mit Angabe der Funktion der verschiedenen Räume,
2. eine Beschreibung der Unterbringungsräume für Tiere mit Angabe:
 - der Anzahl und der Arten verfügbarer Unterbringungsräume für Tiere sowie der Abmessungen dieser Räume,
 - der Anzahl und der Art Tiere, die darin gehalten werden können,
3. gegebenenfalls eine Kopie der Satzung der Einrichtung,
4. gegebenenfalls eine Kopie der Betriebsgenehmigung in der Wallonischen und in der Brüsseler Region und der «milieuvgunning» in der Flämischen Region,
5. der Nachweis der Eintragung im Handelsregister,
6. gegebenenfalls eine Kopie des Vertrags, wenn Hunde oder Katzen in der Einrichtung gehalten werden.

§ 3 - Jede Änderung der in § 2 Nr. 1 und 2 erwähnten Angaben muß dem Dienst per Einschreiben mitgeteilt werden. Bei bedeutenden Infrastrukturänderungen muß ein neuer Zulassungsantrag gemäß dem in vorliegendem Artikel beschriebenen Verfahren eingereicht werden.

§ 4 - Nachdem die Gemeindeverwaltung ihre Stellungnahme bezüglich der Einhaltung der Bedingungen der Betriebsgenehmigung zur Betreibung gefährlicher, gesundheitsgefährdender und lästiger Betriebe in der Wallonischen und in der Brüsseler Region und der «milieuvgunning» in der Flämischen Region abgegeben hat, übermittelt sie dem Veterinärinspektor des betreffenden Amtsbereichs die Akte binnen dreißig Tagen zwecks Überprüfung.

§ 5 - Der Minister gewährt die Zulassung auf Stellungnahme des Dienstes hin binnen sechs Monaten nach Empfang des Antrags, wenn die im Gesetz und in seinen Ausführungserlassen festgelegten Bedingungen erfüllt sind. Die Zulassung ist für einen Zeitraum von zehn Jahren gültig. Die Zulassung kann mit Einschränkungen in bezug auf die Arten, die Rassen und die Anzahl Tiere gewährt werden.

§ 6 - Der Minister kann einer Einrichtung jederzeit die Zulassung entziehen, wenn sie die durch das Gesetz und dessen Ausführungserlasse festgelegten Bedingungen nicht mehr erfüllt.

KAPITEL III — Bedingungen für die Zulassung von Einrichtungen

Abschnitt 1 — Allgemeine Bedingungen

Unterabschnitt 1 — Ausrüstung

Art. 3 - § 1 - Die Tiere müssen auf angemessene Weise untergebracht werden. Sie müssen genügend Platz haben, um sich zu bewegen. Bei der Konzipierung und Einrichtung der Unterbringung muß die spezifische Verhaltensweise der Art berücksichtigt werden. Eine eintönige Umgebung muß vermieden werden.

Die Konstruktion der Tierunterkünfte muß solide sein, so daß das Entkommen der Tiere verhindert wird. Befinden sich die Tierunterkünfte draußen, müssen sie wetterfest sein. Die verwendeten Materialien müssen so gewählt und unterhalten werden, daß die Tiere sich nicht daran verletzen oder dadurch vergiften können.

§ 2 - Wenn die Tiere ständig drinnen untergebracht sind, müssen Temperatur und Luftfeuchtigkeitsgehalt den Bedürfnissen der anwesenden Tiere angepaßt sein.

§ 3 - Das Futter muß auf hygienische Weise gelagert werden. Für die Lagerung von frischem Fleisch, Fisch oder sonstigen verderblichen Nahrungsmitteln ist eine Kühlanlage notwendig.

§ 4 - Kadaver, Abfall, Einstreu und Exkrememente müssen auf die von der zuständigen Behörde bestimmte Weise gelagert und beseitigt werden.

Tote oder getötete Tiere dürfen nicht in Räumen aufbewahrt werden, wo sich lebende Tiere befinden.

§ 5 - Es müssen genügend Feuerlöscher vorhanden sein. Die Gemeindeverwaltung kann bei der Einreichung des Zulassungsantrags die Installierung einer Branderkennungs- und Feueralarmanlage auferlegen, wenn die Einrichtung vom Wohnhaus des Verantwortlichen oder seines Personals entfernt ist oder wenn es keine ständige Überwachung gibt.

In diesem Fall muß entweder der Gemeindeverwaltung ein angemessener Notfallplan vorgelegt werden oder am Eingang der Einrichtung müssen Name, Adresse und Telefonnummer der Person, die im Notfall außerhalb der Öffnungszeiten kontaktiert werden kann, auf lesbare Weise angebracht werden.

Unterabschnitt 2 — Tierpflege

Art. 4 - § 1 - Für die Pflege der Tiere muß genügend fachkundiges Personal zur Verfügung stehen. Der Minister kann Bedingungen in bezug auf Anzahl und Ausbildung dieses Personals festlegen.

§ 2 - Die Tiere der Arten, die dessen bedürfen, müssen über genügend Trinkwasser verfügen und müssen genügend ihrer Art, ihrem Alter, ihrer Aktivität und ihren physiologischen Bedürfnissen angepaßtes Futter erhalten.

Nicht gefressenes oder verschüttetes Futter muß regelmäßig entfernt und das Trinkwasser regelmäßig erneuert werden.

§ 3 - Die Tiere dürfen nicht ständig in der Dunkelheit oder ständig im Licht gehalten werden. Der natürliche Tag- und Nachtrhythmus muß eingehalten werden. Zu diesem Zweck muß eine angemessene natürliche oder künstliche Beleuchtung vorgesehen werden.

§ 4 - Die Tiere müssen mindestens zweimal täglich kontrolliert werden. Stellt sich heraus, daß die Tiere nicht gesund sind oder Verhaltensstörungen aufweisen, muß der Verantwortliche unverzüglich Schritte unternehmen, um die Ursache festzustellen und Abhilfe zu schaffen. Falls nötig, muß er einen Tierarzt hinzuziehen.

§ 5 - Damit eine gute Gesundheit der Tiere gewährleistet wird, muß der Verantwortliche die notwendigen Vorsorgemaßnahmen und Vorkehrungen treffen. Diese umfassen insbesondere:

1. angemessene Absonderung kranker Tiere,
2. Überwachung neu hinzugekommener Tiere, die abgesondert werden müssen,
3. regelmäßige Reinigung und Desinfizierung der Tierunterkünfte und der Räumlichkeiten sowie der Materialien, mit denen die Tiere in Berührung kommen,
4. Maßnahmen gegen das Eindringen unerwünschter und krankheitsübertragender Tiere,
5. Bekämpfung von Außen- und Innenparasiten,
6. Trennung der Arten oder Tiere, die sich - von Natur aus oder nicht - feindselig gegeneinander verhalten.

Abschnitt 2 — Sonderbedingungen für die Haltung von Hunden und Katzen

Unterabschnitt 1 — Ausrüstung

Art. 5 - § 1 - Wenn Hunde oder Katzen in einem Zwinger gehalten werden, müssen dessen Abmessungen der Größe des Tieres angepaßt sein. Die erforderlichen Mindestnormen sind in Anlage II aufgenommen. Für die Berechnung der Abmessungen der Zwinger werden nicht abgesetzte, bei der Mutter befindliche Jungtiere nicht berücksichtigt.

Die Benutzung von vor der Veröffentlichung des vorliegenden Erlasses gebauten Zwingern, die den Mindestnormen der Anlage II nicht genügen, kann jedoch vom Minister aufgrund der Ergebnisse der in Artikel 2 erwähnten Überprüfung für einen Zeitraum, der keinesfalls 10 Jahre ab Gewährung der Zulassung überschreiten darf, zugelassen werden. Dies wird dann in der Zulassung vermerkt.

In außergewöhnlichen Fällen von Überbevölkerung darf in Tierheimen zeitweilig von den in Anlage II erwähnten Mindestnormen abgewichen werden, sofern das Wohlbefinden der Tiere nicht gefährdet wird und ihnen täglich genügend Bewegungsmöglichkeit geboten wird.

Im Geschäftsraum eines Tierhandelsunternehmens dürfen Hunde und Katzen von höchstens vier Monaten in Abweichung von Absatz 1 zeitweilig in einem Zwinger oder einem Käfig gehalten werden, der den in Anlage III erwähnten Mindestabmessungen entspricht.

§ 2 - Der Boden des Zwingers muß eben, gut drainiert und wasserabstoßend sein. Ein Holzboden ist, außer für die Liegestätte, verboten. Die Benutzung von Lattenrosten ist nur für einen begrenzten Teil der Zwingerfläche und unter der Bedingung, daß sie den Pfoten genügend Halt bieten, erlaubt.

Wird Einstreu verwendet, muß diese regelmäßig erneuert werden.

Die Tiere müssen über einen bequemen Ruheplatz verfügen.

§ 3 - Ausgenommen in Wurfzwingern muß das Tier zumindest von einer Seite des Zwingers aus nach außen hin schauen können. Die Trennung zwischen den Zwingern darf es den Tieren jedoch nicht ermöglichen, sich gegenseitig zu verletzen.

§ 4 - Unbeschadet der in Anlage II festgelegten Mindestnormen müssen hochträchtige Tiere und Weibchen mit nicht abgesetzten Jungtieren über einen bequemen Wurfplatz mit genügend Nestmaterial und falls nötig über eine Wärmequelle für die Jungtiere verfügen.

§ 5 - Für Katzen müssen Gegenstände vorhanden sein, worauf sie klettern und woran sie ihre Krallen schärfen können. Ruheplätze müssen auf verschiedenen Ebenen vorgesehen werden. Katzen in Zwingern müssen stets über eine Katzentoilette mit ausreichend absorbierender Einstreu verfügen.

§ 6 - In Einrichtungen, in denen Tiere drinnen gehalten werden, muß eine ausreichende natürliche Beleuchtung zur Einhaltung eines normalen Tag- und Nachtrhythmus vorhanden sein. In den Räumen müssen durch ausreichende Belüftung und Luftzirkulation Kondensation, zu hohe Feuchtigkeit und hohe Konzentration schädlicher Gase vermieden werden.

§ 7 - Draußen gehaltene Tiere müssen über einen beschatteten Platz während der warmen und sonnigen Tage und über einen zugfreien Unterschlupf zum Schutz vor Frost, Regen und Bodenfeuchtigkeit verfügen. Dieser Unterschlupf muß groß genug sein, damit das Tier sich leicht darin bewegen kann. Die Öffnung muß groß genug sein, damit das Tier mühelos hindurchkommt.

§ 8 - Einrichtungen für mehr als fünfzig ausgewachsene Tiere müssen über einen angemessenen Raum für Untersuchungen, Pflege, kleinere veterinärmedizinische Eingriffe und Autopsien verfügen.

§ 9 - Wenn sich an einer Adresse mehrere zulassungspflichtige Einrichtungen befinden, müssen sie deutlich voneinander getrennt sein, und die Tiere der verschiedenen Einrichtungen dürfen nicht miteinander in Kontakt kommen.

Unterabschnitt 2 — Pflege der Hunde und Katzen

Art. 6 - Das Personal muß die Tiere ohne Brutalität und fachkundig behandeln.

In Hundezuchtstätten und Katzenzuchtstätten muß ab zwanzig weiblichen Zuchttieren eine Person ganztags zur Verfügung stehen. Ab hundert weiblichen Zuchttieren muß zusätzlich pro Gruppe von fünfzig weiblichen Zuchttieren eine Person halbtags zur Verfügung stehen.

Art. 7 - § 1 - Wenn mehrere Tiere in ein und demselben Zwinger sitzen, müssen sie gleichzeitig fressen können.

Nicht gefressenes Futter, Trockenfutter ausgenommen, muß vor der Verteilung von neuem Futter aus dem Zwinger entfernt werden.

§ 2 - Ausgewachsene, getrennt gehaltene Hunde müssen ständig über einen geeigneten Gegenstand zum Nagen verfügen. In Gruppen gehaltenen Hunden sind solche Gegenstände regelmäßig, aber nur unter Aufsicht zu geben.

§ 3 - Ab dem Alter von vier Wochen müssen die Tiere Zugang zu nicht flüssigem Futter haben. Die Tiere dürfen, außer nach Begutachtung durch einen Tierarzt, nicht vor dem Alter von sechs Wochen abgesetzt werden.

Art. 8 - § 1 - Der Verantwortliche muß einen Vertrag mit einem zugelassenen Tierarzt schließen, in dem dieser beauftragt wird, regelmäßig Wohlbefinden, Gesundheitszustand, Pflege und Unterbringung der Tiere zu kontrollieren.

§ 2 - Wenn der Verantwortliche den Bemerkungen und den Gutachten des zugelassenen Tierarztes keine Folge leistet, muß letzterer den Dienst davon schriftlich in Kenntnis setzen.

Die Honorare des zugelassenen Tierarztes gehen zu Lasten des Verantwortlichen der Einrichtung.

Art. 9 - § 1 - Der zugelassene Tierarzt muß eventuelle Impfungen mit Angabe der Bezeichnung des Impfstoffes, der Chargennummer und des Verabreichungsdatums im Impfbuch eintragen, nachdem er die Identifizierungsdaten des Tieres überprüft oder vervollständigt hat. Er trägt seinen Namen darin dort ein und unterzeichnet es.

§ 2 - Der Minister kann die Impfung von Hunden und Katzen gegen bestimmte Krankheiten auferlegen, die er festlegt.

§ 3 - Der Minister kann Maßnahmen zur Erkennung und Tilgung bestimmter Krankheiten in Einrichtungen ergreifen. Er kann die Verfahren und Tests zur Diagnose dieser Krankheiten festlegen.

Art. 10 - Wenn Tiere gemeinsam in einem Zwinger untergebracht werden, müssen die nötigen Vorkehrungen zur Vermeidung von ständiger Aggressivität oder Kämpfen ergriffen werden.

Art. 11 - § 1 - Die Krallen der Hunde müssen regelmäßig kontrolliert und falls nötig geschnitten werden.

§ 2 - Das Fell der Tiere muß unterhalten und falls nötig gebürstet, geschnitten oder geschoren werden.

Abschnitt 3 — Sonderbedingungen für die Haltung anderer Tiere

Unterabschnitt 1 — Kleine Nagetiere und Kaninchen

Art. 12 - § 1 - Die Käfige müssen mit genügend den darin gehaltenen Tierarten angepaßter Einstreu versehen sein. Die Einstreu muß regelmäßig erneuert werden.

§ 2 - Die Mindestnormen für Käfige für kleine Nagetiere und Kaninchen sind in Anlage IV Tabelle 1 festgelegt.

Unterabschnitt 2 — Vögel

Art. 13 - § 1 - Die Abmessungen der Käfige müssen es den Vögeln zumindest ermöglichen, ungehindert mit den Flügeln zu schlagen und ihr Gefieder zu glätten.

Die für die Haltung bestimmter Käfig- und Volierenvögel geltenden Mindestnormen sind in Anlage IV Tabelle 2 aufgenommen. Diese Normen gelten nicht für junge, noch nicht selbständige Vögel. In Tierpensionen darf von diesen Normen abgewichen werden, sofern es sich um Vögel handelt, die in ihrem eigenen Käfig untergebracht sind.

§ 2 - Käfige und Volieren müssen mit Sitzstangen, deren Durchmesser den darin untergebrachten Arten angepaßt ist, ausgestattet werden. Diese Sitzstangen dürfen nicht über dem Trinkwasser oder dem Futter angebracht werden.

§ 3 - Den Vögeln muß die Möglichkeit geboten werden, ein Sand- oder Wasserbad zu nehmen. Wasservögel müssen über Wasser verfügen, um darin zu baden.

Unterabschnitt 3 — Reptilien und Lurche

Art. 14 - § 1 - Vivarien für Lurche und Reptilien müssen je nach den Bedürfnissen der Art mit Steinen, Ästen, Pflanzen und/oder einer Wasserfläche ausgestattet werden.

§ 2 - Die Mindestnormen für Vivarien für Eidechsen, Schildkröten, Schlangen und Lurche sind in Anlage IV Tabelle 3 aufgenommen.

Unterabschnitt 4 — Aquarienfische

Art. 15 - § 1 - In den auf den Verkauf von Aquarienfischen spezialisierten Handelsunternehmen sind die Bestimmungen der Paragraphen 2, 3, 4 und 5 und die Mindestnormen der Anlage IV Tabelle 4 anwendbar.

§ 2 - Außer für Aquarien mit männlichen Kampffischen (*Betta splendens*) muß das Wasser jeden Aquariums durch ein individuelles oder zentralisiertes Filtersystem geklärt und gleichzeitig einzeln mit Luft versorgt werden.

Der Nitratgehalt (NO₂) muß stets unter 0,3 mg pro Liter liegen.

Der Sauerstoffgehalt des Süßwassers muß stets über 5 mg Sauerstoff pro Liter liegen.

§ 3 - Auf jedem Aquarium müssen folgende Angaben vermerkt sein:

1. wissenschaftlicher Name der Fische,
2. Salzgehalt oder Dichte im Fall von Salzwasser,
3. pH-Wert oder Säuregrad im Fall von Süßwasser,
4. Härte (gH und kH) oder Leitfähigkeit im Fall von Süßwasser.

Ein Densimeter, ein pH-Messer und ein Leitfähigkeitsmesser müssen den Kunden zwecks Überprüfung der angegebenen Werte zur Verfügung stehen.

§ 4 - Kein einziger Fisch aus einem Aquarium, das kranke Fische enthält, oder aus einem Serien-Aquarium, das mit einem Aquarium verbunden ist, in dem kranke Fische sind, darf verkauft werden. Auf solch einem Aquarium muß der Hinweis «KRANK» deutlich angebracht werden.

§ 5 - Das der Hantierung mit Fischen dienende Material darf nur für ein einziges Aquarium oder eine einzige Serie miteinander verbundener Aquarien verwendet werden oder muß nach jeder Verwendung in ein Desinfektionsmittel eingetaucht werden.

Unterabschnitt 5 — Gemeinsame Bestimmungen

Art. 16 - Der Minister kann genauere Regeln sowohl hinsichtlich der Bedingungen für die Haltung der verschiedenen in den Unterabschnitten 1, 2, 3 und 4 erwähnten Tierarten als auch ihrer Pflege und Ausstellung festlegen und die Anlagen abändern. Er kann auch für Tiere, die nicht in diesen Unterabschnitten erwähnt sind, Normen in puncto Haltung und Ausstellung in einer Einrichtung festlegen.

Abschnitt 4 — Besondere Betriebsbedingungen

Unterabschnitt 1 — Hundezuchtstätten und Katzenzuchtstätten

Art. 17 - Zusätzlich zu den Identifizierungsdaten des weiblichen und männlichen Zuchttieres muß der Verantwortliche für jeden Wurf folgende Daten fortschreiben:

- Geburtsdatum,
- Anzahl Jungtiere bei der Geburt und nach der Absetzung.

Diese Daten müssen der Kontrollbehörde und dem Käufer eines Tieres zur Verfügung gehalten werden. Sie müssen aufbewahrt werden, solange das weibliche Zuchttier lebt.

Art. 18 - § 1 - In diesen Zuchtstätten ist es verboten, Hündinnen oder Katzen mehr als zweimal pro Jahr werfen zu lassen.

§ 2 - Die Zucht mit Tieren, die eines der erblichen Leiden aufweisen, deren Liste vom Minister festgelegt worden ist, ist dort verboten.

§ 3 - Der Minister kann dort die Zucht bestimmter Hunde- oder Katzenrassen oder -arten verbieten.

Die Zucht durch Kreuzung verschiedener Rassen ist verboten, vorbehaltlich der Abweichungen, die vom Minister nach Stellungnahme des Rates für das Wohlbefinden der Tiere und auf Vorschlag der Gesellschaften für die Verbesserung der Hunde- und Katzenrassen schriftlich gewährt werden.

Unterabschnitt 2 — Tierheime

Art. 19 - Die Haupttätigkeit eines Tierheims ist die Aufnahme verlorengegangener, ausgesetzter, verwahrloster oder beschlagnahmter Tiere.

Zucht und Verkauf von Tieren sind dort verboten.

Art. 20 - § 1 - Unbeschadet einer eventuellen Vereinbarung mit der Gemeindeverwaltung nimmt der Verantwortliche die ihm angebotenen Tiere auf, sofern er über angemessene Räume für die Aufnahme und über angemessene Kenntnisse verfügt.

§ 2 - Handelt es sich um verlorengegangene oder streunende Tiere, die Identifizierungszeichen tragen, muß der Verantwortliche die nötigen Schritte unternehmen, damit der Eigentümer des Tieres ausfindig gemacht und unverzüglich benachrichtigt wird.

§ 3 - Wenn die Aufnahme wegen der körperlichen Verfassung oder des Verhaltens des Tieres unmöglich oder unverantwortlich ist, kann das Tier nach Absprache mit dem Tierarzt auf humane Weise getötet werden.

§ 4 - Für jedes Tier muß der Verantwortliche folgende Daten in einem Register oder auf einer Karteikarte erfassen:

- Ankunftsdatum,
- Name und Adresse des Abgebers,
- Name und Identifizierungsdaten des Tieres,
- Gründe für die Aussetzung oder die Unterbringung des Tieres im Tierheim,
- nähere Angaben zum Charakter und Verhalten des Tieres (Aggressivität, Stubenreinheit, Verhalten gegenüber Kindern, Bissigkeit...),
- Freßgewohnheiten,
- während des Aufenthalts im Tierheim festgestellte besondere Merkmale.

§ 5 - Der Verantwortliche oder sein Personal muß sich durch eine angemessene Befragung vergewissern, daß die Person, die das Tier erwerben möchte, ihm die notwendige Umgebung und Pflege bieten kann.

Die in § 4 erwähnten Daten, mit Ausnahme der Identität der vorherigen Eigentümer, müssen den Personen mitgeteilt werden, die das Tier aufnehmen möchten. Wenn das Impfbuch verfügbar ist, muß es dem neuen Eigentümer mitgegeben werden.

Art. 21 - Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts finden keine Anwendung auf Zwinger, die es in bestimmten Gemeinden für eine erste Aufnahme in Erwartung der Aufnahme in einem zugelassenen Tierheim gibt.

Unterabschnitt 3 — Tierpensionen

Art. 22 - Der Verantwortliche überprüft anhand des vorgelegten Impfbuches, ob die in der Einrichtung untergebrachten Hunde und Katzen gegen zumindest folgende Krankheiten geimpft sind:

- für Hunde: Staupe, Parvovirose, Hepatitis contagiosa canis,
- für Katzen: Panleukopenie, Rhinotracheitis.

Art. 23 - § 1 - Der Verantwortliche oder sein Personal muß der Aufnahme und Pflege der Tiere in einer für sie fremden Umgebung besondere Aufmerksamkeit schenken, indem er sich mit den Tieren befaßt und ihnen gegebenenfalls vertraute Gegenstände (Decke, Korb, Spielzeug) zur Verfügung stellt.

§ 2 - Bei der Aufnahme eines Tieres in einer Pension muß der Verantwortliche eine Vereinbarung mit dem Eigentümer treffen, laut welcher er sich dazu verpflichtet, das Tier auf eine vorab vereinbarte Weise unterzubringen und zu füttern und falls notwendig einen Tierarzt zu konsultieren.

In der Vereinbarung wird folgendes angegeben:

- Name, Adresse und Telefonnummer des Eigentümers,
- Name, Adresse und Telefonnummer einer Kontaktperson, falls der Eigentümer unerreichbar ist,
- Name des Tieres,
- wichtige Merkmale des Tieres,
- Gewohnheiten des Tieres (Freßgewohnheiten, Verhalten, eventuelle Krankheiten, Leiden),
- angewandte Behandlungen,
- Name des behandelnden Tierarztes.

In der Vereinbarung kann ebenfalls festgehalten werden, daß das Tier unangemeldeten Besuch vom Eigentümer oder von einer Person, die er bestimmt, bekommen kann.

Der Verantwortliche muß dem Eigentümer des Tieres ebenfalls erlauben, die Tierpension während der Öffnungszeiten zu besuchen, bevor das Tier dorthin gebracht wird, und das Tier zu seinem Zwinger zu begleiten.

Der Minister kann das Vereinbarungsmuster festlegen.

§ 3 - Die Aufnahme anderer Tiere als Hunde und Katzen wird nur erlaubt, sofern das Tier auf angemessene Weise untergebracht und gepflegt werden kann.

Unterabschnitt 4 — Tierhandelsunternehmen

Art. 24 - Die Bestimmungen der Artikel 17 und 18 gelten für Tierhandelsunternehmen, in denen Hunde und Katzen gezüchtet werden.

Art. 25 - § 1 - In den Verkaufsräumen müssen für andere Tiere als Hunde, Katzen, Kaninchen, Meerschweinchen, Hamster, Mäuse und Ratten auf den Käfigen, Volieren, Aquarien und Vivarien sowohl zumindest der eventuelle übliche Tiername in der Sprache oder den Sprachen des Gebiets, wo das Tier vermarktet wird, als auch der korrekte wissenschaftliche Name lesbar angebracht werden.

Der Minister kann die zu verwendenden taxonomischen Listen oder Nachschlagewerke bestimmen.

§ 2 - In Verkaufsräumen dürfen keine Tiere ausgestellt werden, die nicht verkauft werden dürfen.

Hunde und Katzen dürfen nicht im Schaufenster des Geschäfts oder auf dem Bürgersteig vor dem Geschäft zum Kauf angeboten werden.

KAPITEL IV — Bedingungen für die Vermarktung von Tieren

Abschnitt 1 — Allgemeine Bedingungen

Art. 26 - Verboten ist die Vermarktung von:

- Tieren mit deutlichen Krankheitssymptomen,
- auf betrügerische Weise eingeführten oder illegal gehaltenen Tieren,
- streunenden, verlorengegangenen oder ausgesetzten Tieren,
- nicht abgesetzten oder vorzeitig abgesetzten Säugetieren.

Art. 27 - § 1 - Der Verantwortliche darf weder falsche Informationen insbesondere in bezug auf das Alter oder die Bezeichnung der zum Kauf angebotenen Tiere erteilen noch irreführende Werbung machen, um den Verkauf eines Tieres zu fördern.

§ 2 - Der Verantwortliche muß dem Privatkäufer die notwendigen Anweisungen im Hinblick auf die Fütterung, die Unterbringung und die Pflege des Tieres geben. Auf Verlangen des Käufers muß der Verantwortliche ihm eine datierte Bescheinigung über die Eigentumsübertragung aushändigen, auf der der Name des Verkäufers, die Art und die Anzahl der verkauften Tiere vermerkt sind.

§ 3 - Der Minister kann die Tierarten oder -kategorien bestimmen, für die die in § 2 erwähnten Anweisungen schriftlich erteilt werden müssen.

Abschnitt 2 — Sonderbedingungen für die Vermarktung von Hunden und Katzen

Art. 28 - Es ist verboten, Hunde und Katzen zu vermarkten:

- die jünger als 7 Wochen sind,
- die nicht gemäß den Gesetzesvorschriften identifiziert worden sind,
- ohne ein den Gesetzesbestimmungen entsprechendes Identifizierungsdokument,
- an denen ein nicht zugelassener Eingriff vorgenommen worden ist, es sei denn, der Eingriff ist vor Inkrafttreten des Verbots durchgeführt worden.

Art. 29 - Beim Verkauf eines Hundes oder einer Katze muß der Verkäufer eine Garantie über die Gesundheit und das Wohlbefinden des Tieres geben.

Dazu händigt er dem Käufer einen Garantieschein aus, in dem Garantien gegen nachfolgende ansteckende Krankheiten geboten werden, falls diese innerhalb von zehn Tagen nach dem Verkauf festgestellt werden:

- Staupe,
- Parvovirose,
- Hepatitis contagiosa canis,
- Panleukopenie.

In diesem Garantieschein muß außerdem folgendes vermerkt werden:

- Identifizierungsdaten des Tieres,
- Name, Adresse und Unterschrift des Käufers und des Verkäufers,
- Verkaufsdatum,
- auf welche Weise die vorgenannten Krankheiten nachgewiesen werden müssen.

Unbeschadet der Rechte, die der Käufer gemäß den Artikeln 16, 41 und folgenden des Zivilgesetzbuchs geltend machen könnte, muß die Garantie dem Käufer die Wahl zwischen Rückzahlung des Verkaufspreises und Ersetzung des toten Tieres lassen.

Art. 30 - Der Minister kann die Impfung von Hunden und Katzen gegen von ihm bestimmte Krankheiten auferlegen.

Art. 31 - Der Verantwortliche muß für jeden zum Kauf angebotenen Hund oder jede zum Kauf angebotene Katze jederzeit imstande sein, auf Antrag der Behörde hin Name und Adresse des Lieferanten sowie das Lieferungsdatum mitzuteilen.

Abschnitt 3 — Sonderbedingungen für die Vermarktung anderer Tiere

Art. 32 - Der Minister kann Sonderbedingungen für die Vermarktung anderer Tiere als Hunde und Katzen festlegen.

KAPITEL V — Schlußbestimmungen

Art. 33 - § 1 - Für Einrichtungen, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des vorliegenden Erlasses bestehen, muß der Zulassungsantrag binnen neunzig Tagen nach Veröffentlichung des vorliegenden Erlasses gemäß dem in Artikel 2 beschriebenen Verfahren eingereicht werden.

§ 2 - Falls diese Einrichtungen gemäß Artikel 11*bis* des Gesetzes Werbung für die Vermarktung von Hunden und Katzen machen möchten, müssen sie zur Erlangung einer vorläufigen Zulassung dem Dienst eine Kopie der Antragsakte per Einschreiben übermitteln.

Der Dienst stellt eine vorläufige Zulassung aus, wenn die Antragsakte vollständig und in Ordnung ist. Die vorläufige Zulassung läuft ab, sobald der Minister gemäß Artikel 2 § 5 den Beschluß in bezug auf den Zulassungsantrag getroffen hat.

Art. 34 - Unser Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft und des Fernmeldewesens, Unser Vizepremierminister und Minister des Innern, Unser Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe und Unser Staatssekretär für Sicherheit, Soziale Eingliederung und Umwelt sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 17. Februar 1997

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft und des Fernmeldewesens

E. DI RUPO

Der Vizepremierminister und Minister des Innern

J. VANDE LANOTTE

Der Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe

K. PINXTEN

Der Staatssekretär für Sicherheit, Soziale Eingliederung und Umwelt

J. PEETERS

ANLAGE I ZUM KÖNIGLICHEN ERLASS VOM 17. FEBRUAR 1997

ZULASSUNGSANTRAG FÜR
EIN(E) Hundezuchtstätte/
Katzenzuchtstätte/
Tierheim/
Tierpension/
Tierhandelsunternehmen (1)

Bei der Gemeindeverwaltung erhalten am:

vom Veterinärinspektor erhalten am:

Zugelassen am:

Dieser Antrag und seine Anlagen (2) müssen der Gemeindeverwaltung vorgelegt werden; diese sendet ihn dem lokalen Veterinärinspektor zu, nachdem sie ihre Stellungnahme formuliert hat.

A. Administrative Auskünfte

Name, Adresse und Telefonnummer (Faxnummer) der Einrichtung

Name, Adresse und Telefonnummer (Faxnummer) des Verantwortlichen

Nummer der Eintragung im Handelsregister:

Betriebsgenehmigungsnummer:

Rechtsform (AG, VoG, PGmbH):

Personalbestand

(Anzahl, Aufgaben, eventuelle Zeugnisse)

Mit der Überwachung der Gesundheit und des Wohlbefindens der Tiere beauftragter zugelassener Tierarzt

Name, Adresse, Telefonnummer, Eintragungsnummer bei der Kammer

B. Auskünfte über die Anzahl und die Art der Tiere (3)**C. Stellungnahme der Gemeindeverwaltung**

Installierung einer Branderkennungs- und Feueralarmanlage Ja/Nein (Art. 3 § 5)

D. Gutachten des Veterinärinspektors

- (1) Unzutreffendes streichen
- (2) Beigefügte Unterlagen (Art. 2 § 2):
- schematische Darstellung der Einrichtung
 - Beschreibung der Tierunterkünfte
 - Kopie der Satzung
 - Kopie der Betriebsgenehmigung
 - Nachweis der Eintragung im Handelsregister
 - Kopie des Vertrags mit dem zugelassenen Tierarzt

(3) Pro Art: Anzahl der augenblicklich anwesenden Tiere und maximale Aufnahmekapazität. Falls der Platz nicht ausreicht, füllen Sie diese Rubrik eventuell auf einem getrennten Blatt aus.

Gesehen, um Unserem Erlaß vom 17. Februar 1997 beigefügt zu werden

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft und des Fernmeldewesens

E. DI RUPO

Der Vizepremierminister und Minister des Innern

J. VANDE LANOTTE

Der Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe

K. PINXTEN

Der Staatssekretär für Sicherheit, Soziale Eingliederung und Umwelt

J. PEETERS

—

ANLAGE II ZUM KÖNIGLICHEN ERLASS VOM 17. FEBRUAR 1997**I. MINDESTFLÄCHEN (m²) FÜR HUNDEZWINGER (1)**

Anzahl Hunde	Widerristhöhe				
	unter 30 cm	unter 40 cm	unter 60 cm	unter 75 cm	über 75 cm
1	1,5	2	3	5	7
2	2	2,5	4	7	10
3	2,5	3	6	10	12
4	3	4	8	12	18
5	4	5	12	20	24
6	5	6	18	25	40
7	6	7	25	42	50
8	8	12	30	50	65
9	10	15	34	60	80
10	12	20	38	70	95

(1) Falls Hunde verschiedener Größen zusammen gehalten werden, muß für die Berechnung der Mindestfläche die Widerristhöhe des größten Hundes berücksichtigt werden.

II. MINDESTFLÄCHEN (m²) FÜR WURFZWINGER FÜR HUNDE

Widerristhöhe					
unter 25 cm	unter 35 cm	unter 40 cm	unter 60 cm	unter 75 cm	über 75 cm
1 m ²	1,5 m ²	2 m ²	3 m ²	3,5 m ²	5 m ²

III. MINDESTABMESSUNGEN FÜR KATZENZWINGERMindestfläche: 1 m² pro Katze

Mindesthöhe: 1 m 80

Gesehen, um Unserem Erlaß vom 17. Februar 1997 beigefügt zu werden

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft und des Fernmeldewesens
E. DI RUPODer Vizepremierminister und Minister des Innern
J. VANDE LANOTTEDer Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe
K. PINXTENDer Staatssekretär für Sicherheit, Soziale Eingliederung und Umwelt
J. PEETERS**ANLAGE III ZUM KÖNIGLICHEN ERLASS VOM 17. FEBRUAR 1997****I. MINDESTNORMEN FÜR HUNDEZWINGER ODER -KÄFIGE IN GESCHÄFTSRÄUMEN (1)**

Bodenfläche	Maximales Gesamtgewicht/m ² (2)
von 0,5 m ² bis zu 1 m ²	8 kg
von 1 m ² bis zu 2 m ²	12 kg
von 2 m ² bis zu 4 m ²	16 kg
ab 4 m ²	24 kg

(1) Diese Normen gelten nur für bis zu vier Monate alte Hunde.

(2) Unter «Gesamtgewicht» versteht man das Gesamtgewicht der in einem Zwinger/Käfig befindlichen Hunde.

II. MINDESTNORMEN FÜR KATZENZWINGER ODER -KÄFIGE IN GESCHÄFTSRÄUMEN (1')Mindestfläche pro Tier: 0,2 m²

Mindesthöhe: 50 cm

(1') Diese Normen gelten nur für bis zu vier Monate alte Katzen.

Gesehen, um Unserem Erlaß vom 17. Februar 1997 beigefügt zu werden

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft und des Fernmeldewesens
E. DI RUPODer Vizepremierminister und Minister des Innern
J. VANDE LANOTTEDer Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe
K. PINXTENDer Staatssekretär für Sicherheit, Soziale Eingliederung und Umwelt
J. PEETERS

ANLAGE IV ZUM KÖNIGLICHEN ERLASS VOM 17. FEBRUAR 1997

TABELLE 1 — MINDESTABMESSUNGEN DER KÄFIGE FÜR KLEINE NAGETIERE UND KANINCHEN:

a) Käfige für ein Muttertier mit ihren Jungen:

Art	Gewicht der Mutter	Fläche (cm ²)	Höhe (cm)
Maus		200	12
Ratte		800	14
Hamster		650	14
Meerschweinchen		1 200	25
Kaninchen	unter 1 kg	3 000	30
	von 1 kg bis unter 2 kg	3 500	30
	von 2 kg bis unter 3 kg	4 000	35
	von 3 kg bis unter 4 kg	4 500	40
	von 4 kg bis unter 5 kg	5 000	40

b) Käfige für einzeln oder in Gruppen gehaltene Tiere:

Art	Durchschnittsgewicht	Anzahl (*)	Fläche (cm ²)	Höhe (cm)
Maus	-	1	200 cm ²	12
	unter 25 g	1 + y	200 cm ² + (y x 40 cm ²)	12
	ab 25 g	1 + y	200 cm ² + (y x 60 cm ²)	12
Ratte	-	1	350 cm ²	14
	unter 200 g	1 + y	350 cm ² + (y x 60 cm ²)	14
	ab 200 g	1 + y	350 cm ² + (y x 100 cm ²)	14
Hamster	-	1	200 cm ²	14
		1 + y	200 cm ² + (y x 60 cm ²)	14
Meerschweinchen	-	1	600 cm ²	25
	unter 200 g	1 + y	600 cm ² + (y x 100 cm ²)	25
	200 g bis unter 400 g	1 + y	600 cm ² + (y x 150 cm ²)	25
	ab 400 g	1 + y	600 cm ² + (y x 400 cm ²)	25
Kaninchen	unter 1 kg	1	1 500 cm ²	30
		1 + y	1 500 cm ² + (y x 500 cm ²)	30
	von 1 kg bis unter 2 kg	1	2 000 cm ²	30
		1 + y	2 000 cm ² + (y x 1 000 cm ²)	30
	von 2 kg bis unter 3 kg	1	2 500 cm ²	35
		1 + y	2 500 cm ² + (y x 1 500 cm ²)	35
	1	3 000 cm ²	40	
	1 + y	3 000 cm ² + (y x 2 000 cm ²)	40	

Notes

* y = zusätzliche Anzahl Tiere pro Käfig

TABELLE 2 — MINDESTNORMEN FÜR KÄFIGE UND VOLIEREN:

Länge des Vogels (1)	KÄFIGE			VOLIEREN
	Mindestabmessungen (cm) (2) (3)	Volumen pro Vogel (cm ³)	Sitzstangenlänge pro Vogel (cm)	Volumen pro Vogel (cm ³)
bis zu 12 cm (kleine Exoten)	H. 40 B. 30 L. (4)	5 000	8	12 500
bis zu 14 cm (Kanarienvögel)	H. 40 B. 30 L. (4)	6 400	10	16 000
bis zu 18 cm (Sittiche, Agaporniden, große Kanarienvögel)	H. 40 B. 30 L. (4)	8 000	12	20 000
bis zu 20 cm (kleine Papageien)	H. 40 B. 30 L. (4)	9 600	16	24 000
bis zu 25 cm (Stare & exotische Drosseln und Tauben)	H. 50 B. 50 L. (4)	20 000	20	80 000
bis zu 30 cm (große exotische Vögel)	H. 50 B. 50 L. (4)	25 000	25	100 000
bis zu 30 cm (Loris)	H. 50 B. 50 L. (4)	25 000	25 Kletterstöcke erlaubt	100 000
bis zu 40 cm (Amazonen, Graupapageien)	H. 50 B. 50 L. (4)	60 000	30 Kletterstöcke erlaubt	150 000
über 40 cm (Aras)	H. 150 B. 60 L. 100 (max. 2 Vögel)	450 000	50 Kletterstöcke erlaubt	1 000 000

Notes

(1) Die Länge wird vom Kopf bis zum Schwanzende gemessen.

Die Vogelarten werden nur als Hinweis angegeben.

(2) Die Mindestnormen gelten für Käfige mit mindestens 3 Vögeln.

(3) Die Mindestabmessungen sind in cm angegeben: H = Höhe, B = Breite, L = Länge.

(4) Die Länge ist nicht festgelegt, hängt jedoch vom verfügbaren Volumen und von der Anzahl gehaltener Vögel ab.

TABELLE 3 — MINDESTABMESSUNGEN FÜR VIVARIEN (in cm: L = Länge, B = Breite, H = Höhe)**a) SAURIER (1)**

Länge des Tieres	L	B	H	Höchstanzahl Tiere pro Vivarium
- höchstens 15 cm	50	40	40	25
- über 15 cm und bis zu 30 cm	60	50	50	20
- über 30 cm und bis zu 60 cm	100	50	60	15
- über 60 cm und bis zu 100 cm	125	60	75	10
- über 100 cm	150	75	100	5

b) SCHILDKRÖTEN (1)

Länge des Tieres	L	B	H
- höchstens 10 cm	50	25	25
- über 10 cm	100	50	50

c) AMPHIBIEN (1)

Länge des Tieres	L	B	H
- höchstens 5 cm	35	35	50
- über 5 cm	60	40	50

d) SCHLANGEN (2)Einzel gehaltenen Schlangen (1)

Erdschlangen: H: mindestens $\frac{1}{3}$ der Länge des Tieres
 B: mindestens $\frac{1}{3}$ der Länge des Tieres
 L: mindestens $\frac{1}{2}$ der Länge des Tieres

Baumschlangen: H: mindestens $\frac{2}{3}$ der Länge des Tieres
 B: mindestens $\frac{1}{3}$ der Länge des Tieres
 L: mindestens $\frac{1}{3}$ der Länge des Tieres

In Gruppen gehaltene Schlangen (1)

Erdschlangen: H: mindestens $\frac{1}{2}$ der Länge des Tieres
 B: mindestens $\frac{1}{2}$ der Länge des Tieres
 L: mindestens die Länge des Tieres

Baumschlangen: H: mindestens die Länge des Tieres
 B: mindestens $\frac{2}{3}$ der Länge des Tieres
 L: mindestens $\frac{1}{2}$ der Länge des Tieres

(1) Die Mindestabmessungen gelten für die Haltung mehrerer Tiere in ein und demselben Vivarium: Im Rahmen des Möglichen ist eine Höchstanzahl Tiere pro Vivarium festgelegt worden. Falls aufgrund der unterschiedlichen Arten und Größen der Tiere keine Höchstanzahl festgelegt werden kann, sind die allgemeinen Vorschriften von Artikel 3 anwendbar.

(2) Für mehr als ein Meter lange Schlangen dürfen die Abmessungen verringert werden bis auf:

H: mindestens $\frac{1}{2}$ der Länge des Tieres
 B: mindestens $\frac{1}{2}$ der Länge des Tieres
 L: mindestens $\frac{3}{4}$ der Länge des Tieres

TABELLE 4 - MINDESTNORMEN FÜR AQUARIEN

a) SÜSSWASSERFISCHE

Länge der Fische	Mindestvolumen Wasser (in Litern)
- bis zu 5 cm	40
- über 5 cm und unter 10 cm	60
- ab 10 cm	100

Diese Normen gelten weder für männliche Kampffische (*Betta splendens*) noch für eierlegende Zahnkarpfen (*Cyprinodontidae*), die unter folgenden Bedingungen gehalten werden können:

Kampffisch	0,5 Liter Wasser
Eierlegender Zahnkarpfen	10 Liter Wasser mit einer maximalen Höhe von 15 cm

b) SALZWASSERFISCHE

Länge der Fische	Mindestvolumen Wasser (in Litern)
- höchstens 15 cm	180
- über 15 cm	250

Gesehen, um Unserem Erlaß vom 17. Februar 1997 beigefügt zu werden

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Vizepremierminister und Minister der Wirtschaft und des Fernmeldewesens
E. DI RUPO

Der Vizepremierminister und Minister des Innern
J. VANDE LANOTTE

Der Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe
K. PINXTEN

Der Staatssekretär für Sicherheit, Soziale Eingliederung und Umwelt
J. PEETERS

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 3 februari 2000.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 3 février 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

Bijlage 2 — Annexe 2

MINISTERIUM DES MITTELSTANDS UND DER LANDWIRTSCHAFT

[C – 00067]

19. AUGUST 1998 — Königlicher Erlaß zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 17. Februar 1997 zur Festlegung der Zulassungsbedingungen für Hundezuchtstätten, Katzenzuchtstätten, Tierheime, Tierpensionen und Tierhandelsunternehmen und der Bedingungen für die Vermarktung von Tieren

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere, insbesondere des Artikels 5, abgeändert durch das Gesetz vom 4. Mai 1995, des Artikels 10, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Mai 1995, und des Artikels 11*bis*, eingefügt durch das Gesetz vom 4. Mai 1995;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 17. Februar 1997 zur Festlegung der Zulassungsbedingungen für Hundezuchtstätten, Katzenzuchtstätten, Tierheime, Tierpensionen und Tierhandelsunternehmen und der Bedingungen für die Vermarktung von Tieren;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 17. November 1994 über die Identifizierung und Registrierung von Hunden, abgeändert durch den Königlichen Erlaß vom 19. August 1998;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3 § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989, 4. Juli 1989, 5. April 1995 und 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, daß die Abänderung der bestehenden Vorschriften erforderlich ist, damit die obligatorische Identifizierung der Hunde, die am 1. September 1998 in Kraft tritt, berücksichtigt wird;

In der Erwägung, daß die Einhaltung des in Artikel 11*bis* des Gesetzes vom 14. August 1986 über den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere erwähnten Verbots in bezug auf bestimmte Werbungen dringend gewährleistet werden muß;

Auf Vorschlag Unseres Ministers der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

Artikel 1 - In Artikel 17 des Königlichen Erlasses vom 17. Februar 1997 zur Festlegung der Zulassungsbedingungen für Hundezuchtstätten, Katzenzuchtstätten, Tierheime, Tierpensionen und Tierhandelsunternehmen und der Bedingungen für die Vermarktung von Tieren wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Außerdem führt der Verantwortliche einer Hundezuchtstätte ein Sonderregister, in dem er für jeden vermarkteten Hund folgende Angaben vermerkt:

- Vermarktungsdatum,
- Name und Adresse des Abnehmers,
- gegebenenfalls Zulassungsnummer des Abnehmers,
- Rasse und Identifizierungsnummer des Tieres.»

Art. 2 - In Artikel 24 desselben Erlasses wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

«Außerdem führt der Verantwortliche eines Tierhandelsunternehmens, in dem Hunde vermarktet werden, ein Sonderregister, in dem er für jeden vermarkteten Hund folgende Angaben vermerkt:

- Datum des Erwerbs und der Abtretung,
- Name, Adresse und gegebenenfalls Zulassungsnummer des Überlassenden,
- Name, Adresse und gegebenenfalls Zulassungsnummer des Abnehmers,
- Rasse und Identifizierungsnummer des Tieres.»

Art. 3 - In denselben Erlaß wird ein Artikel 31*bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. 31*bis* - § 1 - Der Verantwortliche einer zugelassenen Einrichtung muß beim Aufgeben einer Anzeige mit dem Ziel, Werbung zu machen, seine Zulassungsnummer darin angeben.

§ 2 - Der Verantwortliche einer zugelassenen Einrichtung muß in seiner Einrichtung das Zulassungsdokument auf eine für den Kaufwilligen gut sichtbare Weise anschlagen.»

Art. 4 - Vorliegender Erlaß tritt am 1. September 1998 in Kraft.

Art. 5 - Unser Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Châteauneuf-de-Grasse, den 19. August 1998

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Landwirtschaft und der Kleinen und Mittleren Betriebe

K. PINXTEN

Gezien om te worden gevoegd bij Ons besluit van 3 februari 2000.

Vu pour être annexé à Notre arrêté du 3 février 2000.

ALBERT

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,
A. DUQUESNE

ALBERT

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,
A. DUQUESNE

**GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

COMMUNAUTE FRANÇAISE — FRANSE GEMEENSCHAP

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE FRANÇAISE

F. 2000 — 531

[2000/29048]

**8 NOVEMBRE 1999. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté française
sur la demande de levée d'emprunts garantis par la Communauté française
dans le cadre du programme pluriannuel d'investissements de la R.T.B.F.**

Le Gouvernement de la Communauté française,

Vu le décret du 14 juillet 1997 portant statut de la R.T.B.F., et notamment son article 22, § 3;

Vu le contrat de gestion de la R.T.B.F. du 14 octobre 1997, et notamment son article 54;

Vu le décret contenant le deuxième ajustement du Budget général des dépenses de la Communauté française pour l'année budgétaire 1998, et notamment son article 2;

Vu la demande de levée d'emprunts garantis par la Communauté française introduite par le Comité permanent de la R.T.B.F. en date du 5 octobre 1999;

Vu l'avis de l'Inspection des finances, donné le 22 octobre 1999;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 26 octobre 1999;

Sur proposition du Ministre de l'Audiovisuel;

Vu la délibération du Gouvernement de la Communauté française en date du 8 novembre 1999,

Arrête :

Article 1^{er}. Une levée d'emprunts garantis par la Communauté française est approuvée à concurrence d'un montant de deux cent quatre-vingt sept millions de francs (287 000 000 BEF), ventilé en fonction de la durée d'amortissement des biens à acquérir et dans les conditions financières retenues par le Comité permanent de la R.T.B.F.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur dès son approbation.

Bruxelles, le 8 novembre 1999.

Par le Gouvernement de la Communauté française :

Le Ministre de l'Audiovisuel,
C. DE PERMENTIER

VERTALING

MINISTERIE VAN DE FRANSE GEMEENSCHAP

N. 2000 — 531

[2000/29048]

8 NOVEMBER 1999. — Besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap over de aanvraag om door de Franse Gemeenschap gewaarborgde leningen aan te gaan in het kader van het meerjarigprogramma voor investeringen van de R.T.B.F.

De Regering van de Franse Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 14 juli 1997 houdende het statuut van de R.T.B.F., en inzonderheid op zijn artikel 22, § 3;

Gelet op het beheerscontract van de R.T.B.F. van 14 oktober 1997, en inzonderheid op zijn artikel 54;

Gelet op het decreet houdende tweede aanpassing van de algemene uitgavenbegroting van de Franse Gemeenschap voor het begrotingsjaar 1998, en inzonderheid op zijn artikel 2;

Gelet op de aanvraag om door de Franse Gemeenschap gewaarborgde leningen aan te gaan, ingediend door het Vast comité van de R.T.B.F. op 5 oktober 1999;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 22 oktober 1999;

Gelet op het akkoord van de Minister van Begroting, gegeven op 26 oktober 1999;

Op de voordracht van de minister van de Audiovisuele Sector;

Gelet op de beraadslaging van de Regering van de Franse Gemeenschap op 8 november 1999,

Besluit :

Artikel 1. Het aangaan van door de Franse Gemeenschap gewaarborgde leningen wordt toegestaan ten belope van een bedrag van 287 000 000 BEF, verdeeld in functie van de duur van de afschrijving van de aan te schaffen goederen en binnen de financiële voorwaarden in aanmerking genomen door het Vast comité van de R.T.B.F.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking vanaf zijn goedkeuring.

Brussel, 8 november 1999.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :

De Minister van de Audiovisuele Sector,
C. DE PERMENTIER

F. 2000 — 532

[2000/29024]

9 DECEMBRE 1999. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté française portant répartition et attribution, pour l'année 1998, d'une aide exceptionnelle provenant d'une part des ressources issues de la publicité commerciale diffusée par la R.T.B.F. à des organes de presse écrite en difficultés financières

Le Gouvernement de la Communauté française,

Vu l'article 17, § 1er, de la loi du 6 février 1987 relatives aux réseaux de radiodiffusion et de télédistribution et à la publicité commerciale à la radio et à la télévision, modifiée par le décret du 4 juillet 1991 et le décret du 19 juillet 1991;

Vu les lois relatives à la comptabilité de l'Etat, coordonnées le 17 juillet 1991;

Vu le décret du 17 juillet 1998 contenant le Budget général des dépenses de la Communauté française pour l'année budgétaire 1999, notamment le crédit variable de l'allocation de base 31 février 1941 de la division organique 25, programme 4;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté française du 11 décembre 1995 relatif au contrôle administratif et budgétaire;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté française du 14 octobre 1997 portant approbation du contrat de gestion de la radio-Télévisionbelge de la Communauté française, notamment son article 4, 5ème tiret;

Vu l'article 39 du contrat de gestion de la Radio-Télévision belge de la Communauté française;

Vu l'avis de l'Inspection des finances, donné le 7 décembre 1999;

Vu l'accord du Ministre du budget, donné le 9 décembre 1999;

Considérant qu'il convient de soutenir certains organes de presse afin qu'ils puissent compenser la diminution de leurs recettes publicitaires du fait de l'introduction de la publicité commerciale à la radio et à la télévision.

Considérant qu'il convient d'octroyer d'urgence une aide exceptionnelle à des organes de presse en difficultés financières;

Sur proposition du Ministre de l'Audiovisuel;

Vu la délibération du Gouvernement de la Communauté française du 9 décembre 1999,

Arrête :

Article 1^{er}. Une part du montant forfaitaire versé par la R.T.B.F., pour l'année 1998, au Fonds de développement de la presse écrite en vertu de l'article 39 de son Contrat de gestion est réparti entre les organes de la presse écrite quotidienne francophone qui éprouvent des difficultés financières.

Les éditeurs de journaux doivent affecter les montants attribués aux titres les plus en difficulté au sein de leur groupe de presse.

Le solde restant est conservé au sein du Fonds de développement pour la presse écrite et sera ajouté aux montants qui y seront versés pour l'année 1999.

Art. 2. Pour l'année 1998, un montant de cinquante et un millions de francs (51 000 000 BEF) provenant d'une part des recettes de la publicité commerciale diffusée par la R.T.B.F. est attribué à titre d'aide exceptionnelle aux entités de presse francophone désignées ci-après :

Entités de presse	Part revenant à chacune d'elles
BLC Media S.A. Rue de la régence 55 4000 Liège Compte : 877-4603701-94 Code GCOM : 114.867	17 000 000
S.A. d'Informations et de Productions Multimedia boulevard E. Jacquain 127 1000 Bruxelles Compte : 068-2087446-33 Code GCOM : 3.169	17 000 000
Rossel & Cie S.A. (journaux du groupe Sud-Presse) rue royal 112 1000 Bruxelles Compte : 310-1140600-63 Code GCOM : 8.922	17 000 000

Art. 3. Le montant visé à l'article 1^{er} sera imputé à l'allocation de base 31.02.41, division organique 25, programme 4 du budget général des dépenses de la Communauté française pour l'année budgétaire 1999.

Art. 4. Le présent arrêté entre en vigueur dès son approbation.

Bruxelles, le 9 décembre 1999.

Par le Gouvernement de la Communauté française :

Le Ministre de l'Audiovisuel,

C. DE PERMENTIER

VERTALING

N. 2000 — 532

[2000/29024]

9 DECEMBER 1999. — Besluit van de Regering tot verdeling en toekenning, voor het jaar 1998, van een uitzonderlijke steun afkomstig van een deel van de inkomsten van de reclame op de R.T.B.F. ten gunste van de organen van de geschreven pers met financiële problemen

De Regering van de Franse Gemeenschap,

Gelet op artikel 17, § 1, van de wet van 6 februari 1987 betreffende de radiodistributie- en teledistributienetten en betreffende de handelspubliciteit op radio en televisie, gewijzigd bij het decreet van 4 juli 1989 en het decreet van 19 juli 1991;

Gelet op de wetten betreffende de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd op 17 juli 1991;

Gelet op het decreet van 17 juli 1998 houdende de algemene uitgavenbegroting van de Franse Gemeenschap voor het begrotingsjaar 1999, inzonderheid op het veranderlijk krediet van basisallocatie 31.02.41 van organisatieafdeling 25, programma 4;

Gelet op het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 11 december 1995 betreffende de administratieve en begrotingscontrole;

Gelet op het besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap van 14 oktober 1997 houdende goedkeuring van het beheerscontract van de « Radio-Télévision belge de la Communauté française », inzonderheid op artikel 4, 5e streepje;

Gelet op artikel 39 van het beheerscontract van de « Radio-Télévision belge de la Communauté française »;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 7 december 1999;

Gelet op het akkoord van de Minister van Begroting, gegeven op 9 december 1999;

Overwegende dat sommige persorganen ondersteund dienen te worden om de inkrimping van hun reclame-inkomsten ten gevolge van het invoeren van reclame op radio en televisie te compenseren;

Overwegende dat een dringende steun dient te worden verleend aan persorganen met financiële moeilijkheden;

Op de voordracht van de Minister van de Audiovisuele Sector;

Gelet op de beraadslaging van de Regering van de Franse Gemeenschap van 9 december 1999,

Besluit :

Artikel 1. Een deel van het forfaitair bedrag gestort door de R.T.B.F., voor het jaar 1998, op het Fonds voor de ontwikkeling van de geschreven pers krachtens artikel 39 van haar beheerscontract wordt verdeeld onder de organen van de Franstalige dagelijks geschreven pers met financiële moeilijkheden.

De krantuitgevers dienen de toegekende bedragen te bestemmen voor de titels binnen hun persgroep die de grootste problemen ervaren.

Het overblijvend saldo wordt bewaard binnen het Fonds voor ontwikkeling van de geschreven pers en zal gevoegd worden aan de voor het jaar 1999 daarop gestorte bedragen.

Art. 2. Voor het jaar 1998, wordt een bedrag van 51 000 000 BEF afkomstig van een deel van de inkomsten van de reclame uitgezonden door de R.T.B.F. toegekend als uitzonderlijke steun aan de hierna vermelde Franstalige perseenheden :

Perseenheden	Deel voor iedere eenheid
BLC Media S.A. Rue de la régence 55 4000 Luik Rekening : 877-4603701-94 GCOM code : 114.867	17 000 000
S.A. d'Informations et de Productions Multimedia E. Jacquainlaan 127 1000 Brussel Rekening : 068-2087446-33 GCOM code : 3.169	17 000 000
Rossel & Cie S.A. (kranten van de groep Sud-Presse) Koningsstraat 112 1000 Brussel Rekening : 310-1140600-63 GCOM code : 8.922	17 000 000

Art. 3. Het bij artikel 1 bedoeld bedrag zal uitgetrokken worden op basisallocatie 31.02.41, organisatieafdeling 25, programma 4 van de algemene uitgavenbegroting van de Franse Gemeenschap voor het begrotingsjaar 1999.

Art. 4. Dit besluit treedt in werking vanaf zijn goedkeuring.

Brussel, 9 december 1999.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :
De Minister van de Audiovisuele Sector,
C. DE PERMENTIER

BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST — REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

COMMISSION COMMUNAUTAIRE FRANÇAISE DE LA REGION DE BRUXELLES-CAPITALE

F. 2000 — 533

[C — 1999/31542]

9 DECEMBRE 1999. — Arrêté 99/1631 du Collège de la Commission communautaire française déterminant le mode de subventionnement applicable aux centres de jour et aux centres d'hébergement pour personnes handicapées

Le Collège,

Vu les articles 138 et 178 de la Constitution;

Vu le décret de la Commission communautaire française du 4 mars 1999 relatif à l'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées, notamment les articles 63, 1° à 5° et 69, 1° à 4°;

Vu l'avis de la Section « Personnes handicapées » du Conseil consultatif bruxellois francophone de l'Aide aux personnes et de la Santé, donné le 23 avril 1999;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 19 mai 1999;

Vu l'accord du Membre du Collège chargé du Budget, donné le 27 mai 1999;

Vu la délibération du Collège le 27 mai 1999 sur la demande d'avis au Conseil d'Etat

dans un délai ne dépassant pas un mois;

Vu l'avis du Conseil d'Etat donné le 3 novembre 1999, en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 1° des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Considérant la nécessité de traduire immédiatement sous une forme réglementaire les accords intervenus lors de la négociation sectorielle bruxelloise entre le Collège, les pouvoirs organisateurs et les organisations syndicales des instituts médico-socio-pédagogiques pour personnes handicapées;

Considérant la nécessité de mettre en uvre à partir du 1^{er} janvier 1999, les objectifs ainsi convenus :

- la reconnaissance des sursalaires des samedis, dimanches et jours fériés;
- l'application de nouveaux barèmes pour le personnel éducatif classe III et le personnel ouvrier;
- la création de normes d'encadrement renforcées pour les centres de jour qui accueillent des adultes lourdement handicapés nécessitant des soins de nursing;

et à partir du 1^{er} janvier 2000, les autres objectifs convenus :

- le passage des normes d'encadrement à 37 heures par semaine avec embauche compensatoire;
- la mise en place d'une norme comptable pour les établissements dont la capacité agréée est inférieure à 60 places.

Sur proposition du Membre du Collège chargé de la Politique des handicapés,

Arrête :

Article 1^{er}. § 1^{er}. Dans la limite des crédits disponibles, les centres de jour et les centres d'hébergement agréés (Internats, Semi-Internats, Homes, Centres de jour et Services de placement familial) autres que les services de placement familial bénéficient d'une subvention annuelle comprenant :

- une subvention de fonctionnement;
- une subvention forfaitaire journalière;
- une subvention pour le transport collectif des personnes handicapées;
- une subvention pour frais de personnel.

§ 2. La subvention annuelle de fonctionnement est destinée à couvrir les frais de fonctionnement, d'occupation d'immeubles, d'amortissement d'immeubles dont l'institution est propriétaire ou emphytéote, d'amortissement du mobilier et du matériel médical et non médical.

Le montant maximum par type d'agrément à prendre en considération équivaut à :

114 245 francs pour les internats et les homes;

46 200 francs pour les centres de jour et les semi-internats pour non scolarisés;

42 000 francs pour les semi-internats pour scolarisés.

Chaque montant est à multiplier par la capacité agréée.

Le montant de la subvention annuelle de fonctionnement est pondéré par un coefficient a/b déterminé suivant les modalités suivantes :

a = journées de présences réelles et assimilées de l'année qui précède y compris les journées enregistrées dans le cadre du dépassement de 10 % de la capacité agréée en semi-internat et en centre de jour;

b = journées de présences théoriques multipliées par la capacité agréée.

- 200 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les semi-internats;
- 200 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les internats;
- 250 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les homes pour adultes handicapés;
- 270 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les homes de nursing;
- 200 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les centres de jour;
- 180 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les établissements agréés qui accueillent des personnes ayant une déficience grave de la vue, de la parole et de l'ouïe.

Le coefficient de journées de présence ne s'applique pas s'il est supérieur ou égal à 1. Si le coefficient est compris entre 0,7 et 0,99, il est appliqué proportionnellement. Si le coefficient est inférieur à 0,7, c'est 0,7 qui est pris en compte jusqu'à ce qu'une restructuration de l'institution soit présentée.

§ 3. Une subvention forfaitaire journalière destinée à couvrir les frais personnalisables est accordée à l'institution par journée de présence effective et assimilée des bénéficiaires.

Le montant par type d'agrément à prendre en considération équivaut à :

- 286 francs en internat agréé pour 30 personnes et plus prises en charge et en semi-internat pour non scolarisés pour 30 mineurs et plus pris en charge;
- 303 francs en internat agréé pour moins de 30 personnes prises en charge et en semi-internat pour non scolarisés pour moins de 30 mineurs pris en charge;
- 326 francs en home;
- 158 francs en centre de jour pour majeurs de 30 personnes et plus prises en charge;
- 171 francs en centre de jour pour majeurs pour moins de 30 personnes prises en charge;
- 148 francs en semi-internat pour scolarisés pour 30 personnes et plus prises en charge;
- 161 francs en semi-internat pour scolarisés pour moins de 30 personnes prises en charge.

§ 4. Pour le calcul de la subvention pour frais de transport collectif en centre de jour, en semi-internat pour non scolarisés et pendant les vacances scolaires en semi-internat pour scolarisés, le montant maximum à prendre en considération est :

- pour les institutions qui disposent de leurs propres moyens de transport, la somme des frais réels;
- pour les institutions qui ne disposent pas de leurs propres moyens de transport, une subvention par kilomètre, fixée à maximum 40 francs hors TVA ou maximum 70 francs hors TVA pour un véhicule adapté.

Par pièces justificatives, il faut comprendre :

A. pour les institutions qui disposent de leurs propres moyens de transport :

1° un livre de bord pour lequel sera mentionné journalièrement les heures de départ et d'arrivée à l'institution, la distance et l'itinéraire pour chaque tournée ainsi que le nom et l'adresse des personnes handicapées qui montent et qui descendent à chaque arrêt;

2° les factures ou les documents ayant trait exclusivement aux fournitures ou services nécessités par le fonctionnement du transport en question.

B. pour les institutions qui ne disposent pas de leurs propres moyens de transport : les factures.

§ 5. 1° La subvention pour frais de personnel est accordée aux institutions pour couvrir les rémunérations, telles que définies par la Commission paritaire n° 319 « Maisons d'éducation et d'hébergement » et compte tenu d'une ancienneté fixée comme suit :

- pour le personnel en place au 31 décembre 1994 : l'ancienneté réelle acquise est prise en compte;
- pour les recrutements à partir du 1^{er} janvier 1995 : l'ancienneté réelle à temps plein comme à temps partiel acquise dans les secteurs : ex-Fonds 81, Aide à la Jeunesse, ONE, Soins de santé et entreprises de travail adapté est prise en compte.

Pour le calcul de l'ancienneté pécuniaire, la totalité de l'ancienneté acquise dans une fonction est maintenue lors du passage à une autre fonction, à l'exception de la promotion d'un membre du personnel à un grade de direction pour lequel la moitié de l'ancienneté est valorisée dans les institutions agréées pour la première fois avant le 1^{er} janvier 1993, et pour lequel les trois-quarts de l'ancienneté reconnue sont valorisés dans les institutions agréées pour la première fois à partir du 1^{er} janvier 1993. En aucun cas, l'application de cette disposition ne peut entraîner une diminution du traitement.

Cette subvention comprend les rémunérations, les charges patronales légales et les charges légales complémentaires.

Cette subvention est calculée sur base des barèmes repris à l'annexe 1 du présent arrêté.

Par rémunération, on entend : le salaire brut ainsi que, le cas échéant :

a) un supplément de traitement de 50 % sur base de la rémunération horaire subsidiable pour les prestations effectuées les samedis et de 100 % sur base de la rémunération horaire subsidiable pour les prestations effectuées les dimanches et jours fériés accordé aux catégories suivantes :

- | | |
|------------------------------|---|
| 1° Personnel éducatif : | Educateur chef de groupe,
Chef éducateur,
Educateur classe 1,
Educateur classe 2A,
Educateur classe 2B,
Educateur classe 3. |
| 2° Personnel ouvrier : | Chef d'équipe,
Ouvrier qualifié,
Ouvrier non qualifié. |
| 3° Fonctions particulières : | Assistant(e) social(e),
Infirmier(ère) gradué(e),
Infirmier(ère) breveté(e),
Puéricultrice,
Garde-malade,
Aide familiale et sanitaire. |

La durée maximale des prestations prise en considération est limitée par membre du personnel à 16 heures par jour et tient compte du nombre de personnes handicapées présentes le jour en question.

b) une prime de pénibilité de maximum 1 992 francs par mois octroyée à l'ensemble du personnel à l'exception du personnel médical. Les membres du personnel effectuant des prestations à temps partiel bénéficient de cette prime proportionnellement aux prestations effectuées.

c) une prime de nuit dont le montant s'élève à 34 francs/heure ou à 41 francs/heure suivant que le travailleur est âgé de moins de 50 ans ou de 50 ans ou moins.

d) une prime de fin d'année calculée conformément aux dispositions établies par le Ministère fédéral de la Fonction publique. Les membres du personnel effectuant des prestations à temps partiel bénéficient de cette prime proportionnellement aux prestations effectuées.

e) une indemnité de séjour fixée à 500 francs non indexés. Cette indemnité est octroyée pour chaque période de présence de 24 h par jour dans le centre de vacances avec un maximum de 30 jours par an à l'exception du premier et du dernier jour du séjour. Cette indemnité est octroyée aux membres du personnel qui accompagnent les bénéficiaires durant les séjours extérieurs organisés par le centre.

f) une indemnité pour prestations irrégulières durant la nuit est accordée aux infirmiers(ères) gradué(e)s et breveté(e)s. Le montant de cette indemnité est fixée à 20 % du salaire horaire sans que le total mensuel ne dépasse 10 % du salaire du travailleur.

g) un pécule de vacances calculé conformément aux dispositions en vigueur dans le secteur privé.

Les charges légales complémentaires prises en considération sont :

- le remboursement des frais de transport au domicile du travailleur;
- l'assurance-loi;
- la médecine du travail;
- les vêtements du travail.

2° Pour les institutions qui accueillent des personnes handicapées adultes ou des enfants handicapés non-scolarisables, la subvention pour frais de personnel est calculée sur base des normes d'encadrement établies en fonction de la catégorie du handicap et du régime de l'institution prévues à l'annexe 2 du présent arrêté.

Pour les institutions agréées pour la première fois avant le 1^{er} janvier 1993, tout engagement de personnel supplémentaire par rapport à la situation existante au 22 décembre 1994 ne peut concerner que du personnel éducatif, social et paramédical.

Pour les institutions agréées pour la première fois à partir du 1^{er} janvier 1993 ainsi que pour les institutions qui accueillent des personnes reconnues comme nécessitant de soins de nursing selon les critères définis à l'annexe 3 du présent arrêté, les engagements qui ne concernent pas du personnel éducatif, social et paramédical sont limités aux normes minimales fixées par l'annexe de l'arrêté royal du 23 décembre 1970 fixant les conditions d'agrément des établissements, des homes et des services de placements familiaux pour handicapés auxquelles s'ajoute, au maximum, un rédacteur ou commis temps plein.

Pour les institutions qui accueillent des enfants handicapés scolarisables, les mesures spécifiques envisagées, pour les années 1994 et 1995, sur base d'une analyse de leur capacité agréée, de leur taux d'encadrement et des initiatives spécifiques que ces institutions souhaitent développer, sont maintenues. Pour ces institutions, les recrutements sont bloqués au 31 décembre 1995 et les recrutements effectués, pendant la période susvisée, sont prolongés au-delà du 31 décembre 1995 pour autant que les conclusions de l'analyse n'aient pas débouché sur la nécessité d'une modification de leur agrément.

A partir du 1^{er} janvier 2000, les institutions qui accueillent des personnes handicapées adultes ou des enfants handicapés non scolarisables et les institutions qui accueillent des enfants handicapés scolarisables peuvent, dans les limites fixées à l'annexe 2 du présent arrêté, recruter du personnel comptable.

3° La subvention pour frais de personnel est déterminée en fonction de la capacité agréée et les normes d'encadrement établies en fonction de la catégorie du handicap et du régime de l'institution prévues par l'annexe 2 du présent arrêté, sont pondérées par un coefficient a/b déterminé suivant les modalités suivantes :

a = journées de présence réelles et assimilées de l'année qui précède y compris les journées enregistrées dans le cadre du dépassement de 10 % de la capacité agréée en semi-internat et en centre de jour;

b = journées de présence théoriques multipliées par la capacité agréée.

- 200 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les semi-internats;
- 200 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les internats;
- 250 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les homes pour adultes handicapés;
- 200 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les centres de jour;
- 180 jours multipliés par le nombre de places agréées pour les établissements agréés qui accueillent des personnes ayant une déficience grave de la vue, de la parole et de l'ouïe.

Le coefficient de journées de présence ne s'applique pas s'il est supérieur ou égal à 1.

Si ce coefficient est compris entre 0,91 et 0,99, c'est 1 qui est pris en compte.

Si ce coefficient est compris entre 0,81 et 0,9, c'est 0,9 qui est pris en compte.

Si ce coefficient est compris entre 0,71 et 0,8, c'est 0,8 qui est pris en compte.

Si ce coefficient est inférieur ou égal à 0,7, c'est 0,7 qui est pris en compte.

Pour les institutions agréées pour la première fois, à partir du 1^{er} janvier 1993, le coefficient de journées de présence ne s'applique pas pendant les deux premières années civiles de fonctionnement.

4° A partir du 1^{er} janvier 2000, le nombre de membres de personnel subventionné en 1999 est augmenté globalement par institution de 1/38 équivalent temps plein pour compenser la réduction du temps de travail à 37 heures par semaine.

Dans ce cadre, la prise en charge de membres du personnel supplémentaires, à partir de cette même date, ne pourra concerner que du personnel éducatif, social, paramédical, ouvrier ou rédacteur et, si les normes le prévoient, du personnel spécial.

Tout engagement est subordonné à l'accord préalable et explicite des services du Collège.

Pour les institutions agréées après le 1^{er} janvier 2000, cette embauche compensatoire s'élève à 7,5 % et se calcule globalement, toutes fonctions confondues, sur les normes autorisées.

Art. 2. § 1^{er}. Dans la limite des crédits disponibles, les services de placement familial agréés peuvent obtenir, par jour et par bénéficiaire, le prix de journée à payer aux familles d'accueil, ainsi qu'une subvention pour frais de fonctionnement et une subvention pour frais de personnel.

§ 2. Le prix de journée à payer effectivement aux familles d'accueil est fixé, par bénéficiaire, comme suit :

— 464,567 francs par bénéficiaire âgé de moins de trois ans;

— 495,086 francs par bénéficiaire âgé de trois ans à moins de douze ans;

— 528,996 francs par bénéficiaire âgé de douze ans et plus.

Les subventions journalières sont majorées de :

- 152,595 francs par bénéficiaire atteint d'un handicap mental profond, de troubles moteurs de groupe B :
- 118,685 francs par bénéficiaire handicapé atteint d'un handicap mental modéré ou de troubles moteurs du groupe A ou de troubles graves de la vue;
- 84,775 francs par bénéficiaire handicapé atteint d'un handicap mental léger ou de - troubles graves de l'ouïe ou de la parole.

Le groupe A comprend les personnes handicapées atteintes de troubles moteurs, de dysmélie, de poliomyélite, de malformation du squelette et des membres.

Le groupe B comprend les personnes handicapées atteintes de paralysie cérébrale, de sclérose en plaques, de spinabifida et de myopathie.

La demande de majoration est adressée aux Services du Collège et doit être accompagnée de tous les documents justificatifs.

§ 3. Les frais de fonctionnement du service donnent lieu à une subvention journalière forfaitaire de 128 francs par bénéficiaire comprenant notamment tout frais de route et de séjour du personnel.

§ 4. Les frais de personnel comprennent les rémunérations calculées suivant les dispositions de l'annexe 4 du présent arrêté.

Art. 3. Les prestations de santé en internat, en home pour handicapés majeurs et en placement familial peuvent faire l'objet d'une intervention financière de la Commission communautaire française. Le Collège fixe les modalités d'octroi de cette intervention.

Art. 4. Les subventions définies à l'article 1^{er}, §§ 2, 3 et 4 et à l'article 2 du présent arrêté sont adaptées annuellement au taux de fluctuation de l'indice-santé fixé à 115,65 au 1^{er} janvier 1994.

Les montants repris à l'article 1^{er}, § 5 et à l'annexe 1 sont liés à l'indice-pivot du mois d'octobre 1997 et s'adaptent conformément aux dispositions de la loi du 2 août 1971 organisant un régime de liaison à l'indice des prix à la consommation, des traitements, salaires, pensions, allocations et subventions à charge du trésor public, de certaines prestations sociales, des limites de rémunération à prendre en considération pour le calcul de certaines cotisations de sécurité sociale des travailleurs ainsi que des obligations imposées en matière sociale aux travailleurs indépendants.

Art. 5. La participation financière des personnes handicapées prises en charge visée à l'arrêté ministériel du 27 juin 1986 déterminant la participation financière des handicapés placés à charge du Fonds de soins médico-socio-pédagogiques pour handicapés dans les institutions établies dans la région bilingue de Bruxelles-Capitale qui ne peuvent, en raison de leur organisation, être considérées comme appartenant à l'une ou l'autre communauté et le montant de la part contributive visée à l'arrêté de l'Exécutif du 25 juillet 1983 déterminant la part contributive des handicapés placés à charge du Fonds de soins médico-socio-pédagogiques pour handicapés dans les institutions de la Communauté française sont déduites du montant de la subvention forfaitaire journalière prévue à l'article 1^{er} du présent arrêté.

Art. 6. § 1^{er}. Les subventions sont liquidées de manière anticipative, par avances mensuelles.

Les pièces justificatives afférentes aux frais de fonctionnement, aux frais de personnel et aux frais de transport des personnes handicapées doivent être remises au plus tard le 30 avril de l'année suivante.

Sans préjudice des normes de personnel prévues dans le cadre et outre les cas d'urgence, est admis comme justification de la subvention pour frais de personnel, sur base de factures dûment établies, le paiement des prestations de personnes ou de sociétés de services pour :

1° des tâches comptables (réviseur d'entreprise, expert comptable extérieur) ou administratives (secrétariat social) ou techniques, ou à partir du 1^{er} janvier 1999, les tâches spéciales (effectuées par le personnel spécial prévu à l'annexe 2) nécessaires au respect des conditions d'agrément;

2° des services de préparation des repas et de blanchisserie à condition que cela n'entraîne aucune disparition d'emploi;

3° des services de transport;

4° des dépenses de formation continue de l'ensemble du personnel ou de groupes de travailleurs, rendues nécessaires au bon fonctionnement de l'institution.

L'institution peut engager du personnel ouvrier à concurrence des heures réservées dans le cadre des normes pour les contrats conclus avec une société de services dénoncés en application de l'alinéa précédent.

Cette mesure s'inscrit en dehors des dispositions prévues à l'article 1^{er}, § 5, 4° du présent arrêté.

Est admis comme justification de la subvention pour frais de personnel, sur base des factures dûment établies et à concurrence de 1 % maximum de la masse salariale globale, le paiement de dépenses de formation et de supervision du personnel.

Cette formation doit s'inscrire dans un processus global de formation continuée de l'ensemble du personnel de l'institution et doit être justifiée en fonction du projet de l'institution et par rapport à la fonction.

Le type de formation suivie ainsi que le nombre d'heures devront être mentionnées dans le dossier individuel du travailleur.

§ 2. Après réception et vérification des pièces justificatives, il est procédé au calcul du solde et à la liquidation ou à la récupération des montants représentant la différence éventuelle entre les avances visées au § 1^{er} et le montant de la subvention calculée selon les modalités prévues aux articles 1^{er} à 6.

Art. 7. Chaque institution agréée doit établir sa comptabilité conformément aux plans, comptes et bilans normalisés définis par l'arrêté du Collège de la Commission communautaire française du 16 décembre 1992 établissant les plans, comptes et bilans normalisés des instituts médico-socio-pédagogiques pour personnes handicapées, établis dans la Région de Bruxelles-Capitale qui ont exercé le droit d'option en Communauté française.

L'exercice comptable correspond à l'année civile. Les comptes et bilans annuels de chaque institution agréée, par type d'agrément, sont transmis au Collège au plus tard le 31 mai de l'année suivant l'exercice comptable, accompagnés soit des rapports des réviseurs d'entreprise, soit des commissaires aux comptes dûment mandatés.

Art. 8. Les services compétents du Collège ont pour mission de vérifier, annuellement, le respect des normes d'agrément, de fonctionnement et de personnel en fonction des qualifications requises conformément à l'annexe 5 du présent arrêté. Ils s'assurent du respect des règles en matière d'octroi et d'utilisation de subventions accordées par la Commission communautaire française et vérifient les comptes et livres.

Toute entrave mise à l'exécution des missions de ces services peut entraîner le retrait de l'agrément par le Collège.

Art. 9. En cas de modification des conditions sur base desquelles l'établissement est agréé, le Collège peut revoir un agrément à la demande de l'établissement concerné, ou d'office, sur rapport des services compétents du Collège. La procédure prévue pour l'agrément par l'arrêté royal du 23 décembre 1970 fixant les conditions d'agrément des établissements, des homes et des services de placements familiaux, par l'arrêté royal du 2 juillet 1973 fixant les conditions d'agrément des centres de jour pour handicapés majeurs non travailleurs ou par l'arrêté du 9 février 1987 de l'Exécutif de la Communauté française, est d'application.

Art. 10. Les subventions accordées par d'autres pouvoirs publics ou par des organisations que les pouvoirs subventionnent sont déduites de la subvention annuelle, dans la mesure où ces subventions sont allouées pour des dépenses couvertes par la subvention accordée en application du présent arrêté.

Art. 11. Les services du Collège procèdent à la rectification et à la récupération d'office de la partie de la subvention annuelle accordée sur base de déclarations inexactes ou non justifiées des institutions agréées.

Art. 12. Les différentes subventions attribuées, à savoir :

- subvention de fonctionnement;
- subvention forfaitaire journalière;
- subvention pour le transport collectif des personnes handicapées;
- subvention pour frais de personnel;

ne peuvent être utilisées pour couvrir d'autres charges que celles pour lesquelles elles sont destinées.

Art. 13. En centre de jour et en semi-internat, il peut être admis que la capacité agréée soit dépassée de 10 %.

Art. 14. L'arrêté du Collège de la Commission communautaire française du 22 décembre 1994 déterminant le mode de subventionnement applicable aux instituts médico-socio-pédagogiques pour personnes handicapées, tel que modifié par les arrêtés du Collège des 14 mai 1995, 10 septembre 1996 et 22 janvier 1998, est abrogé.

Art. 15. Nonobstant les dispositions de l'article 6, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le présent arrêté produit ses effets au 1^{er} janvier 1999, à l'exception des dispositions prévues à l'article 1^{er}, § 5, 2^o, alinéa 5 et 4^o qui entrent en vigueur au 1^{er} janvier 2000.

Art. 16. Le Membre du Collège compétent pour la Politique des handicapés est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 9 décembre 1999.

Par le Collège :

E. TOMAS,
Président du Collège

E. ANDRE,
Membre du Collège chargé de la Politique des handicapés.

ANNEXE

Annexe 1 de l'arrêté du Collège de la Commission communautaire française déterminant le mode de subventionnement applicable aux centres de jour et aux centres d'hébergement pour personnes handicapées

ECHELLE DES TRAITEMENTS ET SALAIRES SUBSIDIABLES A partir du 1^{er} janvier 1999

DONNEES GENERALES

Indice d'indexation	Date d'application	Minimum brut garanti à 21 ans							
		Rémunération mensuelle				Rémunération horaire		Supplément 50 %	
					38 h	37 h	38 h	37 h	
119,51	01.10.1997		49 636		301,43	309,58	150,72	154,80	
121,90									
124,34									

Vu pour être annexé à l'arrêté du 9 décembre 1999.

Par le Collège de la Commission communautaire française :

E. TOMAS,
Président du Collège.

E. ANDRE,
Membre du Collège chargé de la Politique des handicapés

BAREME N° 1

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	488628	48865	295,53	147,77	303,52	151,76
1	493140	49114	298,26	149,13	306,32	153,16
2	497652	49563	300,99	150,50	309,13	154,56
3	502164	50013	303,72	151,66	311,93	155,96
4	502164	50013	303,72	151,86	311,93	155,96
5	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
6	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
7	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
8	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
9	509133	50707	307,94	153,97	314,26	158,13
10	509133	50707	307,84	153,97	318,26	158,13
11	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
12	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
13	513779	51169	310,75	155,37	319,14	159,57
14	513779	51169	310,75	155,37	319,14	159,57
15	516102	51401	312,15	156,08	320,59	160,29
16	516102	51401	312,15	156,08	320,59	160,29
17	518425	51632	313,56	156,78	322,03	161,02
18	518425	51632	313,56	155,78	322,03	161,02
19	520748	51864	314,96	157,48	323,47	161,74
20	520748	51864	314,96	157,48	323,47	151,74
21	523071	52095	316,37	158,18	324,92	162,46
22	523071	52095	316,37	158,18	324,92	162,46
23	525394	52326	317,77	158,89	326,36	163,18
24	525394	52326	317,77	158,89	326,36	163,18
25	530382	52823	320,79	160,39	329,46	164,73
26	530382	52823	320,79	160,39	329,46	164,73
27	535370	53320	323,80	161,90	332,56	166,28

BAREME N° 2

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	488628	48665	295,53	147,77	303,52	151,76
1	493140	49114	298,26	149,13	306,32	153,16
2	497652	49563	300,99	150,50	309,13	154,56
3	502164	50013	303,72	151,86	311,93	155,96
4	502164	50013	303,72	151,86	311,93	155,96
5	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
6	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
7	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
8	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
9	509133	50707	307,94	153,97	316,26	158,13
10	509133	50707	307,94	153,97	316,26	158,13
11	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
12	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
13	513779	51169	310,75	155,37	318,14	159,57
14	513779	51169	310,75	155,37	319,14	159,57
15	519313	51721	314,09	157,05	322,58	161,29
16	519313	51721	314,09	157,05	322,58	161,29
17	525474	52334	317,82	158,91	326,41	163,20
18	525474	52334	317,82	158,91	328,41	163,20
19	531635	52948	321,55	160,77	330,24	165,12
20	531635	52948	321,55	160,77	330,24	165,12
21	537796	53561	325,27	162,64	334,06	167,03
22	537796	53561	325,27	162,64	334,06	167,03
23	543957	54175	329,00	164,50	337,89	168,95
24	543957	54175	329,00	164,50	337,89	168,95
25	550118	54789	332,72	166,36	341,72	170,86
26	550118	54789	332,72	166,36	341,72	170,86
27	556279	55402	336,45	168,23	345,54	172,77

BAREME N° 3

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	492791	49079	298,05	149,03	306,11	153,05
1	499270	49724	301,97	150,99	310,13	155,07
2	505749	50370	305,89	152,94	314,16	157,08
3	512228	51015	309,81	154,90	318,18	159,09
4	512228	51015	309,81	154,90	318,18	159,09
5	516805	51471	312,58	156,29	321,02	160,51
6	516805	51471	312,58	156,29	321,02	160,51
7	521382	51927	315,34	157,67	323,87	161,93
8	521382	51927	315,34	157,67	323,87	161,93
9	527543	52540	319,07	159,54	327,69	163,85
10	527543	52540	319,07	159,54	327,69	163,85
11	533704	53154	322,80	161,40	331,52	165,76
12	533704	53154	322,80	161,40	331,52	165,76
13	539865	53768	326,52	163,26	335,35	167,67
14	539865	53768	326,52	163,26	335,35	167,67
15	546026	54381	330,25	165,12	339,18	169,59
16	546026	54381	330,25	165,12	339,18	169,59
17	552187	54995	333,98	186,99	343,00	171,50
18	552187	54995	333,98	166,99	343,00	171,50
19	558348	55608	337,70	168,85	346,83	173,41
20	558348	55608	337,70	168,85	346,83	173,41
21	564509	56222	341,43	170,71	350,66	175,33
22	564509	56222	341,43	170,71	350,66	175,33
23	570670	56836	345,15	172,58	354,48	177,24
24	570670	56836	345,15	172,58	354,48	177,24
25	576831	57449	348,88	174,44	358,31	179,16
26	576831	57449	348,88	174,44	358,31	179,16
27	582992	58063	352,61	176,30	362,14	181,07

BAREME N° 4

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	504990	50294	305,43	152,72	313,69	156,84
1	510585	50851	308,81	154,41	317,16	158,58
2	516180	51409	312,20	156,10	320,64	160,32
3	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
4	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
5	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
6	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
7	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
8	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
9	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
10	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
11	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
12	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
13	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
14	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
15	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
16	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
17	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
18	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
19	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
20	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
21	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
22	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
23	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
24	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
25	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
26	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
27	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
28	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
29	658078	65541	398,02	199,01	408,78	204,39

BAREME N° 5

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	504990	50294	305,43	152,72	313,69	156,84
1	510585	50851	308,81	154,41	317,16	158,58
2	516180	51409	312,20	158,10	320,64	160,32
3	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
4	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
5	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
6	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
7	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
8	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
9	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
10	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
11	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
12	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
13	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
14	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
15	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
16	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
17	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
18	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
19	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
20	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
21	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
22	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
23	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
24	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
25	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
26	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
27	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
28	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
29	658078	65541	398,02	199,01	408,78	204,39

BAREME N° 6

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	504990	50294	305,43	152,72	313,69	156,84
1	510585	50851	308,81	154,41	317,16	158,58
2	516180	51409	312,20	156,10	320,64	160,32
3	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
4	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
5	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
6	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
7	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
8	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
9	547379	54516	331,07	165,53	340,02	170,01
10	547379	54516	331,07	165,53	340,02	170,01
11	558803	55654	337,98	168,99	347,11	173,56
12	558803	55854	337,98	168,99	347,11	173,56
13	570227	58791	344,89	172,44	354,21	177,10
14	570227	56791	344,89	172,44	354,21	177,10
15	584444	58207	353,49	176,74	363,04	181,52
16	584444	58207	353,49	176,74	363,04	181,52
17	598661	59623	362,08	181,04	371,87	185,94
18	598661	59623	362,08	181,04	371,87	185,94
19	612878	61039	370,68	185,34	380,70	190,35
20	612878	61039	370,68	185,34	380,70	190,35
21	627095	62455	379,28	189,64	389,53	194,77
22	627095	62455	379,28	189,64	389,53	194,77
23	641312	63871	387,88	193,94	398,36	199,18
24	641312	63871	387,88	193,94	398,36	199,18
25	655529	65287	396,48	198,24	407,20	203,60
26	655529	65287	396,48	198,24	407,20	203,60
27	669746	66703	405,08	202,54	416,03	208,01
28	669746	66703	405,08	202,54	416,03	208,01
29	683963	68119	413,68	206,84	424,86	212,43

BAREME N° 7

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	508573	50651	307,60	153,80	315,91	157,96
1	515052	51296	311,52	155,76	319,94	159,97
2	521531	51942	315,43	157,72	323,96	161,98
3	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
4	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
5	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
6	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
7	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
8	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
9	548493	54428	330,53	185,27	339,47	169,73
10	546493	54428	330,53	165,27	339,47	169,73
11	552653	55041	334,26	167,13	343,29	171,65
12	552653	55041	334,26	167,13	343,29	171,65
13	558814	55655	337,98	168,99	347,12	173,56
14	558814	55655	337,98	188,99	347,12	173,56
15	584975	56268	341,71	170,86	350,95	175,47
16	584975	56268	341,71	170,86	350,95	175,47
17	571136	56882	345,44	172,72	354,77	177,39
18	571136	56882	345,44	172,72	354,77	177,39
19	578137	57579	349,67	174,84	359,12	179,56
20	578137	57579	349,67	174,84	359,12	179,56
21	585138	58276	353,91	176,95	363,47	181,74
22	585138	58276	353,91	176,95	363,47	181,74
23	592140	58974	358,14	179,07	367,82	183,91
24	592140	58974	358,14	179,07	367,82	183,91
25	599141	59671	362,37	181,19	372,17	186,08
26	599141	59671	362,37	181,19	372,17	186,08
27	606142	60368	366,61	183,30	376,52	188,26

BAREME N° 8

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	508573	50651	307,60	153,80	315,91	157,96
1	515052	51296	311,52	155,76	319,94	159,97
2	521531	51942	315,43	157,72	323,96	161,98
3	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
4	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
5	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
6	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
7	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
8	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
9	591356	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
10	596699	59428	360,90	180,45	370,65	185,33
11	602042	59960	364,13	182,06	373,97	186,99
12	609166	60670	368,44	184,22	378,40	189,20
13	616290	61379	372,75	186,37	382,82	191,41
14	623414	62089	377,06	188,53	387,25	193,62
15	630538	62798	381,36	190,68	391,67	195,84
16	637662	63508	385,67	192,84	396,10	198,05
17	644786	64217	389,98	194,99	400,52	200,26
18	651910	64927	394,29	197,15	404,95	202,47
19	659034	65636	398,60	199,30	409,37	204,69
20	666158	66346	402,91	201,45	413,80	206,90
21	673282	67055	407,22	203,61	418,22	209,11
22	680406	67765	411,53	205,76	422,65	211,32
23	687530	68474	415,83	207,92	427,07	213,54
24	694654	69184	420,14	210,07	431,50	215,75
25	701778	69893	424,45	212,23	435,92	217,96
26	708902	70603	428,76	214,38	440,35	220,17
27	716026	71312	433,07	216,53	444,77	222,39
28	723150	72022	437,38	218,69	449,20	224,60
29	730274	72731	441,69	220,84	453,62	226,81

BAREME N° 9

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	513754	51167	310,73	155,37	319,13	159,56
1	524442	52231	317,20	158,60	325,77	162,88
2	535131	53296	323,66	161,83	332,41	166,20
3	545819	54361	330,12	165,06	339,05	169,52
4	545819	54361	330,12	165,06	339,05	169,52
5	556122	55387	336,36	168,18	345,45	172,72
6	556122	55387	336,36	168,18	345,45	172,72
7	566425	56413	342,59	171,29	351,85	175,92
8	566425	56413	342,59	171,29	351,85	175,92
9	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
10	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
11	616291	61379	372,75	186,37	382,82	191,41
12	616291	61379	372,75	186,37	382,82	191,41
13	641224	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
14	641224	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
15	666157	66345	402,91	201,45	413,80	206,90
16	666157	66345	402,91	201,45	413,80	206,90
17	691090	68829	417,99	208,99	429,28	214,64
18	691090	68829	417,99	208,99	429,28	214,64
19	716023	71312	433,07	216,53	444,77	222,39
20	716023	71312	433,07	216,53	444,77	222,39
21	740956	73795	448,15	224,07	460,26	230,13
22	740956	73795	448,15	224,07	460,26	230,13
23	765889	76278	463,23	231,61	475,75	237,87
24	765889	76278	463,23	231,61	475,75	237,87
25	790822	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
26	790822	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
27	815755	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
28	815755	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
29	840688	83728	508,47	254,23	522,21	261,11

BAREME N° 10

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	524601	52247	317,29	158,65	325,87	162,93
1	531080	52893	321,21	160,61	329,89	164,95
2	537559	53538	325,13	162,56	333,92	166,96
3	544038	54183	329,05	164,52	337,94	168,97
4	544038	54183	329,05	164,52	337,94	168,97
5	550199	54797	332,77	166,39	341,77	170,88
6	550199	54797	332,77	166,39	341,77	170,88
7	556360	55410	336,50	168,25	345,59	172,80
8	556360	55410	336,50	168,25	345,59	172,80
9	562521	56024	340,23	170,11	349,42	174,71
10	562521	56024	340,23	170,11	349,42	174,71
11	568682	56637	343,95	171,98	353,25	176,62
12	568682	56637	343,95	171,98	353,25	176,62
13	574842	57251	374,68	173,84	357,08	178,54
14	574842	57251	347,68	173,84	357,08	178,54
15	581003	57865	351,40	175,70	360,90	180,45
16	581003	57865	351,40	175,70	360,90	180,45
17	587164	58478	355,13	177,57	364,73	182,36
18	587164	58478	355,13	177,57	364,73	182,36
19	594166	59176	359,37	179,68	369,08	184,54
20	594166	59176	359,37	179,68	369,08	184,54
21	601167	59873	363,60	181,80	373,43	186,71
22	601167	59873	363,60	181,80	373,43	186,71
23	608168	60570	367,83	183,92	377,78	188,89
24	608168	60570	367,83	183,92	377,78	188,89
25	615169	61267	372,07	186,03	382,13	191,06
26	615169	61267	372,07	186,03	382,13	191,06
27	622170	61965	376,30	188,15	386,47	193,24

BAREME N° 11

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	520115	51801	314,58	157,29	323,08	161,54
1	530803	52865	321,04	160,52	329,72	164,86
2	541490	53929	327,51	163,75	336,36	168,18
3	552178	54994	333,97	166,99	343,00	171,50
4	552178	54994	333,97	166,99	343,00	171,50
5	562866	56058	340,43	170,22	349,64	174,82
6	562866	56058	340,43	170,22	349,64	174,82
7	577112	57477	349,05	174,53	358,49	179,24
8	577112	57477	349,05	174,53	358,49	179,24
9	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
10	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
11	605605	60315	366,28	183,14	376,18	188,09
12	605605	60315	366,28	183,14	376,18	188,09
13	619851	61734	374,90	187,45	385,03	192,52
14	619851	61734	374,90	187,45	385,03	192,52
15	634097	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
16	634097	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
17	648344	64571	392,13	196,07	402,73	201,37
18	648344	64571	392,13	196,07	402,73	201,37
19	662590	65990	400,75	200,38	411,58	205,79
20	662590	65990	400,75	200,38	411,58	205,79
21	676836	67409	409,37	204,68	420,43	210,22
22	676836	67409	409,37	204,68	420,43	210,22
23	691083	68828	417,98	208,99	429,28	214,64
24	691083	68828	417,98	208,99	429,28	214,64
25	705329	70247	426,60	213,30	438,13	219,06
26	705329	70247	426,60	213,30	438,13	219,06
27	719575	71666	435,22	217,61	446,98	223,49
28	719575	71666	435,22	217,61	446,98	223,49
29	733822	73085	443,83	221,92	455,83	227,91

BAREME N° 12

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	531562	52941	321,50	160,75	330,19	165,10
1	542250	54005	327,97	163,98	336,83	168,42
2	552939	55070	334,43	167,22	343,47	171,73
3	563628	56134	340,90	170,45	350,11	175,05
4	563628	56134	340,90	170,45	350,11	175,05
5	573931	57160	347,13	173,56	356,51	178,25
6	573931	57160	347,13	173,56	356,51	178,25
7	584234	58186	353,36	176,68	362,91	181,45
8	584234	58186	353,36	176,68	362,91	181,45
9	609166	60670	368,44	184,22	378,40	189,20
10	609166	60670	368,44	184,22	378,40	189,20
11	634099	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
12	634099	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
13	659032	65636	398,60	199,30	409,37	204,69
14	659032	65636	398,60	199,30	409,37	204,69
15	683965	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
16	683965	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
17	708898	70602	428,76	214,38	440,35	220,17
18	708898	70602	428,76	214,38	440,35	220,17
19	733831	73085	443,84	221,92	455,83	227,92
20	733831	73085	443,84	221,92	455,83	227,92
21	758765	75569	458,92	229,46	471,32	235,66
22	758765	75569	458,92	229,46	471,32	235,66
23	783698	78052	474,00	237,00	486,81	243,41
24	783698	78052	474,00	237,00	486,81	243,41
25	808631	80535	489,08	244,54	502,30	251,15
26	808631	80535	489,08	244,54	502,30	251,15
27	833563	83018	504,16	252,08	517,79	258,89
28	833563	83018	504,16	252,08	517,79	258,89
29	858496	85501	519,24	259,62	533,27	266,64

BAREME N° 13

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	541487	53929	327,50	163,75	336,36	168,18
1	550392	54816	332,89	166,45	341,89	170,94
2	559297	55703	338,28	169,14	347,42	173,71
3	568201	56590	343,66	171,83	352,95	176,48
4	568201	56590	343,66	171,83	352,95	176,48
5	578889	57654	350,13	175,06	359,59	179,79
6	578889	57654	350,13	175,06	359,59	179,79
7	589576	58718	356,59	178,29	366,23	183,11
8	589576	58718	356,59	178,29	366,23	183,11
9	600264	59783	363,05	181,53	372,87	186,43
10	600264	59783	363,05	181,53	372,87	186,43
11	610951	60847	369,52	184,76	379,51	189,75
12	610951	60847	369,52	184,76	379,51	189,75
13	625198	62266	378,13	189,07	388,35	194,18
14	625198	62266	378,13	189,07	388,35	194,18
15	639444	63685	386,75	193,38	397,20	198,60
16	639444	63685	386,75	193,38	397,20	198,60
17	653690	65104	395,37	197,68	406,05	203,03
18	653690	65104	395,37	197,68	406,05	203,03
19	667937	66523	403,98	201,99	414,90	207,45
20	667937	66523	403,98	201,99	414,90	207,45
21	682183	67942	412,60	206,30	423,75	211,88
22	682183	67942	412,60	206,30	423,75	211,88
23	696429	69360	421,22	210,61	432,60	216,30
24	696429	69360	421,22	210,61	432,60	216,30
25	710676	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
26	710676	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
27	724922	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
28	724922	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
29	749855	74681	453,53	226,77	465,79	232,89

BAREME N° 14

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	573543	57122	346,89	173,45	356,27	178,13
1	584232	58186	353,36	176,68	362,91	181,45
2	594920	59251	359,82	179,91	369,55	184,77
3	605609	60315	366,29	183,14	376,19	188,09
4	605609	60315	366,29	183,14	376,19	188,09
5	616297	61380	372,75	186,38	382,83	191,41
6	616297	61380	372,75	186,38	382,83	191,41
7	630544	62799	381,37	190,68	391,68	195,84
8	630544	62799	381,37	190,68	391,68	195,84
9	722541	71961	437,01	218,51	448,82	224,41
10	722541	71961	437,01	218,51	448,82	224,41
11	743914	74090	449,94	224,97	462,10	231,05
12	743914	74090	449,94	224,97	462,10	231,05
13	765282	76218	462,86	231,43	475,37	237,69
14	765282	76218	462,86	231,43	475,37	237,69
15	786654	78346	475,79	237,89	488,65	244,32
16	786654	78346	475,79	237,89	488,65	244,32
17	808026	80475	488,71	244,36	501,92	250,96
18	808026	80475	488,71	244,36	501,92	250,96
19	829398	82603	501,64	250,82	515,20	257,60
20	829398	82603	501,64	250,82	515,20	257,60
21	850770	84732	514,57	257,28	528,47	264,24
22	850770	84732	514,57	257,28	528,47	264,24
23	872142	86860	527,49	263,75	541,75	270,87
24	872142	86860	527,49	263,75	541,75	270,87
25	893514	88989	540,42	270,21	555,02	277,51
26	893514	88989	540,42	270,21	555,02	277,51
27	914886	91117	553,34	276,67	568,30	284,15
28	914886	91117	553,34	276,67	568,30	284,15
29	936258	93246	566,27	283,14	581,58	290,79

BAREME N° 15

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	591351	58895	357,66	178,83	367,33	183,67
1	602040	59960	364,13	182,06	373,97	186,98
2	612728	61024	370,59	185,30	380,61	190,30
3	623417	62089	377,06	188,53	387,25	193,62
4	623417	62089	377,06	188,53	387,25	193,62
5	634105	63153	383,52	191,76	393,89	196,94
6	634105	63153	383,52	191,76	393,89	196,94
7	648352	64572	392,14	196,07	402,74	201,37
8	648352	64572	392,14	196,07	402,74	201,37
9	676844	67410	409,37	204,69	420,44	210,22
10	676844	67410	409,37	204,69	420,44	210,22
11	705337	70248	426,60	213,30	438,13	219,07
12	705337	70248	426,60	213,30	438,13	219,07
13	730270	72731	441,68	220,84	453,62	226,81
14	730270	72731	441,68	220,84	453,62	226,81
15	755203	75214	456,76	228,38	469,11	234,56
16	755203	75214	456,76	228,38	469,11	234,56
17	780135	77697	471,84	235,92	484,60	242,30
18	780135	77697	471,84	235,92	484,60	242,30
19	805068	80180	486,92	243,46	500,08	250,04
20	805068	80180	486,92	243,46	500,08	250,04
21	830001	82663	502,00	251,00	515,57	257,79
22	830001	82663	502,00	251,00	515,57	257,79
23	854933	85147	517,08	258,54	531,06	265,53
24	854933	85147	517,08	258,54	531,06	265,53
25	879866	87630	532,16	266,08	546,55	273,27
26	879866	87630	532,16	266,08	546,55	273,27
27	904799	90113	547,24	273,62	562,03	281,02
28	904799	90113	547,24	273,62	562,03	281,02
29	929732	92596	562,32	281,16	577,52	288,76

BAREME N° 16

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	621032	61851	375,62	187,81	385,77	192,88
1	633497	63093	383,15	191,58	393,51	196,75
2	645961	64334	390,69	195,35	401,25	200,63
3	658425	65575	398,23	199,12	408,99	204,50
4	658425	65575	398,23	199,12	408,99	204,50
5	679797	67704	411,16	205,58	422,27	211,14
6	679797	67704	411,16	205,58	422,27	211,14
7	701169	69833	424,08	212,04	435,55	217,77
8	701169	69833	424,08	212,04	435,55	217,77
9	804462	80120	486,56	243,28	499,71	249,85
10	804462	80120	486,56	243,28	499,71	249,85
11	825834	82248	499,48	249,74	512,98	256,49
12	825834	82248	499,48	249,74	512,98	256,49
13	847206	84377	512,41	256,21	526,26	263,13
14	847206	84377	512,41	256,21	526,26	263,13
15	868578	86505	525,34	262,67	539,54	269,77
16	868578	86505	525,34	262,67	539,54	269,77
17	889950	88634	538,26	269,13	552,81	276,41
18	963561	95965	582,79	291,39	598,54	299,27
19	984933	98094	595,71	297,86	611,81	305,91
20	984933	98094	595,71	297,86	611,81	305,91
21	1006305	100222	608,64	304,32	625,09	312,54
22	1006305	100222	608,64	304,32	625,09	312,54
23	1027678	102351	621,56	310,78	638,36	319,18
24	1027678	102351	621,56	310,78	638,36	319,18
25	1049050	104479	634,49	317,25	651,64	325,82
26	1049050	104479	634,49	317,25	651,64	325,82
27	1070422	106608	647,42	323,71	664,91	332,46

BAREME N° 17

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	676835	67409	409,37	204,68	420,43	210,22
1	687524	68474	415,83	207,92	427,07	213,53
2	698212	69538	422,30	211,15	433,71	216,85
3	708901	70603	428,76	214,38	440,35	220,17
4	708901	70603	428,76	214,38	440,35	220,17
5	719590	71667	435,23	217,61	446,99	223,49
6	719590	71667	435,23	217,61	446,99	223,49
7	733836	73086	443,84	221,92	455,84	227,92
8	733836	73086	443,84	221,92	455,84	227,92
9	762329	75924	461,07	230,54	473,54	236,77
10	762329	75924	461,07	230,54	473,54	236,77
11	790821	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
12	790821	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
13	815754	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
14	815754	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
15	840687	83728	508,47	254,23	522,21	261,11
16	840687	83728	508,47	254,23	522,21	261,11
17	865620	86211	523,55	261,77	537,70	268,85
18	865620	86211	523,55	261,77	537,70	268,85
19	890553	88694	538,63	269,31	553,19	276,59
20	890553	88694	538,63	269,31	553,19	276,59
21	915486	91177	553,71	276,85	568,67	284,34
22	915486	91177	553,71	276,85	568,67	284,34
23	940419	93660	568,79	284,39	584,16	292,08
24	940419	93660	568,79	284,39	584,16	292,08
25	965351	96144	583,87	291,93	599,65	299,82
26	965351	96144	583,87	291,93	599,65	299,82
27	990284	98627	598,95	299,47	615,14	307,57
28	990284	98627	598,95	299,47	615,14	307,57
29	1015217	101110	614,03	307,01	630,62	315,31

BAREME N° 18

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	707109	70424	427,68	213,84	439,24	219,62
1	717797	71489	434,14	217,07	445,87	222,94
2	728486	72553	440,61	220,30	452,51	226,26
3	739175	73618	447,07	223,54	459,15	229,58
4	739175	73618	447,07	223,54	459,15	229,58
5	749863	74682	453,54	226,77	465,79	232,90
6	749863	74682	453,54	226,77	465,79	232,90
7	764111	76101	462,15	231,08	474,64	237,32
8	764111	76101	462,15	231,08	474,64	237,32
9	792603	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
10	792603	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
11	821096	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
12	821096	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
13	846029	84260	511,70	255,85	525,53	262,76
14	846029	84260	511,70	255,85	525,53	262,76
15	870962	86743	526,78	263,39	541,02	270,51
16	870962	86743	526,78	263,39	541,02	270,51
17	895895	89226	541,86	270,93	556,50	278,25
18	895895	89226	541,86	270,93	556,50	278,25
19	920827	91709	556,94	278,47	571,99	286,00
20	920827	91709	556,94	278,47	571,99	286,00
21	945760	94192	572,02	286,01	587,48	293,74
22	945760	94192	572,02	286,01	587,48	293,74
23	970693	96676	587,10	293,55	602,97	301,48
24	970693	96676	587,10	293,55	602,97	301,48
25	995626	99159	602,18	301,09	618,45	309,23
26	995626	99159	602,18	301,09	618,45	309,23
27	1020559	101642	617,26	308,63	633,94	316,97
28	1020559	101642	617,26	308,63	633,94	316,97
29	1045492	104125	632,34	316,17	649,43	324,71
30	1045492	104125	632,34	316,17	649,43	324,71
31	1070425	106608	647,42	323,71	664,92	332,46

BAREME N° 19

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	735605	73262	444,91	222,46	456,94	228,47
1	746293	74327	451,38	225,69	463,58	231,79
2	756982	75391	457,84	228,92	470,22	235,11
3	767670	76456	464,31	232,15	476,85	238,43
4	767670	76456	464,31	232,15	476,85	238,43
5	778359	77520	470,77	235,39	483,49	241,75
6	778359	77520	470,77	235,39	483,49	241,75
7	792605	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
8	792605	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
9	821098	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
10	821098	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
11	849591	84614	513,85	256,93	527,74	263,87
12	849591	84614	513,85	256,93	527,74	263,87
13	874524	87098	528,93	264,47	543,23	271,61
14	874524	87098	528,93	264,47	543,23	271,61
15	899456	89581	544,01	272,01	558,72	279,36
16	899456	89581	544,01	272,01	558,72	279,36
17	924389	92064	559,09	279,55	574,20	287,10
18	924389	92064	559,09	279,55	574,20	287,10
19	949322	94547	574,17	287,09	589,69	294,85
20	949322	94547	574,17	287,09	589,69	294,85
21	974255	97030	589,25	294,63	605,18	302,59
22	974255	97030	589,25	294,63	605,18	302,59
23	999188	99513	604,33	302,17	620,67	310,33
24	999188	99513	604,33	302,17	620,67	310,33
25	1024121	101997	619,41	309,71	636,15	318,08
26	1024121	101997	619,41	309,71	636,15	318,08
27	1049054	104480	634,49	317,25	651,64	325,82
28	1049054	104480	634,49	317,25	651,64	325,82
29	1073987	106963	649,57	324,79	667,13	333,56
30	1073987	106963	649,57	324,79	667,13	333,56
31	1098919	109446	664,65	332,33	682,62	341,31

BAREME N° 20

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	779236	77608	471,30	235,65	484,04	242,02
1	797047	79381	482,07	241,04	495,10	247,55
2	814858	81155	492,85	246,42	506,17	253,08
3	832669	82929	503,62	251,81	517,23	258,61
4	832669	82929	503,62	251,81	517,23	258,61
5	857159	85368	518,43	259,22	532,44	266,22
6	857159	85368	518,43	259,22	532,44	266,22
7	883427	87984	534,32	267,16	548,76	274,38
8	883427	87984	534,32	267,16	548,76	274,38
9	916819	91310	554,51	277,26	569,50	284,75
10	916819	91310	554,51	277,26	569,50	284,75
11	950211	94636	574,71	287,36	590,24	295,12
12	950211	94636	574,71	287,36	590,24	295,12
13	981823	97784	593,83	296,92	609,88	304,94
14	981823	97784	593,83	296,92	609,88	304,94
15	1013435	100932	612,95	306,47	629,52	314,76
16	1013435	100932	612,95	306,47	629,52	314,76
17	1045047	104081	632,07	316,03	649,15	324,58
18	1045047	104081	632,07	316,03	649,15	324,58
19	1076659	107229	651,19	325,59	668,79	334,39
20	1076659	107229	651,19	325,59	668,79	334,39
21	1108271	110378	670,31	335,15	688,43	344,21
22	1108271	110378	670,31	335,15	688,43	344,21
23	1139883	113526	689,43	344,71	708,06	354,03
24	1139883	113526	689,43	344,71	708,06	354,03
25	1155689	115100	698,99	349,49	717,88	358,94
26	1155689	115100	698,99	349,49	717,88	358,94
27	1171495	116674	708,55	354,27	727,70	363,85
28	1171495	116674	708,55	354,27	727,70	363,85
29	1187301	118248	718,11	359,05	737,52	368,76
30	1187301	118248	718,11	359,05	737,52	368,76
31	1203107	119823	727,67	363,83	747,33	373,67

BAREME N° 21

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	822868	81953	497,69	248,85	511,14	255,57
1	847801	84436	512,77	256,39	526,63	263,31
2	872733	86919	527,85	263,93	542,12	271,06
3	897666	89403	542,93	271,47	557,60	278,80
4	897666	89403	542,93	271,47	557,60	278,80
5	935957	93216	566,09	283,04	581,39	290,69
6	935957	93216	566,09	283,04	581,39	290,69
7	974248	97030	589,25	294,62	605,17	302,59
8	974248	97030	589,25	294,62	605,17	302,59
9	1012539	100843	612,41	306,20	628,96	314,48
10	1012539	100843	612,41	306,20	628,96	314,48
11	1050830	104657	635,57	317,78	652,74	326,37
12	1050830	104657	635,57	317,78	652,74	326,37
13	1089120	108470	658,73	329,36	676,53	338,26
14	1089120	108470	658,73	329,36	676,53	338,26
15	1127411	112284	681,89	340,94	700,31	350,16
16	1127411	112284	681,89	340,94	700,31	350,16
17	1165702	116097	705,04	352,52	724,10	362,05
18	1165702	116097	705,04	352,52	724,10	362,05
19	1203993	119911	728,20	364,10	747,89	373,94
20	1203993	119911	728,20	364,10	747,89	373,94
21	1242284	123724	751,36	375,68	771,67	385,84
22	1242284	123724	751,36	375,68	771,67	385,84
23	1280574	127538	774,52	387,26	795,46	397,73

BAREME N° 22

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	1018769	101464	975,61	487,81	632,83	316,41
1	1043702	103947	999,49	499,74	648,32	324,16
2	1068635	106430	1023,37	511,68	663,80	331,90
3	1093568	108913	1047,24	523,62	679,29	339,65
4	1093568	108913	1047,24	523,62	679,29	339,65
5	1137199	113259	1089,03	544,51	706,39	353,20
6	1137199	113259	1089,03	544,51	706,39	353,20
7	1180831	117604	1130,81	565,40	733,50	366,75
8	1180831	117604	1130,81	565,40	733,50	366,75
9	1224462	121950	1172,59	586,30	760,60	380,30
10	1224462	121950	1172,59	586,30	760,60	380,30
11	1268094	126295	1214,37	607,19	787,70	393,85
12	1268094	126295	1214,37	607,19	787,70	393,85
13	1311725	130640	1256,16	628,08	814,81	407,40
14	1311725	130640	1256,16	628,08	814,81	407,40
15	1355357	134986	1297,94	648,97	841,91	420,95
16	1355357	134986	1297,94	648,97	841,91	420,95
17	1398988	139331	1339,72	669,86	869,01	434,51
18	1398988	139331	1339,72	669,86	869,01	434,51
19	1442620	143677	1381,51	690,75	896,11	448,06
20	1442620	143677	1381,51	690,75	896,11	448,06
21	1486251	148022	1423,29	711,65	923,22	461,61
22	1486251	148022	1423,29	711,65	923,22	461,61
23	1529883	152368	1465,07	732,54	950,32	475,16

BAREME N° 23

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	1357138	135163	1299,65	649,82	843,01	421,51
1	1357138	135163	1299,65	649,82	843,01	421,51
2	1410566	140484	1350,81	675,41	876,20	438,10
3	1410566	140484	1350,81	675,41	876,20	438,10
4	1463995	145806	1401,98	700,99	909,39	454,70
5	1463995	145806	1401,98	700,99	909,39	454,70
6	1517423	151127	1453,14	726,57	942,58	471,29
7	1517423	151127	1453,14	726,57	942,58	471,29
8	1570852	156448	1504,31	752,15	975,77	487,88
9	1570852	156448	1504,31	752,15	975,77	487,88
10	1624281	161769	1555,47	777,74	1008,96	504,48
11	1624281	161769	1555,47	777,74	1008,96	504,48
12	1677709	167090	1606,64	803,32	1042,14	521,07
13	1677709	167090	1606,64	803,32	1042,14	521,07
14	1731138	172412	1657,80	828,90	1075,33	537,67
15	1731138	172412	1657,80	828,90	1075,33	537,67
16	1784567	177733	1708,97	854,48	1108,52	554,26
17	1784567	177733	1708,97	854,48	1108,52	554,26
18	1837995	183054	1760,13	880,07	1141,71	570,85
19	1837995	183054	1760,13	880,07	1141,71	570,85
20	1891424	188375	1811,30	905,65	1174,90	587,45
21	1891424	188375	1811,30	905,65	1174,90	587,45
22	1944852	193696	1862,46	931,23	1208,09	604,04

BAREME N° 24

119,51 %

Ancienneté	Base	Mensuel	Horaire (38 h)	Sup. (50 %)	Horaire (37 h)	Sup. (50 %)
0	541487	53929	327,50	163,75	336,36	168,18
1	552175	54994	333,97	166,98	342,99	171,50
2	562863	56058	340,43	170,22	349,63	174,82
3	573550	57122	346,90	173,45	356,27	178,14
4	573550	57122	346,90	173,45	356,27	178,14
5	584238	58187	353,36	176,68	362,91	181,46
6	584238	58187	353,36	176,68	362,91	181,46
7	598484	59606	361,98	180,99	371,76	185,88
8	598484	59606	361,98	180,99	371,76	185,88
9	612730	61024	370,59	185,30	380,61	190,31
10	612730	61024	370,59	185,30	380,61	190,31
11	626977	62443	379,21	189,61	389,46	194,73
12	626977	62443	379,21	189,61	389,46	194,73
13	641223	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
14	641223	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
15	655469	65281	396,44	198,22	407,16	203,58
16	655469	65281	396,44	198,22	407,16	203,58
17	669716	66700	405,06	202,53	416,01	208,00
18	669716	66700	405,06	202,53	416,01	208,00
19	683962	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
20	683962	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
21	690196	68740	417,45	208,72	428,73	214,36
22	690196	68740	417,45	208,72	428,73	214,36
23	696431	69361	421,22	210,61	432,60	216,30
24	696431	69361	421,22	210,61	432,60	216,30
25	710677	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
26	710677	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
27	724923	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
28	724923	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
29	749856	74681	453,53	226,77	465,79	232,89

**Annexe 2 de l'arrêté du Collège de la Commission communautaire française
déterminant le mode de subventionnement applicable aux centres de jour et aux centres d'hébergement pour personne handicapées**

NORMES D'ENCADREMENT ETABLIES EN FONCTION DE LA CATEGORIE
DU HANDICAP ET DU REGIME DE L'INSTITUTION

Normes « home »

Par bénéficiaire	Homes occupationnels pour adultes handicapés non travailleurs	Homes de nursing pour adultes handicapés graves	Homes pour handicapés adultes travailleurs
Médecin	0,0112	0,0112	0,0042
Licencié (3)	0,01 dont 0,0033 à réserver à un licencié	0,01 dont 0,0033 à réserver à un licencié	
Personnel paramédical	0,0334	0,1332	
Assistant social ou infirmier social	0,01	0,01	0,0334
Personnel éducatif et soignant	0,5 dont 0,1 peut être chef-éducateur Si + de 30 % (1) majorer de : 0,1	0,5685 dont 0,1 peut être chef-éducateur Si + de 30 % (1) majorer de : 0,1332	0,15 Si chômage (2) majorer de : 0,1
Educateur chef de groupe	0,0334	0,0354	
Personnel spécial		0,0167	

Rem. (1) : pour les homes conservant plus de 30 % de la population moyenne lors des week-ends et des vacances

Rem. (2) : pendant la période de chômage des handicapés, à majorer d'un éducateur supplémentaire par groupe de 15 chômeurs

Rem. (3) : Licencié en psychologie, en pédagogie, en kinésithérapie ou en logopédie et assistant en psychologie

Normes « Centre de jour »

Médecin et dentiste	0,01
Licencié (*)	0,0067
	dont 0,0033 licencié
Personnel paramédical (**)	0,0467
Assistant social	0,0167
Personnel éducatif (**)	
et soignant	0,15
Chef-éducateur	0,0334
Educateur chef de groupe	0,0167

(*) Licencié en psychologie, en pédagogie, en kinésithérapie, en logopédie et assistant en psychologie.

(**) Pour les centres de jour qui accueillent des personnes nécessitant des soins de nursing, les normes sont portées, à partir du 1^{er} janvier 1999 :

pour le personnel paramédical	0,1
pour le personnel éducatif et soignant	0,2
pour le personnel spécial (copiste, bricoleur en appareillage, technicien en électronique, en informatique, aide laboratoire)	0,0067

Normes du personnel administratif et ouvrier en « Internat - Home »

Personnel de direction :	
de 6 à 29 lits :	1 directeur
à partir de 30 lits :	1 directeur
par tranche de 90 lits :	1 sous-directeur
Personnel administratif :	
à partir de 60 lits :	1 comptable (*)
Jusqu'à 15 lits :	1 rédacteur ou commis (temps plein)
de 16 à 40 lits :	2 rédacteurs ou commis (temps plein)
jusqu'à 100 lits :	3 rédacteurs ou commis (temps plein) et 1 rédacteur ou commis (mi-temps)
au-delà de 100 lits :	1 rédacteur mi-temps supplémentaire par tranche de 25 lits
à partir de 90 lits :	1 économe
Personnel ouvrier :	
Pour les handicapés alités et les enfants de — de 6 ans :	0,1667 (**)
pour les autres	0,1429 (**)

(*) à partir du 1^{er} janvier 2000 : par bénéficiaire : comptable : 0,0133 avec un maximum d'un équivalent temps plein par agrément

(**) par bénéficiaire

Normes du personnel administratif et ouvrier
en « Semi-internat — Centre de jour »

Mineurs d'âge	
Personnel de direction : Handicapés non scolarisés : de 6 à 14 places : 1 responsable de 15 à 35 places : 1 dirigeant (A1) de 36 places et + : 1 directeur	Handicapés scolarisés : de 30 à 72 places : 1 responsable (A1) de 73 à 149 places : 1 directeur de 150 places et + : 1 directeur + 1 sous-directeur
Personnel administratif : jusqu'à 25 places : 1/4 rédacteur ou commis par tranche supplémentaire de 25 places : 1/4 rédacteur ou commis comptable : à partir de 60 places : 1 comptable, et à partir du 1 ^{er} janvier 2000 : 0,0133 par bénéficiaire avec un maximum d'un équivalent temps plein par agrément	
Personnel ouvrier : 0,1 par bénéficiaire	0,0667 par bénéficiaire
Majeurs d'âge	
Personnel de direction : de 6 à 14 places : de 15 à 29 places : de 30 places et + : de 90 places et + : de 180 places et + :	1 responsable 1 dirigeant (A1) 1 directeur 1 directeur et 1 sous-directeur 1 directeur et 2 sous-directeurs
Personnel administratif : à partir de 60 places : jusqu'à 15 places : jusqu'à 30 places : jusqu'à 50 places : au-delà de 50 places : à partir de 100 places :	1 comptable : (*) 1 rédacteur 1/2 temps 1 rédacteur temps plein 1 rédacteur temps plein + 1 rédacteur mi-temps 1 rédacteur 1/2 temps supplémentaire par tranche de 25 places 1 économiste
Personnel ouvrier : 0,1 par bénéficiaire	

(*) à partir du 1^{er} janvier 2000, par bénéficiaire : comptable : 0,0133 avec un maximum d'un équivalent temps plein par agrément.

Normes « Internat »

	Handicapés intellectuels légers	Handicapés intellectuels modérés	Handicapés intellectuels sévères et profonds	Handicapés atteints de troubles caractériels	Aveugles et amblyopes	Sourds, demi-sourds et troubles du langage	Handicapés moteurs groupe A	Groupe B
par bénéficiaire	unité de vie : 12 enfants	unité de vie : 10 enfants	unité de vie : 8 enfants	unité de vie : 8 enfants	unité de vie : enf. - 12 ans : 8 enf. + 12 ans : 12	unité de vie : enf. - 8 ans : 6 enf. + 8 ans : 10	unité de vie : enf. - 8 ans : 8 enf. + 8 ans : 10	unité de vie : 6 enfants
Médecin	0,0067	0,0067	0,01	0,02	0,0083	0,01	0,01	0,02
Licencié (2)	0,02	0,02	0,02	0,0267	0,02	0,02	0,02	0,0267
Personnel paramédical	0,03	0,05	Scolarisés : 0,05 Non scolarisés : 0,0667	0,0667	0,0667	enf. - 8 ans : 10,1334 enf. + 8 ans : 0,0834	0,1	0,2
Assistant social infirmier social	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267
Personnel éducatif et soignant	0,25 dont 0,0833 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,0833	Scolarisés : 0,2834 dont 0,0834 peut-être chef-éducateur Non scolarisés : 0,3334 dont 0,0834 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,1	Scolarisés : 0,375 dont 0,125 peut-être chef-éducateur Non scolarisés : 0,5 dont 0,125 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,125	Scolarisés : 0,375 dont 0,125 peut-être chef-éducateur Non scolarisés : 0,5 dont 0,125 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,125	Scolarisés - 12 ans : 0,375 dont 0,125 peut-être chef-éducateur Scolarisés + 12 ans : 0,2501 dont 0,0834 peut-être chef-éducateur Non scolarisés - 12 ans : 0,5 dont 0,125 peut-être chef-éducateur Non scolarisés + 12 ans : 0,3334 dont 0,0834 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,125 enfants - 12 ans : 0,125 enfants + 12 ans : 0,0833	Scolarisés - 8 ans : 0,5001 dont 0,1667 peut-être chef-éducateur Scolarisés + 8 ans : 0,3 dont 0,1 peut-être chef-éducateur Non scolarisés - 8 ans : 0,6667 dont 0,1667 peut-être chef-éducateur Non scolarisés + 8 ans : 0,4 dont 0,1 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,1667 enfants - 8 ans : 0,1667 enfants + 8 ans : 0,1	Scolarisés - 8 ans : 0,375 dont 0,125 peut-être chef-éducateur Scolarisés + 8 ans : 0,3 dont 0,1 peut-être chef-éducateur Non scolarisés - 8 ans : 0,5 dont 0,125 peut-être chef-éducateur Non scolarisés + 8 ans : 0,4 dont 0,1 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,125 enfants - 8 ans : 0,125 enfants + 8 ans : 0,1	Scolarisés : 0,5 dont 0,1667 peut-être chef-éducateur Non scolarisés : 0,6667 dont 0,1667 peut-être chef-éducateur si + 30 % (1) majorer de : 0,1667
Educateur chef de groupe	0,0139	0,0334	enfants alités : 0,0313 enfants non-alités : 0,0417	0,0417	enfants de - de 12 ans : 0,0417 enfants de + de 12 ans : 0,0278	enfants de - de 8 ans : 0,0417 enfants de + de 8 ans : 0,0334	enfants de - de 8 ans : 0,0313 enfants de + de 8 ans : 0,0334	0,0417
Personnel spécial			0,0034		0,0067	0,0133		0,01

Rem. (1) établissements conservant plus de 30 % de la population moyenne durant les week-ends et les vacances scolaires.

Rem. (2) Licencié en psychologie, en pédagogie, en kinésithérapie ou en logopédie et assistant en psychologie

Normes « Semi-internat »

	Handicapés mentaux modérés et sévères	Handicapés mentaux profonds non scolarisés	Handicapés mentaux légers atteints de troubles associés	Handicapés atteints de troubles caractériels	Aveugles Amblyopes	Sourds et troubles du langage	Handicapés moteurs groupe A	Handicapés moteurs Groupe B
par bénéficiaire	unité de vie : 10 enfants	unité de vie : de 0 à 6 ans : 8 de + de 6 ans : 10	unité de vie : 12 enfants	unité de vie : 8 enfants	unité de vie : de - 12 ans : 8 de + 12 ans : 12	unité de vie : de - 8 ans : 6 de + 8 ans : 10	unité de vie : de - 8 ans : 8 de + 8 ans : 10	unité de vie : 6 enfants
Médecin	0,0067	0,0083	0,005	0,0167	0,0067	0,0083	0,0083	0,0167
Licencié (1)	0,0134 dont au - 0,0067 licencié	0,0134 dont au - 0,0067 licencié	0,0134 dont au - 0,0067 licencié	0,02 dont au - 0,01 licencié	0,0134 dont au - 0,0034 licencié	0,0134 dont au - 0,0034 licencié	0,0134 dont au - 0,0067 licencié	0,02 dont au - 0,0067 licencié
Personnel paramédical	0,05	0,05	0,03	0,0667	0,05	de - de 8 ans : 0,1 de 8 ans et + : 0,0667	0,1	0,2
Assistant social	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267
Personnel éducatif et soignant	0,1	de - de 6 ans : 0,25 de + de 6 ans : 0,2	0,0834	0,1875 si momentanément non scolarisés : 0,25	de - 12 ans : 0,1250 de + 12 ans : 0,0834	de - 8 ans : 0,1667 de + 8 ans : 0,1	de - 8 ans : 0,1875 de + 8 ans : 0,15	0,25
Chef-éducateur	0,02	de - de 6 ans : 0,0313 de + de 6 ans : 0,025	0,0104	0,025	de - 12 ans : 0,0250 de + 12 ans : 0,0167	de - 8 ans : 0,0278 de + 8 ans : 0,02	de - 8 ans : 0,0208 de + 8 ans : 0,02	0,0278
Educateur chef de groupe	0,01	de - de 6 ans : 0,0156 de + de 6 ans : 0,0125	0,0052	0,0125	de - 12 ans : 0,0125 de + 12 ans : 0,0083	de - 8 ans : 0,0139 de + 8 ans : 0,01	de - 8 ans : 0,0104 de + 8 ans : 0,01	0,0139
Personnel spécial					0,0067	0,01	0,0067	0,0067

Rem. (1) Licencié en psychologie, en pédagogie, en kinésithérapie ou en logopédie et assistant en psychologie.

Vu pour être annexé à l'arrêté du 9 décembre 1999.

Par le Collège de la Commission communautaire française :

E. TOMAS,
Président du Collège.

E. ANDRE,
Membre du Collège chargé de la Politique des handicapés

**Annexe 3 de l'arrêté du Collège de la Commission communautaire française
déterminant le mode de subventionnement applicable aux centres de jour et aux centres d'hébergement
pour personnes handicapées**

CRITERES PERMETTANT
A UNE PERSONNE D'ETRE RECONNUE COMME NECESSITANT DES SOINS DE NURSING

Présenter au moins 3 handicaps parmi les suivants :

- être grabataire ou présenter des troubles moteurs entraînant une absence d'autonomie motrice (même appareillée, la personne doit être aidée pour se mouvoir);
- souffrir d'incontinence diurne ou nocturne;
- nécessiter la présence continue et active d'une tierce personne;
- ne pouvoir s'alimenter seul;
- nécessiter chaque jour une toilette complète faite par une autre personne;
- être atteint d'une affection somatique grave nécessitant des soins médicaux ou paramédicaux quotidiens.

Vu pour être annexé à l'arrêté du 9 décembre 1999.

Par le Collège de la Commission communautaire française :

E. TOMAS,
Président du Collège.

E. ANDRE,
Membre du Collège chargé de la Politique des handicapés

**Annexe 4 de l'arrêté du Collège de la Commission communautaire française
déterminant le mode de subventionnement applicable aux centres de jour et aux centres d'hébergement
pour personnes handicapées**

NORMES DE PERSONNEL DES SERVICES DE PLACEMENT FAMILIAL

Effectif pour 30 personnes handicapées :

§ 1^{er} :

- un dirigeant porteur d'un diplôme du niveau A1, à temps plein, si le service de placement familial est autonome. Si le service est rattaché à un homé pour personnes handicapées, le dirigeant de cette institution assure la direction,
- médecin spécialiste : 1/4 temps
- psychologue : 1/2 temps
- assistant social : 1 temps plein
- commis : 1 temps plein.

§ 2 : La subvention pour frais de personnel est calculée conformément aux dispositions prévues à l'article 1 du présent arrêté.

Vu pour être annexé à l'arrêté du 9 décembre 1999.

Par le Collège de la Commission communautaire française :

E. TOMAS,
Président du Collège.

E. ANDRE,
Membre du Collège chargé de la Politique des handicapés

**Annexe 5 de l'arrêté du Collège de la Commission communautaire française
déterminant le mode de subventionnement applicable aux centres de jour et aux centres d'hébergement
pour personnes handicapées**

QUALIFICATIONS EXIGÉES DU PERSONNEL DES CENTRES DE JOUR
ET DES CENTRES D'HEBERGEMENT POUR PERSONNES HANDICAPÉES

Nature de l'emploi	Qualifications requises	Barèmes Annexe 1
Educateur - classe III (18 ans)	Les porteurs d'un des titres suivants : - Diplôme ou certificat de fins d'études secondaires inférieures (formation générale ou technique). - Brevet, certificat ou attestation de fin d'études (terminées avec fruit) professionnelles secondaires supérieures. - Les puéricultrices, aides-familiales et sanitaires et garde-malades qui possèdent un des titres suivants : * brevet de puéricultrice. * brevet d'aide ou d'auxiliaire familiale et sanitaire ou certificat de qualification d'assistante familiale et sanitaire. * certificat de garde-malade ou brevet d'hospitalier(e) ou brevet d'assistant(e) en soins hospitaliers	8
Educateur - classe II B (20 ans)	- Les porteurs d'un diplôme ou certificat de fin d'études secondaires supérieures (formation générale ou technique) - Les éducateurs classe III, les puéricultrices, les gardes-malades et les aides-familiales et sanitaires ayant 10 ans d'ancienneté dans une des fonctions précitées.	11
Educateur - classe II A (20 ans)	Les porteurs d'un des titres suivants : - Diplôme délivré par une université ou par un établissement d'enseignement supérieur de type long si les cycles d'études comportent au moins quatre années. - Diplôme ou certificat de fin d'études secondaires supérieures à orientation pédagogique, sociale, paramédicale ou artistique. - Brevet d'infirmier(e). - Brevet de puéricultrice pour autant que celle-ci s'occupe exclusivement et effectivement d'enfants de 0 à 6 ans.	13
Infirmier(ère) breveté(e) (21 ans)	- Les titulaires du brevet d'infirmier(ère)	14
Infirmier(ère) gradué(e) (23 ans)	- Les porteurs d'un diplôme d'infirmier(ère) gradué(e) visé à l'article 1 ^{er} de l'arrêté royal du 17 août 1957 portant fixation des conditions de collation des diplômes d'accoucheuse, d'infirmier(ère) modifié par les arrêtés royaux des 11 juillet 1980, 27 octobre 1961 et 24 décembre 1986.	16
Copiste (Braille) 2e classe (18 ans)	- Les porteurs d'un diplôme, certificat ou brevet permettant l'accès à la fonction de commis.	5
Copiste (Braille) 1e classe (20 ans)	- Les porteurs d'un diplôme ou certificat permettant l'accès à la fonction de rédacteur.	9
Médecin généraliste (27 ans)	- Les porteurs du diplôme de docteur en médecine, chirurgie et accouchement	22
Médecin spécialiste (27 ans)	- Les porteurs d'un titre de qualification requise pour l'exercice de la fonction de médecin généraliste ainsi qu'un titre de spécialisation requis suite à l'avis émis par la Commission d'Agréation des médecins spécialistes.	23
Licencié en psychologie, en pédagogie, en kinésithérapie et en logopédie (24 ans)	- Les porteurs du diplôme octroyant un de ces titres requis pour l'exercice de ces fonctions	21
Assistant en psychologie (23 ans)	- Les porteurs du diplôme octroyant ce titre.	16
Ergothérapeute, kinésithérapeute, logopède	- Les porteurs du diplôme octroyant un de ces titres.	16
Rééducateur en psychomotricité (23 ans)	- Les porteurs du titre octroyant cette spécialisation.	16
Assistant social (23 ans)	- Les porteurs du diplôme octroyant ce titre.	16

Nature de l'emploi	Qualifications requises	Barèmes Annexe 1
Infirmier(ère) gradué(e) social(e) (23 ans)	- Les porteurs du diplôme octroyant ce titre.	16
Bricoleur en appareillage A3 (18 ans)	- Les porteurs du diplôme ou certificat de qualification de quatrième année de l'enseignement secondaire technique de qualification.	5
Technicien en électronique ou en Informatique A1 ou A2	- Les porteurs d'un diplôme octroyant un de ces titres.	16 ou 9
Educateur - classe II (20 ans)	- Les éducateurs ayant 10 ans d'ancienneté dans la classe II B. Uniquement les éducateurs de la classe II déjà en service dans une institution agréée à la date du 1 ^{er} janvier 1976 porteurs d'un des titres suivants : - Diplôme ou certificat d'une école ou d'un cours technique secondaire supérieur à orientation pédagogique, psychologique ou sociale. - Brevet d'infirmier(e) ou de puéricultrice pour autant que celle-ci s'occupe d'enfants de 0 à 6 ans. - Diplôme, certificat ou titre assimilé au moins du niveau de l'enseignement normal primaire ou, pour autant que leurs titulaires s'occupent d'enfants de 3 à 6 ans. - Diplôme de l'enseignement normal gardien.	24
Educateur - Classe I (20 ans)	Les porteurs d'un diplôme ou certificat de fin d'études du niveau de l'enseignement supérieur à orientation pédagogique, psychologique, sociale ou paramédicale ou artistique au moins de type court de plein exercice ou de promotion sociale	15
Chef-éducateur (21 ans)	Voir ci-dessus éducateur classe I	17
Educateur-chef de groupe (21 ans)	- Les chefs-éducateurs ayant au moins une année de service dans cette fonction.	18
Sous-directeur classe II (24 ans)	- Soit les qualifications requises pour les éducateurs de la classe II A et au moins trois ans de fonctions éducatives dans une institution pour enfants ou home pour handicapés. - Soit les qualifications requises pour les éducateurs de la classe II B et au moins cinq ans de fonctions éducatives dans une institution pour enfants ou home pour handicapés. - Soit les qualifications requises pour les éducateurs de la classe III et au moins dix ans de fonctions éducatives dans une institution pour enfants ou home pour handicapés. - Les rédacteurs comptant au moins cinq années de service dans une institution pour enfants ou home pour handicapés.	18
Sous-directeur classe I (24 ans)	- Soit les qualifications requises pour les éducateurs de la classe I et au moins trois ans de fonctions éducatives dans une institution pour enfants ou homes pour handicapés. - Soit les qualifications requises pour les éducateurs de la classe II A et au moins cinq ans de fonctions éducatives dans une institution pour enfants ou home pour handicapés. - Les porteurs d'un diplôme universitaire. - Les économes ayant au moins cinq ans de service dans une institution pour enfants ou home pour handicapés. - Les sous-directeurs de la classe II qui comptent au moins cinq années de service.	19
Directeur classe II (24 ans) Institutions de 6 à 29 lits ou places :	- Les qualifications requises pour les sous-directeurs classe II. - Les porteurs d'un diplôme ou certificat de fin d'études du niveau de l'enseignement supérieur à orientation pédagogique, psychologique, sociale ou paramédicale ou artistique au moins de type court, de plein exercice ou de promotion sociale.	15
Directeur classe I (24 ans) Institutions de 6 à 14 lits ou places	- Les qualifications requises pour les sous-directeurs classe I	15
Directeur classe I (24 ans) Institutions de 15 à 29 lits ou places :	- Les qualifications requises pour les sous-directeurs classe I.	17

Nature de l'emploi	Qualifications requises	Barèmes Annexe 1
Directeur classe II (24 ans) Institutions de 30 à 60 lits ou places :	- Les qualifications requises pour les sous-directeurs classe II.	17
Directeur classe I (24 ans) Institutions de 30 à 60 lits ou places :	- Les qualifications requises pour les sous-directeurs classe I.	19
Directeur classe II (24 ans) Institutions de plus de 60 lits ou places :	- Les qualifications requises pour les sous-directeurs classe II.	19
Directeur classe I (24 ans) Institutions de plus de 60 lits ou places :	- Les qualifications requises pour les sous-directeurs classe I.	21
Commis (18 ans)	Les porteurs d'un des titres suivants : - Diplôme ou certificat de fin d'études secondaires inférieures (formation générale ou technique). - Brevet ou certificat de fin d'études de l'enseignement professionnel secondaire inférieur délivré après une quatrième année de finalité ou après une cinquième année de perfectionnement ou de spécialisation dans une section "Travaux de bureau", délivré par un établissement créé, subventionné ou reconnu par l'Etat.	4
Commis-sténodactylographe	- Les porteurs d'un titre requis pour la fonction de commis et un certificat ou diplôme attestant la connaissance de la sténo-dactylographie.	5
Rédacteur (20 ans)	- Les porteurs d'un diplôme ou certificat de fin d'études secondaires supérieures (formation générale ou technique) dans la mesure où la formation reçue correspond avec les exigences normales de la fonction. - Les commis comptant cinq années de service dans une institution pour enfants ou home pour handicapés.	9
Econome (20 ans)	- Les porteurs d'un diplôme ou certificat permettant l'accès à la fonction de rédacteur. - Les rédacteurs comptant au moins cinq années de service dans une institution pour enfants ou home pour handicapés.	15
Comptable 2e classe (20 ans)	- Les porteurs d'un diplôme ou certificat de fin d'études secondaires supérieures (formation générale ou technique) à orientation commerciale ou à orientation assimilée.	12
Comptable 1 ^{er} classe (23 ans)	- Les porteurs d'un diplôme ou certificat de fin d'études de l'enseignement supérieur à orientation économique ou assimilée dont la qualification est en relation avec les exigences normales de la fonction. - Les porteurs du diplôme de la Chambre belge des Comptables. - Les comptables classe II comptant cinq années de service dans une institution pour enfants ou home pour handicapés.	15
Personnel ouvrier :		
Chef d'équipe	- Ouvrier qualifié ayant la responsabilité d'une équipe d'ouvriers occupant la même fonction.	11
Ouvrier qualifié	- Ouvrier porteur d'un certificat de qualification ou d'un certificat d'apprentissage délivré par l'IFPME.	8
Ouvrier non qualifié	Pas d'exigence particulière.	3
Puéricultrice, aide familiale et Sanitaire ou garde-malade	- Les porteurs d'un brevet ou certificat octroyant un de ces titres.	5
Aide de laboratoire clinique A3	- Les porteurs du diplôme octroyant ce titre.	5

Vu pour être annexé à l'arrêté du 9 décembre 1999.

Par le Collège de la Commission communautaire française :

E. TOMAS,
Président du Collège.

E. ANDRE,
Membre du Collège chargé de la Politique des handicapés

VERTALING

FRANSE GEMEENSCHAPSCOMMISSIE VAN HET BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

N. 2000 — 533

[C — 1999/31542]

9 DECEMBER 1999. — Besluit 99/1631 van het College van de Franse Gemeenschapscommissie tot vaststelling van de wijze van subsidiëring van de dagcentra en de onthaalcentra voor gehandicapten

Het College,

Gelet op de artikels 138 en 178 van de Grondwet;

Gelet op het decreet van de Franse Gemeenschapscommissie van 4 maart 1999 betreffende de sociale integratie van de gehandicapten en hun inschakeling in het arbeidsproces, inzonderheid de artikels 63, 1° tot 5° en 69, 1° tot 4°;

Gelet op het advies van de Sectie « Gehandicapten » van de Franstalige Brusselse Adviesraad voor Bijstand aan Personen en Gezondheid, van 23 april 1999;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën van 19 mei 1999;

Gelet op het akkoord van het Collegelid voor Begroting van 27 mei 1999;

Gelet op de beraadslaging van het College van 27 mei 1999 omtrent het verzoek om een advies van de Raad van State

binnen een termijn van maximaal een maand;

Gelet op het advies van de Raad van State van 3 november 1999, overeenkomstig artikel 84, alinea 1, 1° van de samengeschakelde wetten betreffende de Raad van State;

Gelet op de noodzaak om de overeengekomen akkoorden tijdens de Brusselse sectorale besprekingen tussen het College, de organisatorische overheden en de vakbondsorganisaties van de medische, sociale en pedagogische inrichtingen voor gehandicapten onmiddellijk in wetgeving om te zetten;

Gezien de noodzaak om vanaf 1 januari 1999 de volgende overeengekomen doelstellingen in werking te laten treden :

- de erkenning van de salaristoelagen op zater-, zon- en feestdagen;
 - de toepassing van nieuwe barema's voor opvoeders klasse III en arbeiders;
 - de vorming van versterkte begeleidingsnormen voor de dagcentra die zwaar gehandicapte volwassenen opvangen die verpleging nodig hebben;
- en vanaf 1 januari 2000 de overige overeengekomen doelstellingen :
- de overgang van de begeleidingsnormen naar 37 uur per week met vervangende aanstellingen;
 - de invoering van een boekhoudkundige norm voor de inrichtingen met een erkende capaciteit van minder dan 60 plaatsen.

Op voorstel van het Collegelid voor Gehandicaptenbeleid,

Besluit :

Artikel 1. § 1. Binnen de grenzen van de beschikbare kredieten ontvangen de erkende dag- en onthaalcentra (internaten, semi-internaten, tehuizen, dagcentra en diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten), andere dan de diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten, een jaarlijkse subsidie bestaande uit :

- een werkingssubsidie;
- forfaitaire toelagen per dag;
- een subsidie voor het gemeenschappelijke vervoer van gehandicapten;
- een subsidie voor personeelskosten.

§ 2. De jaarlijkse werkingssubsidie is bedoeld om de werkingskosten te dekken, evenals de kosten van bezetting en afschrijving van kantoren waarvan de inrichting eigenaar of erfpachter is en de kosten van afschrijving van meubilair en medisch en niet-medisch materiaal.

Het in aanmerking te nemen maximumbedrag per type erkenning bedraagt :

- 114 245 frank voor internaten en tehuizen;
- 46 200 frank voor dagcentra en semi-internaten ten behoeve van niet-schoolgaanden;
- 42 000 frank voor semi-internaten ten behoeve van schoolgaanden.

Elk bedrag moet worden vermenigvuldigd met de erkende capaciteit.

Het bedrag van de jaarlijkse werkingssubsidie wordt door een bepaald a/b coëfficiënt gewogen, overeenkomstig de volgende modaliteiten :

a = dagen van reële en gelijkaardige aanwezigheid in het voorgaande jaar, inclusief de geregistreerde dagen in het kader van de 10 % overschrijding van de erkende capaciteit in semi-internaten en dagcentra;

b = dagen van theoretische aanwezigheid vermenigvuldigd met de erkende capaciteit.

- 200 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor semi-internaten;
- 200 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor internaten;
- 250 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor tehuizen voor gehandicapten;
- 270 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor verpleegtehuizen;
- 200 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor dagcentra;
- 180 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor erkende inrichtingen die personen opvangen met een ernstige visuele, spraak- en gehoorstoornis.

Het coëfficiënt van het aantal aanwezige dagen wordt niet toegepast als het gelijk is aan of hoger dan 1. Als het coëfficiënt tussen 0,7 en 0,99 ligt, wordt het evenredig toegepast. Als het coëfficiënt lager is dan 0,7, wordt 0,7 gerekend totdat een herstructurering van de inrichting wordt gepresenteerd.

§ 3. Forfaitaire toelagen per dag ten behoeve van de personeelskosten worden toegekend per dag van effectieve en gelijkaardige aanwezigheid van de begunstigden.

Het in aanmerking te nemen bedrag per type erkenning is :

- 286 frank in erkende internaten voor 30 of meer ten laste geplaatste personen en in semi-internaten voor niet-schoolgaanden voor 30 of meer ten laste geplaatste minderjarigen;
- 303 frank in erkende internaten voor minder dan 30 ten laste geplaatste personen en in semi-internaten voor niet-schoolgaanden voor minder dan 30 ten laste geplaatste minderjarigen;
- 326 frank in tehuizen;
- 158 frank in dagcentra voor meerderjarigen, voor 30 of meer ten laste geplaatste personen;
- 171 frank in dagcentra voor meerderjarigen, voor minder dan 30 ten laste geplaatste personen;
- 148 frank in semi-internaten voor schoolgaanden, voor 30 of meer ten laste geplaatste personen;
- 161 francs in semi-internaten voor schoolgaanden, voor minder dan 30 ten laste geplaatste personen.

§ 4. Voor de berekening van de subsidie voor de kosten van het gemeenschappelijk vervoer in dagcentra, semi-internaten voor niet-schoolgaanden en tijdens de schoolvakanties in semi-internaten voor schoolgaanden, is het maximumbedrag dat in aanmerking dient te worden genomen :

- voor de inrichtingen die over eigen vervoermiddelen beschikken, de som van de reële kosten;
- voor de inrichtingen die niet over eigen vervoermiddelen beschikken, een subsidie per kilometer, vastgesteld op maximaal 40 frank excl. BTW of maximaal 70 frank excl. BTW voor een aangepast voertuig.

Onder bewijsstukken moet worden verstaan :

A. voor de inrichtingen die over eigen vervoermiddelen beschikken :

- 1° een journaal waarin dagelijks de vertrek- en aankomsttijden in de inrichting, de afstand en de route voor elke ronde worden genoemd, evenals de naam en het adres van de gehandicapten die bij elke stopplaats in- en uitstappen;
- 2° de facturen of documenten die uitsluitend betrekking hebben op de leveringen of diensten die nodig zijn voor de werking van het openbaar vervoer.

B. voor de inrichtingen die niet over eigen vervoermiddelen beschikken : de facturen.

§ 5. 1° De subsidie voor personeelskosten wordt aan de inrichtingen toegekend om de vergoedingen te dekken die worden gedefinieerd door de Paritaire Commissie n° 319 « Onderwijs- en onthaalcentra » en rekening houdend met een anciënniteit die als volgt wordt vastgesteld :

— voor het personeel dat ter plaatse is op 31 december 1994 : wordt rekening gehouden met de reële verworven anciënniteit;

— voor de aanwervingen vanaf 1 januari 1995 : wordt rekening gehouden met de reële anciënniteit in voltijd- en deeltijdarbeid in de sectoren : ex-Fonds 81, Hulpverlening aan de Jeugd, RVA, Gezondheidszorg en beschutte werkplaatsen.

Voor de berekening van de pecuniaire anciënniteit wordt de volledige anciënniteit in een functie behouden wanneer men naar een andere functie overstapt, met uitzondering van de promotie van een personeelslid tot een directiegraad waarvoor de helft van de anciënniteit vóór 1 januari 1993 voor het eerst in de erkende inrichtingen gevaloriseerd werd, en waarvoor drievierde van de erkende anciënniteit na 1 januari 1993 voor het eerst in de erkende inrichtingen gevaloriseerd werd. In geen geval kan de toepassing van deze bepaling een verlaging van het salaris ten gevolg hebben.

Deze subsidie omvat de vergoedingen, wettelijke werkgeverslasten en wettelijke aanvullende lasten.

Deze subsidie wordt berekend op basis van de barema's uit bijlage 1 van het onderhavig besluit.

Onder vergoeding verstaat men : het brutosalaris plus, eventueel :

a) een aanvullende bezoldiging van 50 % op basis van de subsidieerbare uurvergoeding voor verrichtingen op zaterdagen en van 100 % op basis van de subsidieerbare uurvergoeding voor verrichtingen op zon- en feestdagen, toegekend aan de volgende categorieën :

- | | |
|--------------------------|--|
| 1° Opvoedend personeel : | Opvoeder-groepschef,
Hoofdopvoeder,
Opvoeder klasse 1,
Opvoeder klasse 2A,
Opvoeder klasse 2B,
Opvoeder klasse 3. |
| 2° Arbeiders : | Werkmeester,
Geschoolde arbeider,
Ongeschoolde arbeider. |

3° Bijzondere functies :

Sociaal werker,
Gegradueerde verpleegkundige,
Gebrevetteerde verpleegkundige,
Kinderverzorgster,
Ziekenhuisoppasser,
Gezinshulp en sanitair werkster.

De maximale in aanmerking genomen duur van de verrichtingen wordt per personeelslid beperkt tot 16 uur per dag en houdt rekening met het aantal gehandicapten dat op de betrokken dag aanwezig is.

b) een zwaartetoeslag van maximaal 1992 frank per maand toegekend aan het voltallige personeel met uitzondering van het medisch personeel. De personeelsleden die deeltijdwerk verrichten ontvangen deze toeslag naar evenredigheid met het verrichte werk.

c) een nachttoeslag ter hoogte van 34 frank/uur voor wie minder dan 50 jaar oud is of 41 frank/uur voor wie minstens 50 jaar oud is.

d) en eindejaarspremie die wordt berekend overeenkomstig de bepalingen van het federale ministerie van ambtenarenzaken. De leden van het personeel die deeltijdwerk verrichten, ontvangen deze premie naar evenredigheid met het verrichte werk.

e) een niet-geïndexeerde verblijfsvergoeding van 500 frank. Deze vergoeding wordt verstrekt voor elke periode dat men 24 uur per dag in het vakantiecentrum aanwezig is, met een maximum van 30 dagen per jaar, met uitzondering van de eerste en laatste dag van het verblijf. Deze vergoeding wordt toegekend aan de personeelsleden die de begunstigten tijdens de door het centrum georganiseerde externe verblijven begeleiden.

f) een vergoeding voor onregelmatige verrichtingen tijdens de nacht wordt toegekend aan gegradueerde en gebrevetteerde verpleegkundigen. Het bedrag van deze vergoeding wordt vastgesteld op 20 % van het uurloon, zonder dat het maandelijks totaal hoger mag uitvallen dan 10 % van het salaris van de werknemer.

g) een vakantietoeslag die wordt berekend volgens de in de privésector geldende bepalingen.

De wettelijke aanvullende lasten die in aanmerking worden genomen zijn :

- de vergoeding van de vervoerkosten naar de woning van de werknemer;
- de wettelijke verzekering;
- arbeidsgeneeskunde;
- werkkleding.

2° Voor de inrichtingen die volwassenen gehandicapten of niet-schoolgaande gehandicapte kinderen opvangen, wordt de subsidie voor de personeelskosten berekend op basis van de begeleidingsnormen naargelang van de handicapcategorie en het stelsel van de inrichting, voorzien in artikel 2 van het onderhavige besluit.

Voor de inrichtingen die vóór 1 januari 1993 voor het eerst erkend werden, mag elke aanstelling van aanvullend personeel in vergelijking met de situatie op 22 december 1994 slechts betrekking hebben op opvoedend, sociaal en paramedisch personeel.

Voor de inrichtingen die na 1 januari 1993 voor het eerst erkend werden, alsook voor de inrichtingen die personen opvangen die overeenkomstig de criteria in bijlage 3 bij het onderhavige besluit erkend verpleging nodig hebben, worden de aanstellingen die geen betrekking hebben op opvoedend, sociaal en paramedisch personeel, beperkt tot de minimumnormen in bijlage bij het koninklijk besluit van 23 december 1970 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van de inrichtingen, tehuizen en diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten, waarbij maximaal nog een voltijdse opsteller of klerk kan worden gevoegd.

Voor de instellingen die schoolgaande gehandicapte kinderen opvangen, blijven de specifieke maatregelen voor de jaren 1994 en 1995 van kracht die gebaseerd zijn op een analyse van hun erkende capaciteit, hun mate van begeleiding en de specifieke initiatieven die deze inrichtingen wensen te ontwikkelen. Voor deze inrichtingen werden de aanwervingen op 31 december 1995 geblokkeerd en alle aanwervingen in de bovengenoemde periode worden tot na 31 december 1995 verlengd op voorwaarde dat de conclusies van de analyse niet tot de noodzaak van een wijziging in hun erkenning heeft geleid.

Met ingang van 1 januari 2000 kunnen de inrichtingen die volwassen gehandicapten of niet-schoolgaande gehandicapte kinderen opvangen en degene die schoolgaande gehandicapte kinderen opvangen, binnen de grenzen van bijlage 2 bij het onderhavige besluit boekhoudkundig personeel aanwerven.

3° De subsidie voor personeelskosten wordt vastgesteld op grond van de erkende capaciteit en de begeleidingsnormen, vastgesteld op basis van de handicapcategorie en het in artikel 2 van het onderhavige besluit voorziene stelsel van de inrichting, worden gewogen door een a/b coëfficiënt die overeenkomstig de volgende modaliteiten wordt bepaald :

a = dagen van reële en gelijkaardige aanwezigheid in het voorafgaande jaar, met inbegrip van de geregistreerde dagen in het kader van de 10 % overschrijding van de erkende capaciteit in het stelsel van semi-internaat en dagcentrum;

b = dagen van theoretische aanwezigheid vermenigvuldigd met de erkende capaciteit.

- 200 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor semi-internaten;
- 200 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor internaten;
- 250 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor tehuizen voor volwassen gehandicapten;
- 200 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor dagcentra;
- 180 dagen vermenigvuldigd met het aantal erkende plaatsen voor erkende inrichtingen die personen opvangen met een ernstig visuele, spraak- en gehoorstoornis.

Het coëfficiënt van het aantal aanwezige dagen wordt niet toegepast als het gelijk is aan of hoger dan 1.

Als dit coëfficiënt tussen 0,91 en 0,99 ligt, wordt uitgegaan van 1.

Als dit coëfficiënt tussen 0,81 en 0,9, wordt uitgegaan van 0,9.

Als dit coëfficiënt tussen 0,71 en 0,8, wordt uitgegaan van 0,8.

Als dit coëfficiënt gelijk aan of lager dan 0,7 is, wordt uitgegaan van 0,7.

Voor de inrichtingen die na 1 januari 1993 voor het eerst werden erkend, wordt de coëfficiënt voor aanwezigheidsdagen niet toegepast tijdens de eerste twee kalenderjaren van functioneren.

4° Vanaf 1 januari 2000 wordt het aantal personeelsleden dat in 1999 wordt gesubsidieerd, per instelling globaal uitgebreid met 1/38 in voltijdequivalenten om de beperking van de arbeidstijd tot 37 uur per week te compenseren.

In dit kader kan de aanstelling van aanvullend personeel vanaf die datum slechts betrekking hebben op opvoedend, sociaal, paramedisch personeel, arbeiders of opstellers en, mits in de normen voorzien, speciaal personeel.

Elke aanstelling is onderworpen aan de voorafgaande en expliciete toestemming van de diensten van het College.

Voor de instellingen die na 1 januari 2000 worden erkend, bedraagt deze compenserende aanstelling 7,5 % en wordt zij globaal, voor alle functies, berekend op de toegestane normen.

Art. 2. § 1^{er}. Binnen de grenzen van de beschikbare kredieten kunnen de erkende diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten, per dag en per begunstigde, de aan de onthaalgezinnen te betalen dagprijs vergoed krijgen, evenals een subsidie voor werkingskosten en een subsidie voor personeelskosten.

§ 2. De effectief aan de onthaalgezinnen te betalen dagprijs wordt als volgt per begunstigde vastgesteld :

- 464.567 frank per begunstigde van minder dan drie jaar;
- 495.086 frank per begunstigde van drie tot onder twaalf jaar;
- 528.996 frank per begunstigde van twaalf jaar en ouder.

De toelagen per dag worden verhoogd met :

- 152.595 frank per begunstigde met een ernstig geestelijk handicap, met motorische stoornissen binnen groep B :
- 118.685 frank per begunstigde met een middelmatig geestelijk handicap, met motorische stoornissen binnen groep A of ernstige gezichtsstoornissen;
- 84.775 frank per begunstigde met een licht geestelijk handicap of ernstige gehoor- of spraakstoornissen.

Groep A omvat gehandicapten met motorische stoornissen, dysmelie, polio, misvorming van het skelet en de ledematen.

Groep B omvat gehandicapten met hersenverlamming, multiple sclerose, open rug en myopathie.

Het verzoek om verhoging dient te worden gericht aan de Diensten van het College en moet vergezeld gaan van alle bewijsstukken.

§ 3. De werkingskosten van de dienst geven aanleiding tot forfaitaire toelagen per dag van 128 frank per begunstigde, waaronder met name alle reis- en verblijfkosten van het personeel.

§ 4. De personeelskosten omvatten de vergoedingen, berekend volgens de bepalingen van bijlage 4 van het onderhavige besluit.

Art. 3. De gezondheidszorg in internaten, in tehuizen voor meerderjarige gehandicapten en bij plaatsing in gezinnen kunnen een financiële tussenkomst krijgen van de Franse Gemeenschapscommissie. Het College stelt de modaliteiten voor toekenning van deze tussenkomst vast.

Art. 4. De in artikel 1, §§ 2, 3 en 4 en in artikel 2 van het onderhavige besluit genoemde subsidies worden jaarlijks aangepast aan de schommelingen in de gezondheidsindex, die op 1 januari 1994 werd vastgesteld op 115,65.

De bedragen in artikel 1, § 5 en in bijlage 1 zijn gebonden aan de spilindex van de maand oktober 1997 en worden aangepast overeenkomstig de wet van 2 augustus 1971 houdende inrichting van een stelsel waarbij de wedden, lonen, pensioenen, toelagen en tegemoetkomingen ten laste van de openbare schatkist, sommige sociale uitkeringen, de bezoldigingen waarmee rekening dient gehouden te worden bij de berekening van sommige bijdragen van de sociale zekerheid der arbeiders, alsmede de verplichtingen op sociaal gebied opgelegd aan de zelfstandigen, aan het indexcijfer van de consumptieprijzen wordt gekoppeld.

Art. 5. De financiële bijdrage van de ten laste geplaatste gehandicapten, genoemd in het ministerieel besluit van 27 juni 1986 dat de financiële bijdrage bepaalt van de gehandicapten die ten laste worden geplaatst van het Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg voor gehandicapten in de erkende instellingen gevestigd in het tweetalig gebied Brussel-Hoofdstad die wegens hun organisatie niet moeten worden beschouwd als uitsluitend behorend tot de ene of andere gemeenschap, evenals het bedrag van de bijdrage genoemd in het besluit van de Executieve van 25 juli 1983 dat de tegemoetkoming bepaalt van de gehandicapten die ten laste worden geplaatst van het Fonds voor medische, sociale en pedagogische zorg voor gehandicapten in de inrichtingen van de Franse Gemeenschap, worden afgetrokken van het bedrag van de forfaitaire toelagen per dag, voorzien in artikel 1 van het onderhavige besluit.

Art. 6. § 1. De subsidies worden vooruit vereffend, aan de hand van maandelijksse voorschotten.

De bewijsstukken betreffende de werkingskosten, de personeelskosten en de vervoerkosten van de gehandicapten moeten ten laatste op 30 april van het volgende jaar worden overhandigd.

Zonder af te doen aan de in dit kader voorziene personeelsnormen en los van eventuele noodgevallen, wordt als bewijsstuk van de subsidie voor personeelskosten, op basis van naar behoren opgestelde facturen, toegestaan de betaling van de verrichtingen van personen en dienstenondernemingen voor :

1° boekhoudkundige (bedrijfsrevisor, extern accountant) of administratieve (sociaal secretariaat) of technische taken, of met ingang van 1 januari 1999 de speciale taken (uitgevoerd door het speciale personeel voorzien in bijlage 2) die nodig zijn voor de naleving van de erkenningsvoorwaarden;

2° diensten voor de bereiding van maaltijden en wasserij, op voorwaarde dat deze geen baanverlies opleveren;

3° vervoerdiensten;

4° uitgaven in verband met de bijscholing van het voltallige personeel of groepen werknemers, zoals vereist is voor de goede werking van de inrichting.

De inrichting kan arbeiders aannemen voor de uren die in het kader van de normen zijn voorbehouden aan contracten met een dienstenonderneming, overeenkomstig de voorgaande alinea.

Deze maatregel valt niet onder de bepalingen van artikel 1, § 5, 4° van het onderhavige besluit.

Wordt toegestaan als bewijsstuk voor de subsidie voor personeelskosten, op basis van naar behoren opgestelde facturen en voor maximaal 1 % van de globale loonmassa, de betaling van uitgaven in verband met de opleiding en begeleiding van het personeel.

Deze opleiding moet passen in een globaal proces van bijscholing van het voltallige personeel van de inrichting en moet worden gerechtvaardigd door het project van de inrichting en de functies van het personeel.

Het gevolgde type opleiding en het aantal uren moeten in het individuele dossier van de werknemer worden genoemd.

§ 2. Na ontvangst en controle van de bewijsstukken wordt het saldo berekend en worden de bedragen betaald of teruggevraagd die het eventuele verschil uitmaken tussen de voorschotten in § 1 en het bedrag van de subsidie, berekend volgens de modaliteiten van artikel 1 tot 6.

Art. 7. Elke inrichting moet haar boekhouding opstellen overeenkomstig de gestandaardiseerde plannen, rekeningen en balansen, gedefinieerd in het besluit van het College van de Franse Gemeenschapscommissie van 16 december 1992 tot vaststelling van de gestandaardiseerde plannen, rekeningen en balansen van de medische, sociale en pedagogische inrichtingen voor gehandicapten, gevestigd in het Brussels Hoofdstedelijk Gewest maar die gebruik hebben gemaakt van hun recht om voor de Franse Gemeenschap te kiezen.

Het boekjaar stemt overeen met het kalenderjaar. De jaarrekeningen en -balansen van elke erkende inrichting, per type erkenning, dienen ten laatste op 31 mei van het jaar volgend op het betrokken boekjaar, met de verslagen van hetzij de bedrijfsrevisoren, hetzij de naar behoren gemandateerde accountants, aan het College te worden overhandigd.

Art. 8. De bevoegde diensten van het College hebben ten taak jaarlijks de naleving van de normen van erkenning, werking en personeel te controleren, al naargelang de vereiste kwalificaties overeenkomstig bijlage 5 van het onderhavige besluit. Zij vergewissen zich van de naleving van de regels inzake toekenning en gebruik van de subsidies van de Franse Gemeenschapscommissie en controleren de rekeningen en boeken.

Iedere belemmering van de uitvoering van de taken van deze diensten kan tot de intrekking van de erkenning door het College leiden.

Art. 9. Ingeval van wijziging van de voorwaarden waarop de inrichting erkend werd, kan het College deze erkenning - op verzoek van de betrokken inrichting of automatisch, na een verslag van de bevoegde diensten van het College - herzien. Van toepassing is de erkenningsprocedure voorzien in het koninklijk besluit van 23 december 1970 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van de inrichtingen,

tehuizen en diensten voor plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten, in het koninklijk besluit van 2 juli 1973 tot vaststelling van de voorwaarden voor de erkenning van de dagcentra voor niet-werkende meerderjarige gehandicapten of in het besluit van 9 februari 1987 van de Executieve van de Franse Gemeenschap.

Art. 10. De subsidies die worden toegekend door andere overheden of door organisaties die door deze overheden worden gesubsidieerd, worden afgetrokken van de jaarlijkse subsidie, indien deze subsidies worden toegekend voor uitgaven die reeds worden gedekt door de overeenkomstig het onderhavige besluit toegekende subsidie.

Art. 11. De diensten van het College gaan automatisch over tot de rectificatie en recuperatie van dat deel van de jaarlijkse subsidie dat werd toegekend op basis van onjuiste of niet gerechtvaardigde verklaringen van de erkende inrichtingen.

Art. 12. De verschillende toegekende subsidies, te weten :

- werkingssubsidie;
- forfaitaire toelagen per dag;
- subsidie voor de kosten van het gemeenschappelijke vervoer van de gehandicapten;
- subsidie voor personeelskosten;
- kunnen niet worden gebruikt voor andere lasten dan die waarvoor ze zijn bestemd.

Art. 13. In dagcentra en semi-internaten kan worden toegestaan dat de erkende capaciteit met 10 % wordt overschreden.

Art. 14. Het besluit van het College van de Franse Gemeenschapscommissie van 22 december 1994 tot vaststelling van de subsidiewijze ten behoeve van de medische, sociale en pedagogische inrichtingen voor gehandicapten, zoals gewijzigd door de besluiten van het College van 14 mei 1995, 10 september 1996 en 22 januari 1998, wordt herroepen.

Art. 15. Niettegenstaande de bepalingen van artikel 6, § 1, lid 1, is het onderhavige besluit van kracht tot 1 januari 1999, met uitzondering van de bepalingen voorzien in artikel 1, § 5, 2°, alinea 5 en 4°, die op 1 januari 2000 in werking treden.

Art. 16. Het bevoegde Collegelid voor Gehandicaptenbeleid wordt belast met de uitvoering van het onderhavige besluit.

Opgemaakt te Brussel, op 9 december 1999.

Door het College :
Eric TOMAS,
Voorzitter van het College.

Eric ANDRE,
Collegelid voor Gehandicaptenbeleid.

BIJLAGE

Bijlage 1 bij het Besluit van het College van de Franse Gemeenschapscommissie tot vaststelling van de wijze van subsidiëring van de dagcentra en de onthaalcentra voor gehandicapten
Schaal van de bezoldigingen en salarissen die vanaf 1 januari 1999 voor subsidies in aanmerking komen

ALGEMENE NORMEN

Indexatie-index	Datum van inwerking-treding	Minimaal gegarandeerd brutosalaris op 21-jarige leeftijd							
		Maandvergoeding			Uurvergoeding		Supplement 50 %		
					38 u	37 u	38 u	37 u	
119,51	01.10.1997		49 636		301,43	309,58	150,72	154,80	
121,90									
124,34									

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van 9 december 1999.

Door het College van de Franse Gemeenschapscommissie :
E. TOMAS,
Voorzitter van het College.

E. ANDRE,
Collegelid voor Gehandicaptenbeleid

BAREMA Nr. 1

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	488628	48865	295,53	147,77	303,52	151,76
1	493140	49114	298,26	149,13	306,32	153,16
2	497652	49563	300,99	150,50	309,13	154,56
3	502164	50013	303,72	151,66	311,93	155,96
4	502164	50013	303,72	151,86	311,93	155,96
5	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
6	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
7	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
8	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
9	509133	50707	307,94	153,97	314,26	158,13
10	509133	50707	307,84	153,97	318,26	158,13
11	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
12	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
13	513779	51169	310,75	155,37	319,14	159,57
14	513779	51169	310,75	155,37	319,14	159,57
15	516102	51401	312,15	156,08	320,59	160,29
16	516102	51401	312,15	156,08	320,59	160,29
17	518425	51632	313,56	156,78	322,03	161,02
18	518425	51632	313,56	155,78	322,03	161,02
19	520748	51864	314,96	157,48	323,47	161,74
20	520748	51864	314,96	157,48	323,47	151,74
21	523071	52095	316,37	158,18	324,92	162,46
22	523071	52095	316,37	158,18	324,92	162,46
23	525394	52326	317,77	158,89	326,36	163,18
24	525394	52326	317,77	158,89	326,36	163,18
25	530382	52823	320,79	160,39	329,46	164,73
26	530382	52823	320,79	160,39	329,46	164,73
27	535370	53320	323,80	161,90	332,56	166,28

BAREMA Nr. 2

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	488628	48665	295,53	147,77	303,52	151,76
1	493140	49114	298,26	149,13	306,32	153,16
2	497652	49563	300,99	150,50	309,13	154,56
3	502164	50013	303,72	151,86	311,93	155,96
4	502164	50013	303,72	151,86	311,93	155,96
5	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
6	504487	50244	305,13	152,56	313,37	156,69
7	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
8	506810	50475	306,53	153,27	314,82	157,41
9	509133	50707	307,94	153,97	316,26	158,13
10	509133	50707	307,94	153,97	316,26	158,13
11	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
12	511456	50938	309,34	154,67	317,70	158,85
13	513779	51169	310,75	155,37	318,14	159,57
14	513779	51169	310,75	155,37	319,14	159,57
15	519313	51721	314,09	157,05	322,58	161,29
16	519313	51721	314,09	157,05	322,58	161,29
17	525474	52334	317,82	158,91	326,41	163,20
18	525474	52334	317,82	158,91	328,41	163,20
19	531635	52948	321,55	160,77	330,24	165,12
20	531635	52948	321,55	160,77	330,24	165,12
21	537796	53561	325,27	162,64	334,06	167,03
22	537796	53561	325,27	162,64	334,06	167,03
23	543957	54175	329,00	164,50	337,89	168,95
24	543957	54175	329,00	164,50	337,89	168,95
25	550118	54789	332,72	166,36	341,72	170,86
26	550118	54789	332,72	166,36	341,72	170,86
27	556279	55402	336,45	168,23	345,54	172,77

BAREMA Nr. 3

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	492791	49079	298,05	149,03	306,11	153,05
1	499270	49724	301,97	150,99	310,13	155,07
2	505749	50370	305,89	152,94	314,16	157,08
3	512228	51015	309,81	154,90	318,18	159,09
4	512228	51015	309,81	154,90	318,18	159,09
5	516805	51471	312,58	156,29	321,02	160,51
6	516805	51471	312,58	156,29	321,02	160,51
7	521382	51927	315,34	157,67	323,87	161,93
8	521382	51927	315,34	157,67	323,87	161,93
9	527543	52540	319,07	159,54	327,69	163,85
10	527543	52540	319,07	159,54	327,69	163,85
11	533704	53154	322,80	161,40	331,52	165,76
12	533704	53154	322,80	161,40	331,52	165,76
13	539865	53768	326,52	163,26	335,35	167,67
14	539865	53768	326,52	163,26	335,35	167,67
15	546026	54381	330,25	165,12	339,18	169,59
16	546026	54381	330,25	165,12	339,18	169,59
17	552187	54995	333,98	186,99	343,00	171,50
18	552187	54995	333,98	166,99	343,00	171,50
19	558348	55608	337,70	168,85	346,83	173,41
20	558348	55608	337,70	168,85	346,83	173,41
21	564509	56222	341,43	170,71	350,66	175,33
22	564509	56222	341,43	170,71	350,66	175,33
23	570670	56836	345,15	172,58	354,48	177,24
24	570670	56836	345,15	172,58	354,48	177,24
25	576831	57449	348,88	174,44	358,31	179,16
26	576831	57449	348,88	174,44	358,31	179,16
27	582992	58063	352,61	176,30	362,14	181,07

BAREMA Nr. 4

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	504990	50294	305,43	152,72	313,69	156,84
1	510585	50851	308,81	154,41	317,16	158,58
2	516180	51409	312,20	156,10	320,64	160,32
3	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
4	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
5	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
6	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
7	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
8	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
9	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
10	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
11	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
12	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
13	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
14	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
15	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
16	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
17	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
18	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
19	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
20	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
21	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
22	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
23	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
24	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
25	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
26	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
27	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
28	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
29	658078	65541	398,02	199,01	408,78	204,39

BAREMA Nr. 5

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	504990	50294	305,43	152,72	313,69	156,84
1	510585	50851	308,81	154,41	317,16	158,58
2	516180	51409	312,20	158,10	320,64	160,32
3	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
4	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
5	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
6	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
7	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
8	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
9	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
10	545100	54289	329,69	164,84	338,60	169,30
11	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
12	552875	55063	334,39	167,20	343,43	171,71
13	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
14	560650	55838	339,09	169,55	348,26	174,13
15	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
16	571305	56899	345,54	172,77	354,88	177,44
17	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
18	581960	57960	351,98	175,99	361,50	180,75
19	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
20	592615	59021	358,43	179,21	368,12	184,06
21	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
22	603270	60082	364,87	182,44	374,73	187,37
23	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
24	613925	61143	371,32	185,66	381,35	190,68
25	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
26	624580	62205	377,76	188,88	387,97	193,99
27	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
28	641329	63873	387,89	193,95	398,37	199,19
29	658078	65541	398,02	199,01	408,78	204,39

BAREMA Nr. 6

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	504990	50294	305,43	152,72	313,69	156,84
1	510585	50851	308,81	154,41	317,16	158,58
2	516180	51409	312,20	156,10	320,64	160,32
3	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
4	521775	51966	315,58	157,79	324,11	162,06
5	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
6	529550	52740	320,28	160,14	328,94	164,47
7	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
8	537325	53515	324,99	162,49	333,77	166,89
9	547379	54516	331,07	165,53	340,02	170,01
10	547379	54516	331,07	165,53	340,02	170,01
11	558803	55654	337,98	168,99	347,11	173,56
12	558803	55854	337,98	168,99	347,11	173,56
13	570227	58791	344,89	172,44	354,21	177,10
14	570227	56791	344,89	172,44	354,21	177,10
15	584444	58207	353,49	176,74	363,04	181,52
16	584444	58207	353,49	178,74	363,04	181,52
17	598661	59623	362,08	181,04	371,87	185,94
18	598661	59623	362,08	181,04	371,87	185,94
19	612878	61039	370,68	185,34	380,70	190,35
20	612878	61039	370,68	185,34	380,70	190,35
21	627095	62455	379,28	189,64	389,53	194,77
22	627095	62455	379,28	189,64	389,53	194,77
23	641312	63871	387,88	193,94	398,36	199,18
24	641312	63871	387,88	193,94	398,36	199,18
25	655529	65287	396,48	198,24	407,20	203,60
26	655529	65287	396,48	198,24	407,20	203,60
27	669746	66703	405,08	202,54	416,03	208,01
28	669746	66703	405,08	202,54	416,03	208,01
29	683963	68119	413,68	206,84	424,86	212,43

BAREMA Nr. 7

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	508573	50651	307,60	153,80	315,91	157,96
1	515052	51296	311,52	155,76	319,94	159,97
2	521531	51942	315,43	157,72	323,96	161,98
3	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
4	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
5	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
6	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
7	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
8	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
9	548493	54428	330,53	185,27	339,47	169,73
10	546493	54428	330,53	165,27	339,47	169,73
11	552653	55041	334,26	167,13	343,29	171,65
12	552653	55041	334,26	167,13	343,29	171,65
13	558814	55655	337,98	168,99	347,12	173,56
14	558814	55655	337,98	188,99	347,12	173,56
15	584975	56268	341,71	170,86	350,95	175,47
16	584975	56268	341,71	170,86	350,95	175,47
17	571136	56882	345,44	172,72	354,77	177,39
18	571136	56882	345,44	172,72	354,77	177,39
19	578137	57579	349,67	174,84	359,12	179,56
20	578137	57579	349,67	174,84	359,12	179,56
21	585138	58276	353,91	176,95	363,47	181,74
22	585138	58276	353,91	176,95	363,47	181,74
23	592140	58974	358,14	179,07	367,82	183,91
24	592140	58974	358,14	179,07	367,82	183,91
25	599141	59671	362,37	181,19	372,17	186,08
26	599141	59671	362,37	181,19	372,17	186,08
27	606142	60368	366,61	183,30	376,52	188,26

BAREMA Nr. 8

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	508573	50651	307,60	153,80	315,91	157,96
1	515052	51296	311,52	155,76	319,94	159,97
2	521531	51942	315,43	157,72	323,96	161,98
3	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
4	528010	52587	319,35	159,68	327,98	163,99
5	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
6	534171	53200	323,08	161,54	331,81	165,91
7	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
8	540332	53814	326,81	163,40	335,64	167,82
9	591356	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
10	596699	59428	360,90	180,45	370,65	185,33
11	602042	59960	364,13	182,06	373,97	186,99
12	609166	60670	368,44	184,22	378,40	189,20
13	616290	61379	372,75	186,37	382,82	191,41
14	623414	62089	377,06	188,53	387,25	193,62
15	630538	62798	381,36	190,68	391,67	195,84
16	637662	63508	385,67	192,84	396,10	198,05
17	644786	64217	389,98	194,99	400,52	200,26
18	651910	64927	394,29	197,15	404,95	202,47
19	659034	65636	398,60	199,30	409,37	204,69
20	666158	66346	402,91	201,45	413,80	206,90
21	673282	67055	407,22	203,61	418,22	209,11
22	680406	67765	411,53	205,76	422,65	211,32
23	687530	68474	415,83	207,92	427,07	213,54
24	694654	69184	420,14	210,07	431,50	215,75
25	701778	69893	424,45	212,23	435,92	217,96
26	708902	70603	428,76	214,38	440,35	220,17
27	716026	71312	433,07	216,53	444,77	222,39
28	723150	72022	437,38	218,69	449,20	224,60
29	730274	72731	441,69	220,84	453,62	226,81

BAREMA Nr. 9

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	513754	51167	310,73	155,37	319,13	159,56
1	524442	52231	317,20	158,60	325,77	162,88
2	535131	53296	323,66	161,83	332,41	166,20
3	545819	54361	330,12	165,06	339,05	169,52
4	545819	54361	330,12	165,06	339,05	169,52
5	556122	55387	336,36	168,18	345,45	172,72
6	556122	55387	336,36	168,18	345,45	172,72
7	566425	56413	342,59	171,29	351,85	175,92
8	566425	56413	342,59	171,29	351,85	175,92
9	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
10	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
11	616291	61379	372,75	186,37	382,82	191,41
12	616291	61379	372,75	186,37	382,82	191,41
13	641224	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
14	641224	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
15	666157	66345	402,91	201,45	413,80	206,90
16	666157	66345	402,91	201,45	413,80	206,90
17	691090	68829	417,99	208,99	429,28	214,64
18	691090	68829	417,99	208,99	429,28	214,64
19	716023	71312	433,07	216,53	444,77	222,39
20	716023	71312	433,07	216,53	444,77	222,39
21	740956	73795	448,15	224,07	460,26	230,13
22	740956	73795	448,15	224,07	460,26	230,13
23	765889	76278	463,23	231,61	475,75	237,87
24	765889	76278	463,23	231,61	475,75	237,87
25	790822	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
26	790822	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
27	815755	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
28	815755	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
29	840688	83728	508,47	254,23	522,21	261,11

BAREMA Nr. 10

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	524601	52247	317,29	158,65	325,87	162,93
1	531080	52893	321,21	160,61	329,89	164,95
2	537559	53538	325,13	162,56	333,92	166,96
3	544038	54183	329,05	164,52	337,94	168,97
4	544038	54183	329,05	164,52	337,94	168,97
5	550199	54797	332,77	166,39	341,77	170,88
6	550199	54797	332,77	166,39	341,77	170,88
7	556360	55410	336,50	168,25	345,59	172,80
8	556360	55410	336,50	168,25	345,59	172,80
9	562521	56024	340,23	170,11	349,42	174,71
10	562521	56024	340,23	170,11	349,42	174,71
11	568682	56637	343,95	171,98	353,25	176,62
12	568682	56637	343,95	171,98	353,25	176,62
13	574842	57251	374,68	173,84	357,08	178,54
14	574842	57251	347,68	173,84	357,08	178,54
15	581003	57865	351,40	175,70	360,90	180,45
16	581003	57865	351,40	175,70	360,90	180,45
17	587164	58478	355,13	177,57	364,73	182,36
18	587164	58478	355,13	177,57	364,73	182,36
19	594166	59176	359,37	179,68	369,08	184,54
20	594166	59176	359,37	179,68	369,08	184,54
21	601167	59873	363,60	181,80	373,43	186,71
22	601167	59873	363,60	181,80	373,43	186,71
23	608168	60570	367,83	183,92	377,78	188,89
24	608168	60570	367,83	183,92	377,78	188,89
25	615169	61267	372,07	186,03	382,13	191,06
26	615169	61267	372,07	186,03	382,13	191,06
27	622170	61965	376,30	188,15	386,47	193,24

BAREMA Nr. 11

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	520115	51801	314,58	157,29	323,08	161,54
1	530803	52865	321,04	160,52	329,72	164,86
2	541490	53929	327,51	163,75	336,36	168,18
3	552178	54994	333,97	166,99	343,00	171,50
4	552178	54994	333,97	166,99	343,00	171,50
5	562866	56058	340,43	170,22	349,64	174,82
6	562866	56058	340,43	170,22	349,64	174,82
7	577112	57477	349,05	174,53	358,49	179,24
8	577112	57477	349,05	174,53	358,49	179,24
9	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
10	591358	58896	357,67	178,83	367,33	183,67
11	605605	60315	366,28	183,14	376,18	188,09
12	605605	60315	366,28	183,14	376,18	188,09
13	619851	61734	374,90	187,45	385,03	192,52
14	619851	61734	374,90	187,45	385,03	192,52
15	634097	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
16	634097	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
17	648344	64571	392,13	196,07	402,73	201,37
18	648344	64571	392,13	196,07	402,73	201,37
19	662590	65990	400,75	200,38	411,58	205,79
20	662590	65990	400,75	200,38	411,58	205,79
21	676836	67409	409,37	204,68	420,43	210,22
22	676836	67409	409,37	204,68	420,43	210,22
23	691083	68828	417,98	208,99	429,28	214,64
24	691083	68828	417,98	208,99	429,28	214,64
25	705329	70247	426,60	213,30	438,13	219,06
26	705329	70247	426,60	213,30	438,13	219,06
27	719575	71666	435,22	217,61	446,98	223,49
28	719575	71666	435,22	217,61	446,98	223,49
29	733822	73085	443,83	221,92	455,83	227,91

BAREMA Nr. 12

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	531562	52941	321,50	160,75	330,19	165,10
1	542250	54005	327,97	163,98	336,83	168,42
2	552939	55070	334,43	167,22	343,47	171,73
3	563628	56134	340,90	170,45	350,11	175,05
4	563628	56134	340,90	170,45	350,11	175,05
5	573931	57160	347,13	173,56	356,51	178,25
6	573931	57160	347,13	173,56	356,51	178,25
7	584234	58186	353,36	176,68	362,91	181,45
8	584234	58186	353,36	176,68	362,91	181,45
9	609166	60670	368,44	184,22	378,40	189,20
10	609166	60670	368,44	184,22	378,40	189,20
11	634099	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
12	634099	63153	383,52	191,76	393,88	196,94
13	659032	65636	398,60	199,30	409,37	204,69
14	659032	65636	398,60	199,30	409,37	204,69
15	683965	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
16	683965	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
17	708898	70602	428,76	214,38	440,35	220,17
18	708898	70602	428,76	214,38	440,35	220,17
19	733831	73085	443,84	221,92	455,83	227,92
20	733831	73085	443,84	221,92	455,83	227,92
21	758765	75569	458,92	229,46	471,32	235,66
22	758765	75569	458,92	229,46	471,32	235,66
23	783698	78052	474,00	237,00	486,81	243,41
24	783698	78052	474,00	237,00	486,81	243,41
25	808631	80535	489,08	244,54	502,30	251,15
26	808631	80535	489,08	244,54	502,30	251,15
27	833563	83018	504,16	252,08	517,79	258,89
28	833563	83018	504,16	252,08	517,79	258,89
29	858496	85501	519,24	259,62	533,27	266,64

BAREMA Nr. 13

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	541487	53929	327,50	163,75	336,36	168,18
1	550392	54816	332,89	166,45	341,89	170,94
2	559297	55703	338,28	169,14	347,42	173,71
3	568201	56590	343,66	171,83	352,95	176,48
4	568201	56590	343,66	171,83	352,95	176,48
5	578889	57654	350,13	175,06	359,59	179,79
6	578889	57654	350,13	175,06	359,59	179,79
7	589576	58718	356,59	178,29	366,23	183,11
8	589576	58718	356,59	178,29	366,23	183,11
9	600264	59783	363,05	181,53	372,87	186,43
10	600264	59783	363,05	181,53	372,87	186,43
11	610951	60847	369,52	184,76	379,51	189,75
12	610951	60847	369,52	184,76	379,51	189,75
13	625198	62266	378,13	189,07	388,35	194,18
14	625198	62266	378,13	189,07	388,35	194,18
15	639444	63685	386,75	193,38	397,20	198,60
16	639444	63685	386,75	193,38	397,20	198,60
17	653690	65104	395,37	197,68	406,05	203,03
18	653690	65104	395,37	197,68	406,05	203,03
19	667937	66523	403,98	201,99	414,90	207,45
20	667937	66523	403,98	201,99	414,90	207,45
21	682183	67942	412,60	206,30	423,75	211,88
22	682183	67942	412,60	206,30	423,75	211,88
23	696429	69360	421,22	210,61	432,60	216,30
24	696429	69360	421,22	210,61	432,60	216,30
25	710676	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
26	710676	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
27	724922	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
28	724922	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
29	749855	74681	453,53	226,77	465,79	232,89

BAREMA Nr. 14

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	573543	57122	346,89	173,45	356,27	178,13
1	584232	58186	353,36	176,68	362,91	181,45
2	594920	59251	359,82	179,91	369,55	184,77
3	605609	60315	366,29	183,14	376,19	188,09
4	605609	60315	366,29	183,14	376,19	188,09
5	616297	61380	372,75	186,38	382,83	191,41
6	616297	61380	372,75	186,38	382,83	191,41
7	630544	62799	381,37	190,68	391,68	195,84
8	630544	62799	381,37	190,68	391,68	195,84
9	722541	71961	437,01	218,51	448,82	224,41
10	722541	71961	437,01	218,51	448,82	224,41
11	743914	74090	449,94	224,97	462,10	231,05
12	743914	74090	449,94	224,97	462,10	231,05
13	765282	76218	462,86	231,43	475,37	237,69
14	765282	76218	462,86	231,43	475,37	237,69
15	786654	78346	475,79	237,89	488,65	244,32
16	786654	78346	475,79	237,89	488,65	244,32
17	808026	80475	488,71	244,36	501,92	250,96
18	808026	80475	488,71	244,36	501,92	250,96
19	829398	82603	501,64	250,82	515,20	257,60
20	829398	82603	501,64	250,82	515,20	257,60
21	850770	84732	514,57	257,28	528,47	264,24
22	850770	84732	514,57	257,28	528,47	264,24
23	872142	86860	527,49	263,75	541,75	270,87
24	872142	86860	527,49	263,75	541,75	270,87
25	893514	88989	540,42	270,21	555,02	277,51
26	893514	88989	540,42	270,21	555,02	277,51
27	914886	91117	553,34	276,67	568,30	284,15
28	914886	91117	553,34	276,67	568,30	284,15
29	936258	93246	566,27	283,14	581,58	290,79

BAREMA Nr. 15

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	591351	58895	357,66	178,83	367,33	183,67
1	602040	59960	364,13	182,06	373,97	186,98
2	612728	61024	370,59	185,30	380,61	190,30
3	623417	62089	377,06	188,53	387,25	193,62
4	623417	62089	377,06	188,53	387,25	193,62
5	634105	63153	383,52	191,76	393,89	196,94
6	634105	63153	383,52	191,76	393,89	196,94
7	648352	64572	392,14	196,07	402,74	201,37
8	648352	64572	392,14	196,07	402,74	201,37
9	676844	67410	409,37	204,69	420,44	210,22
10	676844	67410	409,37	204,69	420,44	210,22
11	705337	70248	426,60	213,30	438,13	219,07
12	705337	70248	426,60	213,30	438,13	219,07
13	730270	72731	441,68	220,84	453,62	226,81
14	730270	72731	441,68	220,84	453,62	226,81
15	755203	75214	456,76	228,38	469,11	234,56
16	755203	75214	456,76	228,38	469,11	234,56
17	780135	77697	471,84	235,92	484,60	242,30
18	780135	77697	471,84	235,92	484,60	242,30
19	805068	80180	486,92	243,46	500,08	250,04
20	805068	80180	486,92	243,46	500,08	250,04
21	830001	82663	502,00	251,00	515,57	257,79
22	830001	82663	502,00	251,00	515,57	257,79
23	854933	85147	517,08	258,54	531,06	265,53
24	854933	85147	517,08	258,54	531,06	265,53
25	879866	87630	532,16	266,08	546,55	273,27
26	879866	87630	532,16	266,08	546,55	273,27
27	904799	90113	547,24	273,62	562,03	281,02
28	904799	90113	547,24	273,62	562,03	281,02
29	929732	92596	562,32	281,16	577,52	288,76

BAREMA Nr. 16

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	621032	61851	375,62	187,81	385,77	192,88
1	633497	63093	383,15	191,58	393,51	196,75
2	645961	64334	390,69	195,35	401,25	200,63
3	658425	65575	398,23	199,12	408,99	204,50
4	658425	65575	398,23	199,12	408,99	204,50
5	679797	67704	411,16	205,58	422,27	211,14
6	679797	67704	411,16	205,58	422,27	211,14
7	701169	69833	424,08	212,04	435,55	217,77
8	701169	69833	424,08	212,04	435,55	217,77
9	804462	80120	486,56	243,28	499,71	249,85
10	804462	80120	486,56	243,28	499,71	249,85
11	825834	82248	499,48	249,74	512,98	256,49
12	825834	82248	499,48	249,74	512,98	256,49
13	847206	84377	512,41	256,21	526,26	263,13
14	847206	84377	512,41	256,21	526,26	263,13
15	868578	86505	525,34	262,67	539,54	269,77
16	868578	86505	525,34	262,67	539,54	269,77
17	889950	88634	538,26	269,13	552,81	276,41
18	963561	95965	582,79	291,39	598,54	299,27
19	984933	98094	595,71	297,86	611,81	305,91
20	984933	98094	595,71	297,86	611,81	305,91
21	1006305	100222	608,64	304,32	625,09	312,54
22	1006305	100222	608,64	304,32	625,09	312,54
23	1027678	102351	621,56	310,78	638,36	319,18
24	1027678	102351	621,56	310,78	638,36	319,18
25	1049050	104479	634,49	317,25	651,64	325,82
26	1049050	104479	634,49	317,25	651,64	325,82
27	1070422	106608	647,42	323,71	664,91	332,46

BAREMA Nr. 17

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	676835	67409	409,37	204,68	420,43	210,22
1	687524	68474	415,83	207,92	427,07	213,53
2	698212	69538	422,30	211,15	433,71	216,85
3	708901	70603	428,76	214,38	440,35	220,17
4	708901	70603	428,76	214,38	440,35	220,17
5	719590	71667	435,23	217,61	446,99	223,49
6	719590	71667	435,23	217,61	446,99	223,49
7	733836	73086	443,84	221,92	455,84	227,92
8	733836	73086	443,84	221,92	455,84	227,92
9	762329	75924	461,07	230,54	473,54	236,77
10	762329	75924	461,07	230,54	473,54	236,77
11	790821	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
12	790821	78761	478,31	239,15	491,24	245,62
13	815754	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
14	815754	81245	493,39	246,69	506,72	253,36
15	840687	83728	508,47	254,23	522,21	261,11
16	840687	83728	508,47	254,23	522,21	261,11
17	865620	86211	523,55	261,77	537,70	268,85
18	865620	86211	523,55	261,77	537,70	268,85
19	890553	88694	538,63	269,31	553,19	276,59
20	890553	88694	538,63	269,31	553,19	276,59
21	915486	91177	553,71	276,85	568,67	284,34
22	915486	91177	553,71	276,85	568,67	284,34
23	940419	93660	568,79	284,39	584,16	292,08
24	940419	93660	568,79	284,39	584,16	292,08
25	965351	96144	583,87	291,93	599,65	299,82
26	965351	96144	583,87	291,93	599,65	299,82
27	990284	98627	598,95	299,47	615,14	307,57
28	990284	98627	598,95	299,47	615,14	307,57
29	1015217	101110	614,03	307,01	630,62	315,31

BAREMA Nr. 18

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	707109	70424	427,68	213,84	439,24	219,62
1	717797	71489	434,14	217,07	445,87	222,94
2	728486	72553	440,61	220,30	452,51	226,26
3	739175	73618	447,07	223,54	459,15	229,58
4	739175	73618	447,07	223,54	459,15	229,58
5	749863	74682	453,54	226,77	465,79	232,90
6	749863	74682	453,54	226,77	465,79	232,90
7	764111	76101	462,15	231,08	474,64	237,32
8	764111	76101	462,15	231,08	474,64	237,32
9	792603	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
10	792603	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
11	821096	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
12	821096	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
13	846029	84260	511,70	255,85	525,53	262,76
14	846029	84260	511,70	255,85	525,53	262,76
15	870962	86743	526,78	263,39	541,02	270,51
16	870962	86743	526,78	263,39	541,02	270,51
17	895895	89226	541,86	270,93	556,50	278,25
18	895895	89226	541,86	270,93	556,50	278,25
19	920827	91709	556,94	278,47	571,99	286,00
20	920827	91709	556,94	278,47	571,99	286,00
21	945760	94192	572,02	286,01	587,48	293,74
22	945760	94192	572,02	286,01	587,48	293,74
23	970693	96676	587,10	293,55	602,97	301,48
24	970693	96676	587,10	293,55	602,97	301,48
25	995626	99159	602,18	301,09	618,45	309,23
26	995626	99159	602,18	301,09	618,45	309,23
27	1020559	101642	617,26	308,63	633,94	316,97
28	1020559	101642	617,26	308,63	633,94	316,97
29	1045492	104125	632,34	316,17	649,43	324,71
30	1045492	104125	632,34	316,17	649,43	324,71
31	1070425	106608	647,42	323,71	664,92	332,46

BAREMA Nr. 19

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	735605	73262	444,91	222,46	456,94	228,47
1	746293	74327	451,38	225,69	463,58	231,79
2	756982	75391	457,84	228,92	470,22	235,11
3	767670	76456	464,31	232,15	476,85	238,43
4	767670	76456	464,31	232,15	476,85	238,43
5	778359	77520	470,77	235,39	483,49	241,75
6	778359	77520	470,77	235,39	483,49	241,75
7	792605	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
8	792605	78939	479,39	239,69	492,34	246,17
9	821098	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
10	821098	81777	496,62	248,31	510,04	255,02
11	849591	84614	513,85	256,93	527,74	263,87
12	849591	84614	513,85	256,93	527,74	263,87
13	874524	87098	528,93	264,47	543,23	271,61
14	874524	87098	528,93	264,47	543,23	271,61
15	899456	89581	544,01	272,01	558,72	279,36
16	899456	89581	544,01	272,01	558,72	279,36
17	924389	92064	559,09	279,55	574,20	287,10
18	924389	92064	559,09	279,55	574,20	287,10
19	949322	94547	574,17	287,09	589,69	294,85
20	949322	94547	574,17	287,09	589,69	294,85
21	974255	97030	589,25	294,63	605,18	302,59
22	974255	97030	589,25	294,63	605,18	302,59
23	999188	99513	604,33	302,17	620,67	310,33
24	999188	99513	604,33	302,17	620,67	310,33
25	1024121	101997	619,41	309,71	636,15	318,08
26	1024121	101997	619,41	309,71	636,15	318,08
27	1049054	104480	634,49	317,25	651,64	325,82
28	1049054	104480	634,49	317,25	651,64	325,82
29	1073987	106963	649,57	324,79	667,13	333,56
30	1073987	106963	649,57	324,79	667,13	333,56
31	1098919	109446	664,65	332,33	682,62	341,31

BAREMA Nr. 20

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	779236	77608	471,30	235,65	484,04	242,02
1	797047	79381	482,07	241,04	495,10	247,55
2	814858	81155	492,85	246,42	506,17	253,08
3	832669	82929	503,62	251,81	517,23	258,61
4	832669	82929	503,62	251,81	517,23	258,61
5	857159	85368	518,43	259,22	532,44	266,22
6	857159	85368	518,43	259,22	532,44	266,22
7	883427	87984	534,32	267,16	548,76	274,38
8	883427	87984	534,32	267,16	548,76	274,38
9	916819	91310	554,51	277,26	569,50	284,75
10	916819	91310	554,51	277,26	569,50	284,75
11	950211	94636	574,71	287,36	590,24	295,12
12	950211	94636	574,71	287,36	590,24	295,12
13	981823	97784	593,83	296,92	609,88	304,94
14	981823	97784	593,83	296,92	609,88	304,94
15	1013435	100932	612,95	306,47	629,52	314,76
16	1013435	100932	612,95	306,47	629,52	314,76
17	1045047	104081	632,07	316,03	649,15	324,58
18	1045047	104081	632,07	316,03	649,15	324,58
19	1076659	107229	651,19	325,59	668,79	334,39
20	1076659	107229	651,19	325,59	668,79	334,39
21	1108271	110378	670,31	335,15	688,43	344,21
22	1108271	110378	670,31	335,15	688,43	344,21
23	1139883	113526	689,43	344,71	708,06	354,03
24	1139883	113526	689,43	344,71	708,06	354,03
25	1155689	115100	698,99	349,49	717,88	358,94
26	1155689	115100	698,99	349,49	717,88	358,94
27	1171495	116674	708,55	354,27	727,70	363,85
28	1171495	116674	708,55	354,27	727,70	363,85
29	1187301	118248	718,11	359,05	737,52	368,76
30	1187301	118248	718,11	359,05	737,52	368,76
31	1203107	119823	727,67	363,83	747,33	373,67

BAREMA Nr. 21

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	822868	81953	497,69	248,85	511,14	255,57
1	847801	84436	512,77	256,39	526,63	263,31
2	872733	86919	527,85	263,93	542,12	271,06
3	897666	89403	542,93	271,47	557,60	278,80
4	897666	89403	542,93	271,47	557,60	278,80
5	935957	93216	566,09	283,04	581,39	290,69
6	935957	93216	566,09	283,04	581,39	290,69
7	974248	97030	589,25	294,62	605,17	302,59
8	974248	97030	589,25	294,62	605,17	302,59
9	1012539	100843	612,41	306,20	628,96	314,48
10	1012539	100843	612,41	306,20	628,96	314,48
11	1050830	104657	635,57	317,78	652,74	326,37
12	1050830	104657	635,57	317,78	652,74	326,37
13	1089120	108470	658,73	329,36	676,53	338,26
14	1089120	108470	658,73	329,36	676,53	338,26
15	1127411	112284	681,89	340,94	700,31	350,16
16	1127411	112284	681,89	340,94	700,31	350,16
17	1165702	116097	705,04	352,52	724,10	362,05
18	1165702	116097	705,04	352,52	724,10	362,05
19	1203993	119911	728,20	364,10	747,89	373,94
20	1203993	119911	728,20	364,10	747,89	373,94
21	1242284	123724	751,36	375,68	771,67	385,84
22	1242284	123724	751,36	375,68	771,67	385,84
23	1280574	127538	774,52	387,26	795,46	397,73

BAREMA Nr. 22

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	1018769	101464	975,61	487,81	632,83	316,41
1	1043702	103947	999,49	499,74	648,32	324,16
2	1068635	106430	1023,37	511,68	663,80	331,90
3	1093568	108913	1047,24	523,62	679,29	339,65
4	1093568	108913	1047,24	523,62	679,29	339,65
5	1137199	113259	1089,03	544,51	706,39	353,20
6	1137199	113259	1089,03	544,51	706,39	353,20
7	1180831	117604	1130,81	565,40	733,50	366,75
8	1180831	117604	1130,81	565,40	733,50	366,75
9	1224462	121950	1172,59	586,30	760,60	380,30
10	1224462	121950	1172,59	586,30	760,60	380,30
11	1268094	126295	1214,37	607,19	787,70	393,85
12	1268094	126295	1214,37	607,19	787,70	393,85
13	1311725	130640	1256,16	628,08	814,81	407,40
14	1311725	130640	1256,16	628,08	814,81	407,40
15	1355357	134986	1297,94	648,97	841,91	420,95
16	1355357	134986	1297,94	648,97	841,91	420,95
17	1398988	139331	1339,72	669,86	869,01	434,51
18	1398988	139331	1339,72	669,86	869,01	434,51
19	1442620	143677	1381,51	690,75	896,11	448,06
20	1442620	143677	1381,51	690,75	896,11	448,06
21	1486251	148022	1423,29	711,65	923,22	461,61
22	1486251	148022	1423,29	711,65	923,22	461,61
23	1529883	152368	1465,07	732,54	950,32	475,16

BAREMA Nr. 23

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	1357138	135163	1299,65	649,82	843,01	421,51
1	1357138	135163	1299,65	649,82	843,01	421,51
2	1410566	140484	1350,81	675,41	876,20	438,10
3	1410566	140484	1350,81	675,41	876,20	438,10
4	1463995	145806	1401,98	700,99	909,39	454,70
5	1463995	145806	1401,98	700,99	909,39	454,70
6	1517423	151127	1453,14	726,57	942,58	471,29
7	1517423	151127	1453,14	726,57	942,58	471,29
8	1570852	156448	1504,31	752,15	975,77	487,88
9	1570852	156448	1504,31	752,15	975,77	487,88
10	1624281	161769	1555,47	777,74	1008,96	504,48
11	1624281	161769	1555,47	777,74	1008,96	504,48
12	1677709	167090	1606,64	803,32	1042,14	521,07
13	1677709	167090	1606,64	803,32	1042,14	521,07
14	1731138	172412	1657,80	828,90	1075,33	537,67
15	1731138	172412	1657,80	828,90	1075,33	537,67
16	1784567	177733	1708,97	854,48	1108,52	554,26
17	1784567	177733	1708,97	854,48	1108,52	554,26
18	1837995	183054	1760,13	880,07	1141,71	570,85
19	1837995	183054	1760,13	880,07	1141,71	570,85
20	1891424	188375	1811,30	905,65	1174,90	587,45
21	1891424	188375	1811,30	905,65	1174,90	587,45
22	1944852	193696	1862,46	931,23	1208,09	604,04

BAREMA Nr. 24

119,51 %

Anciënniteit	Basis	Maandelijks	Uurloon (38 u.)	Sup. (50 %)	Uurloon (37 u.)	Sup. (50 %)
0	541487	53929	327,50	163,75	336,36	168,18
1	552175	54994	333,97	166,98	342,99	171,50
2	562863	56058	340,43	170,22	349,63	174,82
3	573550	57122	346,90	173,45	356,27	178,14
4	573550	57122	346,90	173,45	356,27	178,14
5	584238	58187	353,36	176,68	362,91	181,46
6	584238	58187	353,36	176,68	362,91	181,46
7	598484	59606	361,98	180,99	371,76	185,88
8	598484	59606	361,98	180,99	371,76	185,88
9	612730	61024	370,59	185,30	380,61	190,31
10	612730	61024	370,59	185,30	380,61	190,31
11	626977	62443	379,21	189,61	389,46	194,73
12	626977	62443	379,21	189,61	389,46	194,73
13	641223	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
14	641223	63862	387,83	193,91	398,31	199,15
15	655469	65281	396,44	198,22	407,16	203,58
16	655469	65281	396,44	198,22	407,16	203,58
17	669716	66700	405,06	202,53	416,01	208,00
18	669716	66700	405,06	202,53	416,01	208,00
19	683962	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
20	683962	68119	413,68	206,84	424,86	212,43
21	690196	68740	417,45	208,72	428,73	214,36
22	690196	68740	417,45	208,72	428,73	214,36
23	696431	69361	421,22	210,61	432,60	216,30
24	696431	69361	421,22	210,61	432,60	216,30
25	710677	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
26	710677	70779	429,83	214,92	441,45	220,73
27	724923	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
28	724923	72198	438,45	219,23	450,30	225,15
29	749856	74681	453,53	226,77	465,79	232,89

**Bijlage 2 bij het Besluit van het College van de Franse Gemeenschapscommissie
tot vaststelling van de wijze van subsidiëring van de dagcentra en de onthaalcentra voor gehandicapten**

BEGELEIDINGSNORMEN, VASTGESTELD OVEREENKOMSTIG DE HANDICAPCATEGORIE EN HET STELSEL VAN DE INRICHTING

Normen « home »

Per begunstigde	Bezigheidscentra voor niet-werkende volwassenen gehandicapten	Verpleegtehuizen voor ernstig gehandicapte volwassenen	Tehuizen voor werkende volwassenen gehandicapten
Geneesheer	0,0112	0,0112	0,0042
Licentiaat (3)	0,01 waarvan 0,0033 te reserveren voor een licentiaat	0,01 waarvan 0,0033 te reserveren voor een licentiaat	
Paramedisch personeel	0,0334	0,1332	
Sociaal werker of sociaal verpleegkundige	0,01	0,01	0,0334
Opvoedend en verzorgend personeel	0,5 waarvan 0,1 hoofdopvoeder kan zijn indien + dan 30 % (1) uitbreiden met : 0,1	0,5685 waarvan 0,1 hoofdopvoeder kan zijn indien + dan 30 % (1) uitbreiden met : 0,1332	0,15 indien werkloosheid (2) uitbreiden met : 0,1
Opvoeder-groepschef	0,0334	0,0354	
Speciaal personeel		0,0167	

Opm. (1) : voor de tehuizen die meer dan 30 % van de gemiddelde bevolking tijdens de weekends en vakanties opvangen.

Opm. (2) : tijdens de periode van werkloosheid van de gehandicapten uitbreiding met een extra opvoeder per groep van 15 werklozen.

Opm. (3) : licentiaat psychologie, pedagogiek, kinesitherapie of logopedie en assistent psychologie

Normen « Dagcentrum »

Geneesheer en tandarts	0,01
Licenciaat (*)	0,0067
	waarvan 0,0033 licenciaat
Paramedisch personeel (**)	0,0467
Sociaal werker	0,0167
Opvoedend en verzorgend (**) personeel	0,15
Hoofdopvoeder	0,0334
Opvoeder-groepschef	0,0167

(*) Licenciaat in psychologie, pedagogiek, kinesitherapie, logopedie en assistent psychologie.

(**) Voor de dagcentra die personen opvangen die verpleging nodig hebben, luiden de normen vanaf 1 januari 1999 :

voor het paramedisch personeel	0,1
voor het opvoedend en verzorgend personeel	0,2
voor het speciaal personeel (copiist, knutselaar in apparatuur, technicus elektronica, informatica, laboratoriumassistent)	0,0067

Normen voor administratief personeel en arbeiders in « Internaten - Tehuizen »

Leidinggevend personeel :	
6 tot 29 bedden :	1 directeur
vanaf 30 bedden :	1 directeur
per schijf van 90 bedden :	1 onderdirecteur
Administratief personeel :	
vanaf 60 bedden :	1 boekhouder(*)
vanaf 15 bedden :	1 opsteller of klerk (voltijd)
16 tot 40 bedden :	2 opstellers of klerken (voltijd)
tot 100 bedden :	3 opstellers of klerken (voltijd) en 1 opsteller of klerk (deeltijd)
meer dan 100 bedden :	1 extra opsteller in deeltijd per schijf van 25 bedden
vanaf 90 bedden :	1 econoom
Arbeiders :	
voor bedlegerige gehandicapten en kinderen van - 6 jaar :	0,1667 (**)
voor de overigen	0,1429 (**)

(*) Met ingang van 1 januari 2000, per begunstigde : boekhouder : 0,0133 met een maximum van één voltijdequivalent per erkenning

(**) per begunstigde

Normen voor administratief personeel en arbeiders in het stelsel van "semi-internaten - dagcentra"

Minderjarigen	
Leidinggevend personeel :	
Niet-schoolgaande gehandicapten :	Schoolgaande gehandicapten :
6 tot 14 plaatsen : 1 verantwoordelijke	30 tot 72 plaatsen : 1 verantwoordelijke (A1)
15 tot 35 plaatsen : 1 leider (A1)	73 tot 149 plaatsen : 1 directeur
36 plaatsen en + : 1 directeur	150 plaatsen en + : 1 directeur + 1 onderdirecteur
Administratief personeel :	
	tot 25 plaatsen : 1/4 opsteller of klerk
	per aanvullende schijf van 25 plaatsen : 1/4 opsteller of klerk
	boekhouder : vanaf 60 plaatsen : 1 boekhouder, en vanaf 1 januari 2000 : 0,0133 per begunstigde met een maximum van één voltijdequivalent per erkenning
Arbeiders :	
0,1 per begunstigde	0,0667 per begunstigde
Meerderjarigen	
Leidinggevend personeel :	
6 tot 14 plaatsen :	1 verantwoordelijke
15 tot 29 plaatsen :	1 leider (A1)
30 plaatsen en + :	1 directeur
90 plaatsen en + :	1 directeur en 1 onderdirecteur
180 plaatsen en + :	1 directeur en 2 onderdirecteurs
Administratief personeel :	
vanaf 60 plaatsen :	1 boekhouder : (*)
tot 15 plaatsen :	1 opsteller 1/2 tijd
tot 30 plaatsen :	1 opsteller voltijd
tot 50 plaatsen :	1 opsteller voltijd + 1 opsteller 1/2 tijd
meer dan 50 plaatsen :	1 extra opsteller 1/2 tijd per schijf van 25 plaatsen
vanaf 100 plaatsen :	1 econoom
Arbeiders :	
0,1 per begunstigde	

(*) Met ingang van 1 januari 2000, per begunstigde : boekhouder : 0,0133 met een maximum van één voltijdequivalent per erkenning.

Normen « Internaat »

	Licht mentaal gehandicapten	Gematigd mentaal gehandicapten	Zwaar en diep mentaal gehandicapten	Gehandicapten met karakterstoornissen	Blinden en gezichtsgestoorden	Doven, hardhorenden en spraakgestoorden	Motorisch gestoorden Groep A	Motorisch gestoorden Groep B
Per begunstigde	Leefgroep : 12 kinderen	Leefgroep : 10 kinderen	Leefgroep : 8 kinderen	Leefgroep : 8 kinderen	Leefgroep : 12 jaar 8 Kinderen - 12 jaar 12 Kinderen + 12 jaar 12	Leefgroep : 8 jaar 6 Kinderen - 8 jaar 10 Kinderen + 8 jaar 10	Leefgroep : 8 jaar 8 Kinderen - 8 jaar 10 Kinderen + 8 jaar 10	Leefgroep : 6 kinderen
Geneesheer	0,0067	0,0067	0,01	0,02	0,0083	0,01	0,01	0,02
Licentiaat (2)	0,02	0,02	0,02	0,0267	0,02	0,02	0,02	0,0267
Paramedisch personeel	0,03	0,05	Schoolgaand : 0,05 Niet schoolgaand : 0,0667	0,0667	0,0667	Kinderen - 8 jaar : 10,1334 Kinderen + 8 jaar : 0,0834	0,1	0,2
Maatschappelijk assistent Sociaal verpleegkundige	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267
Opvoedend en verzorgend personeel	0,25 waarvan 0,0833 hoofdopvoeder kan zijn	Schoolgaand : 0,2834 waarvan 0,0834 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand : 0,3334 waarvan 0,0834 hoofdopvoeder kan zijn	Schoolgaand : 0,375 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand : 0,5 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn	Schoolgaand : 0,375 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand : 0,5 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn	Schoolgaand - 12 jaar : 0,375 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn Schoolgaand + 12 jaar : 0,2501 waarvan 0,0834 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand - 12 jaar : 0,5 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand + 12 jaar : 0,3334 waarvan 0,0834 hoofdopvoeder kan zijn	Schoolgaand - 8 jaar : 0,5001 waarvan 0,1667 hoofdopvoeder kan zijn Schoolgaand + 8 jaar : 0,3 waarvan 0,1 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand - 8 jaar : 0,6667 waarvan 0,1667 hoofdopvoeder kan zijn	Schoolgaand - 8 jaar : 0,375 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn Schoolgaand + 8 jaar : 0,3 waarvan 0,1 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand - 8 jaar : 0,5 waarvan 0,125 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand + 8 jaar : 0,4 waarvan 0,1 hoofdopvoeder kan zijn	Schoolgaand : 0,5 waarvan 0,1667 hoofdopvoeder kan zijn Niet schoolgaand : 0,6667 waarvan 0,1667 hoofdopvoeder kan zijn
Opvoeder-groepschef	0,0139	0,0334	Bedlegerige kinderen : 0,0313 Niet bedlegerige kinderen : 0,0417	0,0417	kinderen - 12 jaar : 0,0417 kinderen + 12 jaar : 0,0278	kinderen - 8 jaar : 0,0417 kinderen + 8 jaar : 0,0334	kinderen - 8 jaar : 0,0313 kinderen + 8 jaar : 0,0334	0,0417
Bijzonder personeel			0,0034		0,0067	0,0133		0,01

Normen « Semi-internaat »

	Gematigd en zwaar mentaal gehandicapten	Niet schoolgaande diep mentaal gehandicapten	Mentaal gehandicapten met bijkomende stoornissen	Gehandicapten met karakterstoornissen	Blinden en gezichtsgestoorden	Doven en spraakgestoorden	Motorisch gestoorden Groep A	Motorisch gestoorden Groep B
Per begunstigde	Leefgroep : 10 kinderen	Leefgroep : van 0 tot 6 jaar : 8 van + 6 jaar : 10	Leefgroep : 12 kinderen	Leefgroep : 8 kinderen	Leefgroep : van - 12 jaar : 8 van + 12 jaar : 12	Leefgroep : van - 8 jaar : 6 van + 8 jaar : 10	Leefgroep : van - 8 jaar : 8 van + 8 jaar : 10	Leefgroep : 6 kinderen
Geneesheer	0,0067	0,0083	0,005	0,0167	0,0067	0,0083	0,0083	0,0167
Licentiaat (1)	0,0134 waarvan minstens - 0,0067 licentiaat	0,0134 waarvan minstens - 0,0067 licentiaat	0,0134 waarvan minstens - 0,0067 licentiaat	0,02 waarvan minstens - 0,01 licentiaat	0,0134 waarvan minstens - 0,0034 licentiaat	0,0134 waarvan minstens - 0,0034 licentiaat	0,0134 waarvan minstens - 0,0067 licentiaat	0,02 waarvan minstens - 0,0067 licentiaat
Paramedisch personeel	0,05	0,05	0,03	0,0667	0,05	van - 8 jaar : 0,1 van 8 jaar en + : 0,0667	0,1	0,2
Maatschappelijk assistent	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267	0,0167	0,0167	0,0167	0,0267
Opvoedend en verzorgend personeel	0,1	van - 6 jaar : 0,25 van + 6 jaar : 0,2	0,0834	0,1875 Indien momenteel niet schoolgaand : 0,25	van - 12 jaar : 0,1250 van + 12 jaar : 0,0834	van - 8 jaar : 0,1667 van + 8 jaar : 0,1	van - 8 jaar : 0,1875 van + 8 jaar : 0,15	0,25
Hoofdopvoeder	0,02	van - 6 jaar : 0,0313 van + 6 jaar : 0,025	0,0104	0,025	van - 12 jaar : 0,0250 van + 12 jaar : 0,0167	van - 8 jaar : 0,0278 van + 8 jaar : 0,02	van - 8 jaar : 0,0208 van + 8 jaar : 0,02	0,0278
Opvoeder-groepschef	0,01	van - 6 jaar : 0,0156 van + 6 jaar : 0,0125	0,0052	0,0125	van - 12 jaar : 0,0125 van + 12 jaar : 0,0083	van - 8 jaar : 0,0139 van + 8 jaar : 0,01	van - 8 jaar : 0,0104 van + 8 jaar : 0,01	0,0139
Bijzonder personeel					0,0067	0,01	0,0067	0,0067

Opm. (1) licentiaat psychologie, pedagogie, kinesithérapie of logopedie en assistent psychologie

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van 9 december 1999.

Door het College van de Franse Gemeenschapscommissie :

E. TOMAS,
Voorzitter van het College.

E. ANDRE,
Collegelid voor Gehandicaptenbeleid.

**Bijlage 3 bij het Besluit van het College van de Franse Gemeenschapscommissie
tot vaststelling van de wijze van subsidiëring van de dagcentra en de onthaalcentra voor gehandicapten**

Criteria volgens welke een persoon erkend verpleging nodig heeft

Ten minste 3 handicaps presenteren uit de volgende categorieën :

- bedlegerig zijn of motorische stoornissen vertonen waardoor motorische autonomie onmogelijk is (zelfs met apparatuur moet de persoon nog bij het bewegen geholpen worden);
- dag en nacht aan incontinentie lijden;
- de voortdurende, actieve aanwezigheid van een derde persoon nodig hebben;
- zich niet alleen kunnen voeden;
- elke dag zijn volledige toilet door een andere persoon laten verzorgen;
- aan een ernstige somatische aandoening lijden die dagelijkse medische of paramedische verzorging vereist.

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van 9 december 1999.

Door het College van de Franse Gemeenschapscommissie :

E. TOMAS,

Voorzitter van het College.

E. ANDRE,

Collegelid voor Gehandicaptenbeleid

**Bijlage 4 bij het Besluit van het College van de Franse Gemeenschapscommissie
tot vaststelling van de wijze van subsidiëring van de dagcentra en de onthaalcentra voor gehandicapten**

PERSONEELSNORMEN VOOR DE DIENSTEN VOOR PLAATSING IN GEZINNEN
TEN BEHOEVE VAN GEHANDICAPTEN

Personeel voor 30 gehandicapten :

§ 1^{er} :

— een directeur in het bezit van een voltijdsdiploma van niveau A1, indien de dienst voor de plaatsing in gezinnen ten behoeve van gehandicapten autonoom is. Indien de dienst deel uitmaakt van een tehuis voor gehandicapten, neemt het hoofd van deze instelling de leiding op zich,

— specialist : 1/4 tijd

— psycholoog : 1/2 tijd

— sociaal werker : 1 voltijds

— klerk : 1 voltijds.

§ 2 : De subsidie voor personeelskosten wordt berekend overeenkomstig de bepalingen van artikel 1 van het onderhavige besluit.

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van 9 december 1999.

Door het College van de Franse Gemeenschapscommissie :

E. TOMAS,

Voorzitter van het College.

E. ANDRE,

Collegelid voor Gehandicaptenbeleid

**Bijlage 5 bij het Besluit van het College van de Franse Gemeenschapscommissie
tot vaststelling van de wijze van subsidiëring van de dagcentra en de onthaalcentra voor gehandicapten**

VEREISTE KWALIFICATIES VOOR HET PERSONEEL VAN DAGCENTRA
EN ONTHAALCENTRA VOOR GEHANDICAPTEN

Aard van de functie	Vereiste kwalificaties	Barema's Bijlage 1
Opvoeder - klasse III (18 jaar)	De houders van één van de volgende diploma's : <ul style="list-style-type: none"> - Diploma of certificaat ter afsluiting van het lager secundair onderwijs (algemene of technische opleiding). - Brevet, certificaat of verklaring ter afsluiting (met goed gevolg) van het hoger secundair beroepsonderwijs. - Kinderverzorgsters, gezinshulpen en sanitaire werksters en ziekenhuisoppassers die in het bezit zijn van één van de volgende diploma's : <ul style="list-style-type: none"> * brevet van kinderverzorgster. * brevet van gezinshulp en sanitaire werkster of certificaat ter kwalificatie als gezinshulp en sanitaire werkster. * certificaat of brevet ziekenhuisoppasser of ziekenhuisassistent 	8

Aard van de functie	Vereiste kwalificaties	Barema's Bijlage 1
Opvoeder - klasse II B (20 jaar)	<ul style="list-style-type: none"> - Houders van een diploma of certificaat ter afsluiting van het hoger secundair beroepsonderwijs (algemene of technische opleiding) - De opvoeders klasse III, kinderverzorgsters, ziekenbewaarders en de gezinsverzorgsters en gezondheidswerkers met 10 jaar anciënniteit in één van de genoemde functies. 	
Opvoeder - klasse II A (20 jaar)	<ul style="list-style-type: none"> De houders van één van de volgende diploma's : - Diploma van een universiteit of een hoger-onderwijsinrichting van het lange type indien de studiecycli ten minste vier jaar omvatten. - Diploma of certificaat ter afsluiting van een hogere secundaire studie met pedagogische, sociale, paramedische of artistieke oriëntatie. - Brevet van verpleegkundige. - Brevet van kinderverzorgster mits deze zich uitsluitend bezighoudt met kinderen van 0 tot 6 jaar. - Opvoeders met 10 jaar anciënniteit in klasse II B. 	13
Opvoeder - klasse II (20 jaar)	<ul style="list-style-type: none"> Uitsluitend de opvoeders uit klasse II die op 1 januari 1976 al in dienst waren in een erkende inrichting en die in het bezit zijn van één van de volgende diploma's : - Diploma of certificaat van een hogere secundaire technische school of cursus met pedagogische, psychologische of sociale oriëntatie. - Brevet van verpleegkundige of kinderverzorgster mits deze zich bezighoudt met kinderen van 0 tot 6 jaar. - Diploma, certificaat of vergelijkbare titel van minstens het normale baIndiensniveau of mits hun houders zich bezighouden met kinderen van 3 tot 6 jaar. - Diploma van het normale opvangonderwijs. 	24
Opvoeder - Klasse I (20 jaar)	<ul style="list-style-type: none"> De houders van een diploma of certificaat ter afsluiting van een studie op het niveau van hoger onderwijs met pedagogische, psychologische, sociale of paramedische of artistieke oriëntatie van tenminste het korte type in een volledige functie of sociale promotie. 	15
Hoofdopvoeder (21 jaar)	Zie hierboven opvoeder klasse I	17
Opvoeder-groepschef (21 jaar)	<ul style="list-style-type: none"> - Hoofdopvoeders met minstens één jaar ervaring in deze functie. 	18
Onderdirecteur klasse II (24 jaar)	<ul style="list-style-type: none"> - Hetzij de vereiste kwalificaties voor opvoeders uit klasse II A en minstens drie jaar ervaring in opvoedende functies in een inrichting voor kinderen of thuis voor gehandicapten. - Hetzij de vereiste kwalificaties voor opvoeders uit klasse II B en minstens vijf jaar ervaring in opvoedende functies in een inrichting voor kinderen of thuis voor gehandicapten. - Hetzij de vereiste kwalificaties voor opvoeders uit klasse III en minstens tien jaar ervaring in opvoedende functies in een inrichting voor kinderen of thuis voor gehandicapten. - Opstellers met minstens vijf jaar ervaring in een inrichting voor kinderen of thuis voor gehandicapten. 	18
Onderdirecteur klasse I (24 jaar)	<ul style="list-style-type: none"> - Hetzij de vereiste kwalificaties voor opvoeders uit klasse I en minstens drie jaar ervaring in opvoedende functies in een inrichting voor kinderen of thuis voor gehandicapten. - Hetzij de vereiste kwalificaties voor opvoeders uit klasse II A en minstens vijf jaar ervaring in opvoedende functies in een inrichting voor kinderen of thuis voor gehandicapten. - Houders van een universitair diploma. - Economen met minstens vijf jaar ervaring in een inrichting voor kinderen of thuis voor gehandicapten. - Onderdirecteurs uit klasse II met minstens vijf jaar ervaring. 	19

Aard van de functie	Vereiste kwalificaties	Barema's Bijlage 1
Directeur klasse II (24 jaar) Inrichtingen met 6 tot 29 bedden of plaatsen :	- De vereiste kwalificaties voor onderdirecteurs klasse II. - Houders van een diploma of certificaat ter afsluiting van hoger onderwijs met pedagogische, psychologische, sociale of paramedische of artistieke oriëntatie van tenminste het korte type, in een volledige functie of sociale promotie.	15
Directeur klasse I (24 jaar) Inrichtingen met 6 tot 14 bedden of plaatsen	- De vereiste kwalificaties voor onderdirecteurs klasse I	15
Directeur klasse I (24 jaar) Inrichtingen met 15 tot 29 bedden of plaatsen :	- De vereiste kwalificaties voor onderdirecteurs klasse I.	17
Directeur klasse II (24 jaar) Inrichtingen met 30 tot 60 bedden of plaatsen :	- De vereiste kwalificaties voor onderdirecteurs klasse II.	17
Directeur klasse I (24 jaar) Inrichtingen met 30 tot 60 bedden of plaatsen :	- De vereiste kwalificaties voor onderdirecteurs klasse I.	19
Directeur klasse II (24 jaar) Inrichtingen met meer dan 60 bedden of plaatsen :	- De vereiste kwalificaties voor onderdirecteurs klasse II.	19
Directeur klasse I (24 jaar) Inrichtingen met meer dan 60 bedden of plaatsen :	- De vereiste kwalificaties voor onderdirecteurs klasse I.	21
Klerk (18 jaar)	Houders van één van de volgende diploma's : - Diploma of certificaat ter afsluiting van het lager secundair onderwijs (algemene of technische opleiding). - Brevet of certificaat ter afsluiting van het lager secundair beroepsonderwijs na een vierde doelgericht jaar of een vijfde jaar van perfectionering of specialisatie in een sectie "Kantoorwerkzaamheden", afgegeven door een inrichting die gecreëerd, gesubsidieerd of erkend wordt door de staat.	4
Klerk-stenotypist	- Houders van een diploma dat vereist is voor de functie van klerk en een certificaat of diploma dat hun kennis van stenotypie aantoont.	5
Opsteller (20 jaar)	- Houders van een diploma of certificaat ter afsluiting van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding) mits de ontvangen opleiding overeenstemt met de normale eisen van de opleiding. - Klerken met vijf jaar ervaring in een inrichting voor kinderen of een tehuis voor gehandicapten.	9
Econoom (20 jaar)	- Houders van een diploma of certificaat dat toegang geeft tot de functie van opsteller. - Opstellers met minstens vijf jaar ervaring in een inrichting voor kinderen of tehuis voor gehandicapten.	15
Boekhouder 2e klasse (20 jaar)	- Houders van een diploma of certificaat ter afsluiting van het hoger secundair onderwijs (algemene of technische opleiding) met commerciële of soortgelijke oriëntatie.	12
Comptable 1e klasse (23 jaar)	- Houders van een diploma of certificaat ter afsluiting van het hoger onderwijs met economische of soortgelijke oriëntatie waarvan de kwalificatie in overeenstemming is met de normale vereisten van de functie. - Houders van het diploma van de Belgische Kamer van Boekhouders. - Boekhouders klasse II met vijf jaar ervaring in een inrichting voor kinderen of tehuis voor gehandicapten.	15

Aard van de functie	Vereiste kwalificaties	Barema's Bijlage 1
Arbeiderspersoneel :		
Werkmeester	- Geschoolde arbeider met verantwoordelijkheid over een groep arbeiders die dezelfde functie beoefenen.	11
Geschoolde arbeider	- Arbeider met een kwalificatie of opleidingscertificaat van het IFPME.	
Ongeschoolde arbeider	Geen bijzondere vereisten.	3
Gebrevetteerde verpleegkundige (21 jaar)	- Houders van het brevet van verpleegkundige	14
Gegradueerde verpleegkundige (23 jaar)	- Houders van een diploma van gegradueerde verpleegkundige zoals bedoeld in artikel 1 van het koninklijk besluit van 17 augustus 1957 houdende vaststelling van de voorwaarden waaronder het diploma van vroedvrouw, verpleger of verpleegster wordt toegekend en van de beroepsuitoefening, gewijzigd door de koninklijke besluiten van 11 juli 1980, 27 oktober 1961 en 24 december 1986.	16
Copiist (Braille) 2e klasse (18 jaar)	- Houders van een diploma, certificaat of brevet dat toegang geeft tot de functie van klerk.	5
Copiist (Braille) 1e klasse (20 jaar)	- Houders van een diploma of certificaat dat toegang geeft tot de functie van opsteller.	9
Huisarts (27 jaar)	- Houders van een diploma van doctor in de geneeskunde, chirurgie en verloskunde	22
Specialist (27 jaar)	- Houders van een kwalificatie die vereist is voor de uitoefening van de functie van huisarts, plus een diploma van medisch specialist, na advies van de Commissie van Erkenning van de specialisten.	23
Licentiaat psychologie,	- Houders van het diploma dat leidt tot één van pedagogie, kinesitherapie deze verplichte titels voor de uitoefening van en logopedie (24 jaar) deze functies	21
Assistet psychologie (23 jaar)	- Houders van het diploma dat recht geeft op deze titel	16
Ergotherapeute, kinesitherapeute, logopedist	- Houders van het diploma dat recht geeft op één van deze titels	16
Orthopedagoog (23 jaar)	- Houders van het diploma dat recht geeft op uitoefening van deze specialisatie.	16
Sociaal werker (23 jaar)	- Houders van het diploma dat recht geeft op deze titel	16
Sociale gegradueerde verpleegkundige (23 jaar)	- Houders van het diploma dat recht geeft op deze titel	16
Knutselaar in apparatuur A3 (18 jaar)	- Houders van het diploma of de kwalificatie van het vierde jaar van het technisch secundair onderwijs.	5
Technicus in elektronica of informatica A1 of A2	- Houders van een diploma dat recht geeft op één van deze titels.	16 of 9
Kinderverzorgster, gezinshulp en sanitair werkster of ziekenhuisoppasser	- Houders van een brevet of certificaat dat recht geeft op één van deze titels.	5
Klinisch laboratoriumhulpkracht A3	- Houders van een diploma dat recht geeft op deze titel	5

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van 9 december 1999.

Door het College van de Franse Gemeenschapscommissie :

E. TOMAS,

Voorzitter van het College.

E. ANDRE,

Collegelid voor Gehandicaptenbeleid

ANDERE BESLUITEN — AUTRES ARRETES

MINISTERIE VAN MIDDENSTAND EN LANDBOUW

[2000/16045]

31 JANUARI 2000. — Ministerieel besluit tot wijziging van het ministerieel besluit van 22 juni 1998 tot benoeming van de leden van de commissie belast met het beheer van het vermogen van de rechtspersoonlijkheid van het Centrum voor Landbouwkundig Onderzoek-Gent

De Minister van Landbouw en Middenstand,

Gelet op het koninklijk besluit van 20 juni 1997 tot vaststelling van de lijst, het niveau, de structuur en de bevoegdheden van de wetenschappelijke inrichtingen van de Staat die ressorteren onder het Ministerie van Middenstand en Landbouw;

Gelet op het koninklijk besluit van 12 november 1997 waarbij de voorwaarden worden bepaald waaronder het Centrum voor Landbouwkundig onderzoek-Gent rechtspersoonlijkheid verkrijgt, inzonderheid op artikel 3, 2° en 4°;

Gelet op het ministerieel besluit van 22 juni 1998 tot benoeming van de leden van de commissie belast met het beheer van het vermogen van de rechtspersoonlijkheid van het Centrum voor Landbouwkundig Onderzoek-Gent,

Besluit :

Artikel 1. De heer G. De Groote, departementshoofd, wordt benoemd tot lid van de commissie belast met het beheer van het vermogen van de rechtspersoonlijkheid van het Centrum voor Landbouwkundig Onderzoek-Gent in vervanging van de heer Ch. Boucqué, ontslagnemen, waarvan hij het mandaat zal beëindigen.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking de dag, waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Brussel, 31 januari 2000.

J. GABRIELS

MINISTERE DES CLASSES MOYENNES ET DE L'AGRICULTURE

[2000/16045]

31 JANVIER 2000. — Arrêté ministériel modifiant l'arrêté ministériel du 22 juin 1998 portant nomination des membres de la commission chargée d'administrer le patrimoine de la personnalité juridique du Centre de Recherches agronomiques de Gand

Le Ministre de l'Agriculture et des Classes moyennes,

Vu l'arrêté royal du 20 juin 1997 fixant la liste, le niveau, la structure et les attributions des établissements scientifiques de l'Etat relevant du Ministère des Classes moyennes et de l'Agriculture;

Vu l'arrêté royal du 12 novembre 1997 déterminant les conditions dans lesquelles le Centre de Recherche agronomiques de Gand reçoit la personnalité juridique, notamment l'article 3, 2° et 4°;

Vu l'arrêté ministériel du 22 juin 1998 portant nomination des membres de la commission chargée d'administrer le patrimoine de la personnalité juridique du Centre de Recherches agronomiques de Gand,

Arrête :

Article 1^{er}. M. G. De Groote, chef de département, est nommé membre de la commission chargée d'administrer le patrimoine de la personnalité juridique du Centre de Recherches agronomiques de Gand en remplacement de M. Ch. Boucqué, démissionnaire, dont il achèvera le mandat.

Art. 2. Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

Bruxelles, le 31 janvier 2000.

J. GABRIELS

MINISTERIE VAN FINANCIEN

[2000/03086]

Koninklijke Schenking. — Mandaten

Bij koninklijk besluit van 8 februari 2000 wordt het ontslag aanvaard van de heer Baron de Heusch, R., vertegenwoordiger van Hare Majesteit Koningin Fabiola, uit zijn ambt van beheerder van de Koninklijke Schenking. Hij is ertoe gemachtigd de eretitel van zijn ambt te voeren.

Bij hetzelfde besluit wordt de heer Baron Janssens de Bisthoven, B., erevleugeladjudant van de Koning, benoemd tot beheerder van de Koninklijke Schenking.

Bij koninklijk besluit van 8 februari 2000 wordt de heer Lens, Ph., eerste-standplaats inspecteur bij de Administratie van het Kadaster, de Registratie en de Domeinen, tot secretaris van de beheerraad van de Koninklijke Schenking benoemd.

MINISTERIE VAN BINNENLANDSE ZAKEN

[2000/00124]

Besluiten betreffende de provincies, steden en gemeenten Klasseverheffing der gemeenten

Bij koninklijk besluit van 7 februari 2000, genomen krachtens het koninklijk besluit van 24 oktober 1978, houdende vaststelling der criteria voor de klasseverheffing van gemeenten, voorzien bij de artikelen 29 en 66 van de nieuwe gemeentewet, wordt de stad Zoutleeuw ingedeeld in de klasse 14 (van 8 001 tot 10 000 inwoners).

MINISTERE DES FINANCES

[2000/03086]

Donation royale. — Mandats

Par arrêté royal du 8 février 2000, la démission de M. le Baron de Heusch, R., représentant de Sa Majesté la Reine Fabiola, de ses fonctions d'administrateur de la Donation royale, est acceptée. Il est autorisé à porter le titre honorifique de ses fonctions.

Par le même arrêté, M. le Baron Janssens de Bisthoven, B., aide de camp honoraire du Roi, est nommé administrateur de la Donation royale.

Par arrêté royal du 8 février 2000, M. Lens, Ph., inspecteur principal à l'Administration du Cadastre, de l'Enregistrement et des Domaines, est nommé secrétaire du conseil d'administration de la Donation royale.

MINISTERE DE L'INTERIEUR

[2000/00124]

Arrêtés concernant les provinces, les villes et les communes Reclassement des communes

Par arrêté royal du 7 février 2000, pris en vertu de l'arrêté royal du 24 octobre 1978, fixant les critères des reclassements de communes, prévus par les articles 29 et 66 de la nouvelle loi communale, la ville de Leau est classée dans la catégorie 14 (de 8 001 à 10 000 habitants).

OFFICIELE BERICHTEN — AVIS OFFICIELS

MINISTERIE VAN BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2000/00058]

**1 DECEMBER 1999. — Omzendbrief
Wettelijke samenwoning,
ingevoerd door de wet van 23 november 1998. — Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de omzendbrief van de Minister van Binnenlandse Zaken van 1 december 1999 betreffende de wettelijke samenwoning, ingevoerd door de wet van 23 november 1998 (*Belgisch Staatsblad* van 7 december 1999), opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling van het Adjunct-arrondissementscommissariaat in Malmedy.

MINISTERE DE L'INTERIEUR

[C - 2000/00058]

**1^{er} DECEMBRE 1999. — Circulaire
Cohabitation légale instaurée
par la loi du 23 novembre 1998. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la circulaire du Ministre de l'Intérieur du 1^{er} décembre 1999 relative à la cohabitation légale instaurée par la loi du 23 novembre 1998 (*Moniteur belge* du 7 décembre 1999), établie par le Service central de traduction allemande du Commissariat d'arrondissement adjoint à Malmedy.

MINISTERIUM DES INNERN

[C - 2000/00058]

**1. DEZEMBER 1999 — Rundschreiben — Gesetzliches Zusammenwohnen,
eingeführt durch das Gesetz vom 23. November 1998 — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Rundschreibens des Ministers des Innern vom 1. Dezember 1999 über das durch das Gesetz vom 23. November 1998 eingeführte gesetzliche Zusammenwohnen, erstellt von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen des Beigeordneten Bezirkskommissariats in Malmedy.

MINISTERIUM DES INNERN

**1. DEZEMBER 1999 — Rundschreiben — Gesetzliches Zusammenwohnen,
eingeführt durch das Gesetz vom 23. November 1998**

An die Benutzer des Nationalregisters
An das Bürgermeister- und Schöffenkollegium
Zu Händen des Bevölkerungsdienstes

A) Allgemeines

Das Gesetz vom 23. November 1998, das im *Belgischen Staatsblatt* vom 12. Januar 1999 veröffentlicht worden ist, hat das Zivilgesetzbuch im Hinblick auf die Einführung des gesetzlichen Zusammenwohnens abgeändert (Einfügung eines Titels *Vbis* mit der Überschrift «Gesetzliches Zusammenwohnen», Artikel 1475 bis 1479, in Buch III des Zivilgesetzbuches).

Vorerwähntes Gesetz tritt demnächst in Kraft.

Der Gesetzgeber bietet somit die Möglichkeit, unterschiedlichen Formen des Zusammenwohnens einen offiziellen Charakter zu geben, um den Zusammenwohnenden eine relative Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Unter «Gesetzliches Zusammenwohnen» ist der Zustand des Zusammenlebens von zwei Personen zu verstehen, die beim Standesbeamten des gemeinsamen Wohnsitzes die Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen abgegeben haben.

Diese Erklärung wird anhand eines Schriftstücks abgegeben, das dem Standesbeamten gegen Empfangsbestätigung übergeben wird. Dieses Schriftstück enthält folgende Angaben:

1. Datum der Erklärung,
2. Name, Vornamen, Geburtsort und -datum,
3. gemeinsamen Wohnsitz,
4. Vermerk, daß beide Parteien gesetzlich zusammenwohnen wollen,
5. Vermerk, daß beide Parteien vorher vom Inhalt der Artikel 1475 bis 1479 des Zivilgesetzbuches zur Regelung des Statuts des gesetzlichen Zusammenwohnens Kenntnis genommen haben,
6. gegebenenfalls Vermerk der in Artikel 1478 des Zivilgesetzbuches erwähnten Vereinbarung, das heißt der Vereinbarung, die die Parteien in authentischer Form vor einem Notar geschlossen haben, um die Modalitäten des gesetzlichen Zusammenwohnens ergänzend zum Gesetz zu regeln.

Der Standesbeamte überprüft, ob beide Parteien die gesetzlichen Bedingungen in bezug auf das gesetzliche Zusammenwohnen erfüllen; wenn ja, vermerkt er die Erklärung im Bevölkerungsregister.

Die Einreichung der Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen setzt voraus, daß die Parteien die für die Schließung von Verträgen notwendige Handlungsfähigkeit besitzen und daß sie nicht durch eine Ehe oder ein anderes gesetzliches Zusammenwohnen gebunden sind (Bedingung in bezug auf die Abwesenheit eines gesetzlichen Zusammenwohnens, in Zukunft zu überprüfen).

Dieses neue Statut des gesetzlichen Zusammenwohnens, das einer Ehe oder einer Form der Eheschließung nicht gleichgesetzt werden kann, bringt jedoch besondere Rechte und Pflichten mit sich.

Durch die alleinige Tatsache des gesetzlichen Zusammenwohnens tragen die gesetzlich Zusammenwohnenden nach Verhältnis ihrer Möglichkeiten zu den Aufwendungen für das Zusammenleben bei.

Ebenso verpflichtet jede von einem der gesetzlich Zusammenwohnenden eingegangene Schuld für den Bedarf des Zusammenlebens und der Kinder, die sie erziehen, den anderen Zusammenwohnenden gesamtschuldnerisch. Dieser haftet jedoch nicht für die im Verhältnis zu den Mitteln der Zusammenwohnenden übermäßigen Schulden.

Die Artikel 215, 220 § 1 und 224 § 1 des Zivilgesetzbuches finden ebenfalls auf das Statut des gesetzlichen Zusammenwohnens Anwendung (Unmöglichkeit für einen der Zusammenwohnenden, ohne das Einverständnis des anderen Zusammenwohnenden entgeltlich oder unentgeltlich unter Lebenden über die Rechte zu verfügen, die er an der Liegenschaft besitzt, die als Hauptwohnung dient - Verbot für einen der Zusammenwohnenden, die Liegenschaft, die als Hauptwohnung dient, allein hypothekarisch zu belasten - Unmöglichkeit für einen der Zusammenwohnenden, entgeltlich oder unentgeltlich unter Lebenden über den Hausrat zu verfügen, der in der Liegenschaft vorhanden ist, die als Hauptwohnung dient - Mietrecht an der Liegenschaft, die von einem der Zusammenwohnenden selbst gemietet worden ist - Vertretung des Zusammenwohnenden, der entmündigt oder außerstande ist, seinen Willen zu äußern, durch den anderen Zusammenwohnenden für vorerwähnte Rechtsgeschäfte - Möglichkeit, bestimmte Rechtsgeschäfte, die ohne Mitwirkung eines der Zusammenwohnenden getätigt worden sind, für nichtig zu erklären).

Das Gesetz zur Einführung des gesetzlichen Zusammenwohnens legt ebenfalls die Modalitäten fest, nach denen das gesetzliche Zusammenwohnen endet (Eheschließung, Tod, in gegenseitigem Einvernehmen oder einseitig: Einreichung einer schriftlichen Erklärung beim Standesbeamten - Urteil).

Im Falle der Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens vermerkt der Standesbeamte diese im Bevölkerungsregister.

B) Änderungen der Vorschriften

Aufgrund des Gesetzes zur Einführung des gesetzlichen Zusammenwohnens muß eine neue Information in die Bevölkerungsregister eingegeben werden.

Unter bestimmten Bedingungen muß diese Information Drittpersonen ebenfalls zugänglich sein.

Eine Abänderung des Königlichen Erlasses vom 16. Juli 1992, in dem die in den Bevölkerungsregistern angegebenen Informationen limitativ festgelegt werden (*Belgisches Staatsblatt* vom 15. August 1992, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 17. Mai 1997), ist also notwendig (Hinzufügung der Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen).

Ebenso muß der Königliche Erlaß vom 16. Juli 1992 über die Mitteilung von Informationen aus den Bevölkerungsregistern und dem Fremdenregister (*Belgisches Staatsblatt* vom 15. August 1992, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 17. Mai 1997) angepaßt werden, um die Mitteilung der Information in bezug auf das gesetzliche Zusammenwohnen gegenüber Drittpersonen zu gewährleisten (In Artikel 4 Absatz 1 zweiter Satz müssen nach den Wörtern «der betreffenden Person» die Wörter «und die Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen» eingefügt werden). Diese Bestimmung stellt eine Ausnahme zur Einschränkung der für Drittpersonen zugänglichen Informationen dar.

C) Änderung der allgemeinen Anweisungen vom 7. Oktober 1992

In den allgemeinen Anweisungen vom 7. Oktober 1992 über die Führung der Bevölkerungs- und Fremdenregister (*Belgisches Staatsblatt* vom 15. Oktober 1992, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 18. März 1998) muß in Kapitel II über die in den Registern aufgenommenen Informationen eine Nummer 52bis mit folgendem Wortlaut eingefügt werden:

«Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen

Das einzutragende Datum ist das Datum, an dem der Standesbeamte nach Überprüfung der Bedingungen in bezug auf das gesetzliche Zusammenwohnen die Erklärung im Bevölkerungsregister vermerkt.»

In Kapitel III Nr. 55 § 3 derselben Anweisungen muß zwischen Information 121 und 130 folgende Information eingefügt werden: «123 (GZ) Gesetzliches Zusammenwohnen».

In Kapitel VIII der allgemeinen Anweisungen vom 7. Oktober 1992 (Mitteilung von Informationen aus den Registern) muß schließlich in Nr. 110ter, eingefügt durch das Rundschreiben vom 14. Oktober 1996 (*Belgisches Staatsblatt* vom 31. Oktober 1996, deutsche Übersetzung *Belgisches Staatsblatt* vom 18. März 1998), ein vierter Gedankenstrich hinzugefügt werden: «die Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen, die vom Standesbeamten im Bevölkerungsregister vermerkt worden ist.».

Um die Information in bezug auf das gesetzliche Zusammenwohnen im Nationalregister der natürlichen Personen registrieren zu können, wird ein IT 123 vorgesehen.

D) Strukturen des IT 123

1. Das Eingeben der Information kann wie folgt strukturiert werden:

Struktur 1

OC		IT			DC	Datum der Erklärung								LAS-Code			
1	0	1	2	3	0	T	T	M	M	J	J	J	J				

Eintragungsdatum								Nationale Nummer des Zusammenwohnenden										
T	T	M	M	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N

11 Stellen

Operationscode: 10

Dienstcode: 0

Datum der Erklärung: 8 Ziffern

LAS-Code der Gemeinde, in der die Erklärung abgegeben worden ist

Datum der Eintragung, nach Überprüfung der Bedingungen durch den Standesbeamten: 8 Ziffern

Nationale Nummer des Zusammenwohnenden

Struktur 2

Wenn das Zusammenwohnen durch eine Vereinbarung zwischen den Parteien geregelt wird, die in authentischer Form vor einem Notar beurkundet worden ist (Artikel 1478 des Zivilgesetzbuches), wird folgende Struktur angenommen:

OC		IT			DC	Datum der Erklärung								LAS-Code			
1	0	1	2	3	0	T	T	M	M	J	J	J	J				

Eintragungsdatum								Nationale Nummer des Zusammenwohnenden										
T	T	M	M	J	J	J	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N

11 Stellen

LAS-Code (1)					Kommentar (höchstens 40 Zeichen) (2)													

(1) LAS-Code des Amtssitzes des Notars

(2) Name und Vornamen des Notars (Kommentar von höchstens 40 Zeichen)

2. Annullierung einer Information aus der Akte

Operationscode: 13

Dienstcode: 0

OC		IT			DC	Datum der Information, die annulliert werden muß							
1	3	1	2	3	0	T	T	M	M	J	J	J	J

3. Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens

Das gesetzliche Zusammenwohnen kann enden:

- wenn einer der Zusammenwohnenden stirbt,
- wenn einer der Zusammenwohnenden heiratet,
- durch eine Erklärung, die in gegenseitigem Einvernehmen abgegeben wird,
- durch eine Erklärung, die einseitig von einem der Zusammenwohnenden abgegeben wird,
- aufgrund eines Gerichtsurteils.

Folgende Codes werden gebraucht, um den Grund der Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens anzugeben:

- Code 1 (Heirat eines der Zusammenwohnenden),
- Code 2 (Tod eines der Zusammenwohnenden),
- Code 3 (Erklärung in gegenseitigem Einvernehmen),
- Code 4 (einseitige Erklärung),
- Code 5 (Urteil).

Operationscode: 10

Dienstcode: 0

Datum: Datum des Ereignisses, das dem gesetzlichen Zusammenwohnen ein Ende setzt (8 Ziffern)

Wenn die Parteien beide noch in derselben Gemeinde wohnen, muß folgende Struktur gebraucht werden:

OC		IT			DC	Datum								C	LAS-Code			
1	0	1	2	3	0	T	T	M	M	J	J	J	J	N				

C: Code, der den Grund der Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens angibt

LAS-Code: LAS-Code der Gemeinde oder eventuell des Landes, wo in bestimmten Fällen das gesetzliche Zusammenwohnen infolge einer Eheschließung oder eines Todes endet

Wenn die Parteien nicht mehr in derselben Gemeinde wohnen, ist folgende Struktur vorgesehen:

OC		IT			DC	Datum								C (1)	LAS-Code (2)			
1	0	1	2	3	0	T	T	M	M	J	J	J	J	N				

Datum Zustellung Notifizierung (3)								LAS-Code (4)			
T	T	M	M	J	J	J					

(1) C: Code, der den Grund der Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens angibt (1 bis 5 weiter oben) und vor dem LAS-Code der Gemeinde, in der die Erklärung abgegeben worden ist, vermerkt werden muß

(2) LAS-Code der Gemeinde, in der die Erklärung abgegeben worden ist

(3) Datum der Zustellung oder der Notifizierung (8 Ziffern)

(4) LAS-Code der Gemeinde der Zustellung oder der Notifizierung

E) Kontrollen

Die Information in bezug auf das gesetzliche Zusammenwohnen enthält einen Überblick.

Die chronologische Reihenfolge der IT 123 muß eingehalten werden.

Es dürfen nur reelle Daten eingegeben werden, die nach dem 31. Dezember 1999 liegen.

Das Datum der Eintragung des gesetzlichen Zusammenwohnens muß nach dem Datum der Erklärung liegen. Das Datum der Zustellung oder der Notifizierung der Erklärung über die Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens muß nach dem Datum der Erklärung über die Beendigung liegen.

Die Erkennungsnummer des Nationalregisters muß eine reelle Nummer sein, die im Nationalregister aufgenommen ist.

Die Eingabe der Beendigung des gesetzlichen Zusammenwohnens setzt voraus, daß eine aktive Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen in der Akte vorliegt.

Eine Erklärung über das gesetzliche Zusammenwohnen kann nur bei Nichtvorhandensein einer Ehe oder einer aktiven Information in bezug auf das gesetzliche Zusammenwohnen eingegeben werden.

Die Zusammenwohnenden müssen an derselben Adresse zusammenleben (Kontrolle IT 001 und IT 020).

Ein alter IT 111 (Rechtsstellung als Person, die vertreten bzw. der beigestanden wird) mit den Codes 61, 63, 67 oder 69 darf in den Akten der beiden Zusammenwohnenden nicht vorkommen.

Die beiden Zusammenwohnenden dürfen nicht minderjährig sein (unter 18 Jahren), es sei denn, ihre Akten enthalten einen IT 111 mit dem Code 50 (Mündigkeitserklärung).

Vorliegende Anweisungen werden von nun an den Gemeinden und bestimmten Benutzern des Nationalregisters der natürlichen Personen mitgeteilt, um vor dem Datum des tatsächlichen Inkrafttretens des Statuts des gesetzlichen Zusammenwohnens eine Anpassung ihrer Programme zu ermöglichen.

Für den Minister des Innern:

Der Generaldirektor

L. Vanneste